

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Wk. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Wk. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Wk., jedes weitere Wort 5 Wk. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belohnungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Preussland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Der Wahlsieg in Essen.

Aus Essen wird uns unterm 20. September geschrieben:
Essen eine sozialdemokratische Hochburg!

Was gestern noch Unmöglichkeit schien, heute ist es greifbare Wirklichkeit geworden. Als unsere Partei in der Hauptwahl 1903 auf 22 800 Stimmen emporschnellte, obgleich wir 1898 nur 4400 erhielten, da mußten wir den günstigen Reizumständen, insbesondere der für die „Nationalen“ ungünstigen Parierkandidatur den Hauptteil unseres rapiden Stimmengewinns zuschreiben. Der gestrige Wahlsieg hat aber bewiesen, daß die Kräfte revolutioniert sind, daß wir 1903 keinen Augenblickserfolg errangen. Unsere Hauptgegner hatten diesmal in Giesberts (Zentrum) und Niemeyer (Rationale) Kandidaturen aufgestellt, wie sie günstiger für die bürgerlichen Parteien gar nicht gedacht werden können. Wir dagegen hatten im Genossen Giesbert zwar einen Mann präsentiert, dessen sozialistische Wirksamkeit im bergischen Lande durch jahrzehntelange Tätigkeit wohlbelannt ist, der aber in dem Riesenwahlkreis Essen nicht mehr bekannt war, wie jeder über die Grenzen seines Wohnortes gelangte Parteigenosse. Wir hatten also keine Parierkandidatur, sondern wer Gewehr wählte, gab der Sozialdemokratie die Stimme ohne persönliche Liebhaberei. Dies muß das Wahlergebnis besonders symptomatisch machen, zumal wenn man bedenkt, welche Mittel unsere Gegner anwandten, um uns zu befeigen. Wir sind die Sieger vom 19. September!

Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 101 585, gegen 1903 sind rund 12 000 hinzugekommen. Gewählt haben nach bisheriger, ziemlich genauer Zählung 85 739, also etwa 85 Proz., 5000 mehr als 1903, wo 80 Proz. der Wähler zur Urne gingen. Für eine Nachwahl war die Beteiligung also sehr stark. Die bürgerlichen Parteien haben sämtlich relativen Rückgang erlitten, die „Nationalen“ (inkl. Christlichsozialen) sind auch absolut zurückgegangen! Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmengahl gegen 1903 um rund 26 Proz. vermehrt, nur wir haben neue Massen gewonnen! Zum Vergleich geben wir die Stimmengahlen vom 10. Juni 1903 und vom 19. September 1905:

	1903	1905
Sozialdemokratie	22 800	28 532
Rationale	20 776	17 873
Christlichsoziale	—	2 196
Zentrum	35 323	35 478
Polen	1 536	1 722

Die gestrigen Stimmengahlen können sich nur noch um etliche Hundert verschieben, da zurzeit noch einige kleine Bezirke fehlen. Der außerordentliche Gewinn der Sozialdemokratie, daneben der Rückgang und Stillstand der anderen Parteien wird den Gesang von dem „Rückgang der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie“ um einige Oktaven herabstimmen.

„Reserven mobil machen!“ ruft angsterfüllt die Zentrums-Partei an. Wo sollen die Reserven herkommen? Was für die Zentrums-Partei an Anhängern zu holen war, ist in einer beispiellosen Weise „geschleppt“ worden. In den Morgenstunden schon holten zahlreiche Droschken selbst Krüppel und Lahme heran. Fieberhaft haben die bürgerlichen Parteien gearbeitet, um uns aus der Stichwahl zu drängen. Ein derartiger Schleppeidienst ist noch nicht dagewesen. In den Vormittagsstunden sah es für uns recht übel aus, die ältesten Invaliden wurden herangeschleppt, sie sind die „Kerntruppen“ der „staats-erhaltenden Parteien“, die sogar die Krankenhäuser leerten, um mehr Stimmen zu bekommen. Aber am Nachmittag rüdten in schweren Kolonnen die Kruppischen Metallarbeiter und die Bergleute heran. Sie entschieden sich für die Sozialdemokratie in viel größerer Zahl als früher. In den Bezirken mit reiner Arbeiterbevölkerung haben wir stark zugenommen, in diesen Bergarbeiterbezirken erhielten wir die weitaus höchste Stimmengahl. Selbst in den „schwarzesten“ Eden nahm das Zentrum ab, die Sozialdemokratie hunderte Stimmen zu! Das ist um so bemerkenswerter, als wir dort keine Versammlungen abhalten konnten und die Kapläne eine fürchterliche Agitation entfaltet haben. Wenn die Bergleute dort nicht systematisch über die Bedeutung des Vergessenen und die verdrängte Rolle des Zentrums im Unklaren gehalten worden wären, unser Stimmengewinn wäre noch bedeutender gewesen. Das Zentrum ist trotz ungeheurer Anstrengung relativ zurückgegangen, ist absolut stehen geblieben, obwohl 5000 Wähler mehr zur Urne gingen! Das ist neben dem Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen das politisch bedeutendste Ergebnis des Essener Wahlkampfes. Die Politik des Zentrums ist nicht spurlos an den Massen vorübergegangen.

Die „Nationalen“ ernten die Früchte der Scharfmacherpolitik beim Vergarbeitsstreik. Wegen der Persönlichkeit ihres Kandidaten sind die „nationalen Parteien“ nicht abgefallen bei den Wählern, sondern weil innerhalb der „Nationalen“ auch die bekanntesten großindustriellen Scharfmacher sich dreist machen. Daß er sich nicht völlig frei machte von diesem volksfeindlichen Gepäd, dies verschuldet den überaus schmerzlichen Mißerfolg des Herrn Dr. Niemeyer. Seine Kandidatur war volkstümlicher wie die seines Vorgängers Parierkingemann (1903), aber Herr Niemeyer ist durch die „Häße“ der Krabber, Bergmeister Engel, Firth und Genossen niedergeboren worden. Dazu kam die zwar von vornherein aussichtslose, aber dem Zentrum zuliebe aufgestellte „Christlich-sozialen“ Kandidatur Behrens. Die Stöderpartei, die sich rühmte, in die Stich-

wahl zu kommen, hat eine blamable Niederlage erlitten. „Christlich-sozial ist Unsinn“ sagt nicht nur Wilhelm II., sondern auch der Essener Arbeiter. Die Spottkandidatur Behrens hat nur den „Erfolg“ gehabt, den Wirwar im „nationalen“ Kreise noch größer zu machen. Erklärlicherweise richtet sich die Wut der Niemeyerfreunde nun gegen die Stöderaner, deren 2000 Stimmen natürlich bestimmungsgemäß in der Stichwahl dem Zentrum zufallen.

Beispiellos ist die Entwidlung der Sozialdemokratie im Wahlkreis Essen. Sie berechtigt zu dem Ausdruck, daß im Kanonentisch bald eine feste Hochburg der Sozialdemokratie errichtet sein wird. 1877 erhielt unsere Partei hier 3003 Stimmen; 1890 erst 3342, 1893 bekamen wir 5863; 1898 hatten wir die Protestkandidatur des „Fuchshändlers“ Ludwig Schröder aufgestellt, unsere Stimmengahl sank auf 4400. Dann aber kam die Hochstut: 1903 ergielten wir 22 800 Stimmen, gestern schwingen wir uns auf 28 532. — Diese Wahl widerlegt unsere Befürchtungen und die gegnerischen Hoffnungen, daß es sich 1903 nur um „sozialdemokratisches Strohfeuer“ handelte. Wenn die Wähler so skrupellos bearbeitet werden, wie das hier vom Zentrum geschah und nicht nur die alten Anhänger bleiben treu, sondern es kommen noch fast 6000 hinzu, so ist vom Strohfeuer keine Rede mehr: im Königreich Krupp befindet sich die Sozialdemokratie im unaufhaltsamen Vormarsch und wird in absehbarer Zeit den Kreis im ersten Ansturm erobern. Es hat ja länger gedauert wie anderswo, aber was lange währt, wird endlich gut.

Am nächsten Donnerstag wird voraussichtlich die Stichwahl stattfinden. Wir hoffen nicht auf die bürgerlichen Parteien, wir vertrauen der werdenden Kraft unserer eigenen Propaganda. Den Sieg vom 19. September kann man uns nicht mehr rauben!

Unsere Parteipresse

äußert sich natürlich voller Enthusiasmus über den Ausfall der Wahl und jubelt den Essener Genossen zu, die die Fahne der Partei so ehrenvoll vorangetragen haben. Allgemein wird konstatiert, daß der Wahlausfall in Essen dem Gerücht von dem angeblichen Niedergange der Sozialdemokratie ein Ende macht.

Das im Kampfgebiete selbst tätige „Dortmunder Volksblatt“ sagt: Essen hat durch die Kruppaffäre und die Rede vom Tischstuhlschneiden neben seinem Ruhm als Industrie- und Kanonentisch auch eine politische Verühmtheit erlangt. Die Reichstagswahl 1903 lehnt nichts von einem Tischstuhlschneiden zwischen Arbeiter und Sozialdemokratie verspüren, es war vielmehr eine starke geistige Erhebung der Arbeiter zugunsten der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Seit dieser Wahl sind zwei Jahre verfloßen. Einige Nachwahlen, bei denen unsere Partei einen Stimmerrückgang erlitt, ließen die Reaktionsäre Nachlust wittern. Sie freuten sich unendlich und waren naiv genug zu glauben, diesen sozialdemokratischen Stimmerrückgang könne man organisieren, indem man den sogenannten Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mobil machte und den Verleumdungsfeldzug systematisch organisierte.

In diese Zeit der gegnerischen Hoffnungen und Verleumdungen fiel die Reichstagswahl des 19. September.

Die Gegner werden jetzt allerlei Betrachtungen anstellen über die Ursache ihres Stillstandes und Rückschlusses, sowie über das Wachsen der Sozialdemokratie. Der eine wird von der „skrupellosen Agitation der Sozialdemokratie“ fesseln, der andere wird glauben, die Unzufriedenheit über die Fleischnot habe der Sozialdemokratie die Wähler zugezogen. Wir aber sagen, das proletarische Klassenbewußtsein der Arbeiter des Wahlkreises Essen hat einen neuen Aufschwung genommen, die Sozialdemokratie hat Fortschritte gemacht, sie marschiert.

Unsere Genossen im Wahlkreis Essen haben dem Jenenser Parteitag den allererfreulichsten Gruß gesandt. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ sagt ihr Urteil zusammen: „Das revolutionäre, radikale Ruhrgebiet hat die Geisterheher, die von unaufhaltsamen Rückgang der Sozialdemokratie fabulieren, gründlich ad absurdum geführt. Ein Bravo den Essener Genossen.“

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ überschreibt ihren Artikel zur Essener Wahl: „Dortmunder Essen!“ und fährt dann fort:

Die Wahltschlacht ist geschlagen; mit grünem Vorbeereis darf sich die Sozialdemokratie die Stirn kränzen. Denn sie ist die Siegerin, wenn sie auch noch nicht als die stärkste Partei Essens in die Stichwahl zieht, wenn sie auch noch nicht das Mandat des Wahlkreises erobert hat. Mit einer gewaltigen Steigerung ihrer Stimmengahl hat sie die Liberalen weit überholt, ist sie dem Zentrum bedeutend näher gerückt, als sie ihm 1903 gekommen war. Sie allein ist es, die auf große Scharen neugewonnener Wähler schauen darf. Sie allein ist gewachsen von allen Parteien, denn der schwache Zuwachs des Zentrums kommt wahrlich nicht in Betracht. Das Resultat der Reichstagswahl von Essen ist ein Erfolg von glänzender Größe, ein Sieg, dessen wir uns jubelnd freuen dürfen, selbst wenn die Stichwahl unsere Wünsche nicht erfüllen sollte. Solch gewaltiger Fortschritt beim fast völligen Stillstand der Gegner ist ein Sieg, und um so mehr ein Sieg, wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten der Essener Position betrachtet, die Mittel, die schätzbaren, unanständigen, verlogenen Mittel, die die Gegner dort in wahrhaft verkommenberischer Weise angewandt haben, den wilden, blinden Fanatismus, womit sie die Scharen ihrer Anhänger zu erfüllen wußten. Aber stärker als sie war die Macht der Tatsachen, lauter als ihr wildes Geschrei schrien ihre Taten wider sie. Zentrum und Nationalliberale haben die Quittung für ihre Haltung zum Streik der Ruhrbergleute bekommen, das Zentrum hat die Quittung für seinen Verrat an der Bergarbeiterchaft, und die preussische Regierung und der preussische Landtag haben nun Gelegenheit, ein unzweideutiges Urteil der Bergarbeiterchaft über die Vergessenenovelle zu hören.

Die „Leipziger Volkszeitung“ meint zu dem Wahlausfall: „Das ist jedenfalls unbestritten, der recht gesprungene Zentrumssturm hat einen neuen Stoß erlitten, und die ehrsüchtige Arbeit der

Sozialdemokratie schafft sich auch in diesen schwarzen Winkeln Deutschlands Anerkennung und damit auch Anhänger. Wir sind dem Zentrum so nahe auf den Leib gerückt, daß Verblüffung im Lager der Gegner eingetreten ist, die großmütig schon wieder einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen prophezeit haben. Bei all den Nachwahlen in Kreisen, die für uns erst in Betracht kamen, etwa mit Ausnahme von Fischpau-Marienbergr, haben wir gut abgeschnitten. In Schwerin und in Hof behielten wir unsere Stimmen, in Firth gewannen wir 2000, und nur der Erfolg in Essen! Es geht eben doch vorwärts, trotz alledem. Wie die Stichwahl ausfallen wird, läßt sich gerade in diesem Kreise schwer voraussagen, doch haben wir gewiß auch noch erhebliche Reserven, und bei der Verstimmung der Nationalliberalen ist es keineswegs ausgeschlossen, daß der Sieg unser wird.“

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“ die ja auch in dem schweren Kampfe zwischen Ultramontanismus und Sozialdemokratie mit im Vordergrund steht, schreibt unter dem Titel „Die Quittung“:

„Die Wahl in Essen hatten wir als die Probe aufs Exempel bezeichnet, als den Nachweis: daß die katholische Arbeiterchaft zu erwachen, daß die demagogische Kunst des Zentrums an Wirkung zu verlieren und der fortgesetzte Arbeiterverrat der Liberalen dem bisher treuen Gesolge offenbar zu werden beginne.“

Dieser Nachweis ist durch den Ausfall der Essener Wahl gebracht: die einzige Partei, die zugenommen hat, die durch den bedeutenden Zuwachs an Stimmen von einem Siege zu sprechen berechtigt ist, ist die Sozialdemokratie. In Essen kommen in Zukunft nur noch zwei Parteien in Betracht: Zentrum und Sozialdemokratie — und wer auf die Dauer als die herrschende zu gelten hat, daran ist kein Zweifel.

Der Ausfall der Essener Reichstagswahl macht aber auch — und das gibt ihr eine allgemeinere Bedeutung — dem dummen Gerücht von dem unaufhaltsamen Rückgang der Sozialdemokratie, wie er durch die letzten Nachwahlen bewiesen wurde, ein Ende. In einem heiß umstrittenen Wahlkreise zwei mächtige Gegner zum Stillstand oder Rückgang gezwungen, selber aber um ein Bedeutendes vorgezogen — mit diesem Erfolge hat die Partei den Beweis gebracht, daß in ihr der alte Geist, daß in ihr die Gewähr des unaufhaltsamen Fortschreitens, des endlichen Sieges lebt.“

Auch die Elberfelder „Freie Presse“ meint: „Die Essener Arbeiterchaft hat sich gestern um die Partei verdient gemacht. Der Stof, den sie dem Zentrum versetzte, traf diese volksverräterische Partei ins Herz. Unseren gesonten Gegnern aber wurden gestern die so schon aufgebauten Zahlenreihen, die als Nachweis des Rückganges der Sozialdemokratie dienen sollten, über den Haufen geworfen. Die Sozialdemokratie marschiert!“

Das Kaiserliche „Volksblatt“ urteilt: „Im Wahlkreise Essen, in welchem auf den Massen jahrzehntelanger der zwiespältige Druck des Stimmlichen Pächaregeniments und der katholischen Klerikel lastete, hat unsere Partei verhältnismäßig spät Boden gefaßt. Aber seit 1898 sind unsere Stimmen dort angewachsen, daß es der schwarzen und blauen Reaktion angst und bange wurde. 1898 brachten wir nur 4500 Stimmen auf, 1903 aber 22 000. Freilich war dieses staunenerregende Resultat durch besondere Umstände, die bei der gestrigen Wahl nicht zu verzeichnen waren, begünstigt worden. Ein guter Kenner des Wahlkreises meinte mit Rücksicht darauf noch in gestriger Nummer unseres Frankfurter Parteiorgans: „Wir nehmen keinen Anstand, zu sagen, daß es uns angefaßt der durch Saalabtreiber, religiöse Fanatisierung, Geschwindeln und kapitalistische Terrorisierung der Arbeitervähler erwachsenen großen Widerstände schon als ein großer Erfolg erscheint, wenn wir unsere Stimmengahl von 1903 wieder erreichen.“ Sie ist nicht nur erreicht, sondern um ein erkleckliches vermehrt worden. Ein Beweis, daß die Arbeitermassen des Wahlkreises Essen je länger je mehr von sozialistischem Geiste durchdrungen werden!“

In dieser angenehmen Gewißheit kann die Klassenbewußte Arbeiterchaft Deutschlands sich des gestrigen Wahlausfalls freuen und der kommenden Stichwahl zwischen unserem Kandidaten Gewehr und dem Zentrumsmanne Giesberts mit Zuversicht entgegengehen. Wenn es dem Zentrum auch gelingen sollte, mit Hilfe der Rationalliberalen und Stöderaner den Kreis zu behaupten, Freude wird ihm der solcher Art errungene „Sieg“ nicht bringen. In den Triumph über einen solchen Sieg wird sich die Furcht vor der immer stürmischer wogenden roten Springflut mischen, die den schwarzen Zentrumssturm langsam, aber sicher unterpflückt, so daß er hier kurz oder lang zusammensinkt.“

Auch die „Schwäbische Tagwacht“ meint: „Bei den Wahlen im Jahre 1903 kämpfte unsere Stimmengahl plötzlich auf nahezu 23 000 empor. Viele unter uns glaubten, das sei ein Strohfeuer, angefaßt durch die Krupp-Affäre, den Zollruhrkampf und andere Begleiterscheinungen der letzten allgemeinen Wahlen. Das Ergebnis der gestrigen Reichstagswahl zeigt, daß diese Annahme nicht zutrifft, daß die Wählerchaft der Sozialdemokratie in Essen fest und treu zur Partei steht. Es wird diesmal kaum ein gegnerisches Blatt zu behaupten wagen, die Sozialdemokratie habe ihren Charakter und ihre Ziele im Wahlkampf verschleiert. Kaum je ist ein politischer Kampf mit der prinzipiellen Schärfe geführt worden, als der, der in den letzten Wochen im Essener Bezirke tobte. Und gerade deshalb das grohartige Resultat, das alle Erwartungen übertrifft und das den ersten großen Erfolg unserer Partei bei den Nachwahlen seit 1903 darstellt.“

„Koch eine ganze Reihe von Stimmen in diesem und ähnlichem Sinne könnten wir aus der Parteipresse anföhren. Wir wollen uns mit obigen Auszügen begnügen, die den Parteigenossen ein ausreichendes Bild davon geben, wie die Parteipresse den Ausfall der Essener Wahl bewertet.“

Eine Wiedergabe bürgerlicher Preßstimmen müssen wir wegen Raumangel heut unterlassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September.

Der Parteitag.

Jena, den 21. September 1905.

Die Debatte über die Waisfeier verlief nicht so ruhig, wie das Referat versprochen hatte. Die Erörterung, die Genosse Fischer als Berichterstatter historisch nach ihren Gründen zu untersuchen und, aufbauend auf ihre Ueberwindung, zu prüfen begonnen hatte, bildete in der Diskussion den Gegenstand leidenschaftlicher Anklagen und heftiger Widerreden. Robert Schmidt, der gleichsam eine Art von Korreferat hielt, ließ es sich nicht nehmen, auf die Kritik des Kölner Gewerkschaftskongresses mit einem Angriff auf einige Parteizeitungen zu erwidern, die sich wenig respektvoll über die Kölner Reden und Beschlüsse geäußert hatten, und eine Anklage gegen die „Neue Zeit“ einzufügen, die seiner Auffassung nach zwar viel über die Ausfalllosigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu philosophieren verstände, aber eine Darstellung der praktischen Tätigkeit und der unmittelbaren Erfolge der Gewerkschaften ihren Lesern vorenthalte. Vor allem erregte seine namens der Generalkommission abgegebene Erklärung Aufsehen, daß die Gewerkschaften sich nur vorläufig mit der Resolution Fischer einverstanden erklärten, vor dem nächsten internationalen Kongress aber von neuem auf eine Aenderung in der Waisfeier drängen würden.

Hatte nun schon Fischer zur Erkennung seiner Forderung an die Gewerkschaften wie an die Parteigenossen die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in seine Betrachtungen einbeziehen müssen, so rief vollends die Kennerung Robert Schmidts einen Redekampf hervor, in dem kaum eine Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften unerörtert blieb. Frau Bieg, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dienten den „Neue Zeit“-Jüriaten mit Gegenständen aus der gewerkschaftlichen Literatur, mit Schriftstellerschaften und rednerischen Auslassungen von Gewerkschaftsführern, die sich gegen die Partei richteten, oder zum mindesten ein Zusammengehen der Gewerkschaften mit der politischen Vertretung der Arbeiterchaft gänzlich ablehnten. Eine hochgehende Woge von Vorwürfen gegen den Buchdrucker-, den Holzarbeiter- und den Metallarbeiterverband, gegen Hue, Kolb und Edmund Fischer überflutete die eigentliche Grundlage der Debatte, die Waisfeierfrage. Die persönlichen Angelegenheiten, wie die Nichtanstellung von Leber-Jena durch den Metallarbeiterverband und der Mandatsverzicht von Kolb, dem Vorsitzenden der Holzarbeiter, nahmen einen verhältnismäßig breiten Raum in der Debatte ein.

Erst am Nachmittag, nachdem gar viele der Beschuldigungen, die von Hilben und Drüben erhoben worden waren, sich als inhaltslos ergeben hatten, sank der Redestrom in sein rechtiges Bett zurück. Je weiter der Nachmittag vorrückte, umso schärfer trat der Gedanke hervor, dem hauptsächlich die Genossen Silberstein und Anieriem Ausdruck gaben, daß doch in allen wichtigen Fragen Partei und Gewerkschaft einig seien, daß die einzelnen Fälle, in denen die Gewerkschaftler ihre Pflicht gegen die Partei nicht erfüllt oder die Parteigenossen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Meinlampfes nicht gebührend berücksichtigt und gewürdigt hätten, nur ganz seltene verschwindende Ausnahmen seien, die nicht verdienen, daß um sie das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft auch nur auf kurze Zeit getrübt werde. Nach einem lebhaften Wortstreit ein verständiger Abschluß.

Richard Fischers Schlußwort konnte deshalb die Grundanfassung von der Einheitlichkeit der Partei und der Gewerkschaften, die sein Referat aufgezeigt hatte, weiter ausbauen. Dann aber führte Fischer bei der Gestaltung der Waisfeier den historischen Nachweis, wie bei der Entwicklung das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften entstanden sei. Auch hier haben schwierige politische Verhältnisse den Reim des Unfriedens gelegt. Es handelt sich um das zufällige Zusammentreffen der ersten Waisfeier mit dem bevorstehenden Erlöschen des Sozialistengesetzes, um einen Zeitpunkt, der der Partei die größte Vorsicht zur Pflicht machte. Dann kam dazu die rasch wachsende Macht der Gewerkschaften, die 1890 noch nicht allzu viel Einfluß oder Verantwortung bei der Waisfeier hatten, jetzt aber plötzlich, von der eigenen Größe überrascht, Anläufe eines Gewerkschaftssozialismus zeigen mußten, der viele ihrer Führer übersehen ließ, wie politisch unmöglich, wie moralisch niederdrückend es wäre, jetzt, wo Zehntausende und Aberzehntausende von Arbeitern persönliche Opfer für die Waisfeier gebracht haben und mit allen Kräften an ihr hängen, sie plötzlich aus irgend welchen Gründen aufzugeben. Auch konnte Fischer dann mit der Aussicht schließen, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals, weder vor noch nach dem nächsten internationalen Kongress, auf die Feier des ersten Mai verzichten. Die einstimmige Annahme seiner Resolution garantierte für sein Wort.

Liebknecht und Elm hatten, um für die Zukunft Mißverständnisse und Zerwürfnisse zwischen den beiden großen Faktoren der Arbeiterbewegung auszuheilen, die Anregung gegeben, eine dauernde Verbindung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission herzustellen. Ließ sich die Idee auch nicht sofort in die Tat umsetzen, so bezeugte ihr doch der Parteitag durch Ueberweisung des Antrages an den Parteivorstand seine volle Sympathie.

Den Rest des ganzen Nachmittags füllte, da es zum Referat über den Generalkongress zu spät geworden war, die Beratung einiger Anträge aus. Der Antrag auf Schaffung von Jugendorganisationen rief eine umfangreiche Debatte über die Jugendliteratur hervor und erzeugte den lebhaftesten Wunsch, das Thema der Jugenderziehung eingehend auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln. Den Antrag auf die planmäßige Agitation unter den Rekruten lehnte, wie im Vorjahre, der Parteitag auch diesmal rundweg ab, weil die Gefahr besteht, daß statt Aufklärung Verwirrung geschaffen werde.

Aus der Kolonialabteilung.

Die „AdN. Volkszeitung“, die in letzter Zeit die Geschäftsführung der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes mehrfach einer heftigen Kritik unterzogen hat, veröffentlichte am vorigen Donnerstag in ihrer Nummer 701 einen die „Verwirrung in der Kolonialabteilung“ überschriebenen Artikel, in welchem dem Kolonialamte die „Vergewaltigung von Reichsmitteln“ sowie Protektionwirtschaft vorgeworfen und zum Schluß behauptet wurde, daß bei der Beratung der Kamerun-Eisenbahnvorlage zwei Vertreter der Kolonialabteilung in der Budgetkommission des Reichstages unrichtige Angaben bezüglich des Kamerun-Eisenbahnsyndikats gemacht hätten.

Diese Kritik veranlaßte die kolonialfreundliche Presse zu einem wütenden Angriff auf die „AdN. Volkszeitung“, während zugleich der Kolonialdirektor Dr. Stuebel telegraphisch um die Belege für die aufgestellten Behauptungen ersuchte. Als von der Redaktion der „AdN. Volkszeitung“ darauf die Antwort erfolgte, sie hätte ihren Mitarbeiter von dem Eruchen des Kolonialdirektors in Kenntnis gesetzt, gingen mehrere kolonialfeindliche Blätter von neuem zum Angriff vor. Die „AdN. Volkszeitung“ verweigerte, hieß es, die von ihr versprochenen Belege nicht zu liefern; sie hätte sich gründlich blamiert usw.

Auf diese Angaben rückt jetzt die „AdN. Volkszeitung“ mit ihren Beweisen heraus. Sie erklärt, die beiden von den Regierungskommissaren gemachten irigen Angaben bezögen sich auf das bekannte Buch des Konsuls René Kamerun und die deutsche Tschadsee-Eisenbahn, sowie auf die Konzession des Kamerun-Eisenbahnsyndikats. In der Sitzung der Budgetkommission, die sich mit der Tschadseebahn beschäftigte, habe der Kolonialdirektor offiziell erklärt, das Buch sei eine private Arbeit, während es tatsächlich auf Staatskosten gedruckt worden sei.

„Sofort zu Beginn der Kommissionsberatungen“, heißt es in den Ausführungen der „AdN. Volkszeitung“, „führte der freimüthige Abg. Dr. Müller-Sagan laut Kommissionsbericht aus, es handle sich bei diesem Projekt offenbar nicht um ein abgeschlossenes Ganze, sondern vielmehr um die erste Teilstrecke einer Tschadseebahn, wie dies ja aus dem unter die Abgeordneten verteilten Buche des Herrn Konsuls René mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervorgehe. Mit der Bewilligung dieser Teilstrecke binde sich der Reichstag, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich für den Weiterbau der ganzen Strecke.“ (Sess. 1903/05 Nr. 883 S. 4820.) Der Kommissionsbericht fährt dann fort: „Der Herr Kolonialdirektor gab darauf folgende Antwort: „Für die Kolonialverwaltung existiere nur das vorliegende Projekt. Die Weiterführung der Bahn bis zum Tschadsee siehe noch in keiner Weise zur Disposition. Das Buch des Herrn Konsuls René sei eine rein private Arbeit.“ (S. 4820.)

Dieser letzte Satz ist unrichtig. Man könnte das Buch auch dann vielleicht als private Arbeit bezeichnen, wenn das Kolonialamt Material geliefert hat, zur Not auch dann noch, wenn im Kolonialamte die Korrektur gelesen wurde. Anders aber ist es, wenn für die Herstellung dieses Buches direkt oder indirekt Reichsgelder zur Verfügung gestellt werden. Und letzteres ist geschehen. Am 17. Februar 1905 fand eine Sitzung des Kamerun-Eisenbahnsyndikats im Sitzungssaale der Kolonialabteilung statt, an welcher seitens des Kolonialamtes die Herren Dr. Stuebel, Dr. Helfferich, Dr. Seitz, Hellwig, Wistow, Ebermayer und Hanke teilnahmen. Es handelte sich um die Frage, unter welchen Bedingungen das bestehende Kamerun-Eisenbahnsyndikat auf seine damals noch geltende Konzession verzichten wolle, und hierunter befindet sich als fünfte Bedingung (wir fennen auch die anderen) folgende: Beitrag zu den Druckkosten des Buches über die Tschadsee-Eisenbahn. Diese Bedingung ist vom Dankenkonfortium unter Zustimmung der Vertreter der Kolonialabteilung angenommen worden. Dem Reichstage aber wurde hier von nicht nur keine Kenntnis gegeben, sondern das Buch trotzdem als eine „rein private Arbeit“ bezeichnet.

Zweitens habe das Kolonialamt außer dem Kamerun-Eisenbahnsyndikat auch noch einem Dankenkonfortium die Konzession zur Erbauung einer Eisenbahn von Duala nach den Manangubabergen, aber zu größeren Vorteilen gegeben, und zwar hätte die neue Konzession der Danken folgende Vorteile vor der dem Eisenbahnsyndikat gewährten Konzession enthalten: 1. Zinsgarantie für zwei Drittel des Kapitals und Heimzahlung mit 120 Proz.; 2. eine Landungsstelle in Duala; 3. Vergewaltigung. Es sei also das Ende der Konzession des Eisenbahnsyndikats vom Kolonialamt gar nicht abgewartet worden, sondern man habe, während diese noch zu Recht bestand, eine neue veränderte Konzession verliehen, die dem Reich weit höhere Lasten auferlegte.

Drittens seien auch noch unrichtige Angaben darüber gemacht worden, daß mit dem Syndikat über die Verleihung von Vergewaltigungen verhandelt wurde sowie daß bereits im Dezember 1904 letzteres seine Unfähigkeit zur Ausführung der Mittel erklärt habe.

Es sind das keineswegs leichte Beschuldigungen, und die „AdN. Volkszeitung“ belegt sie wenigstens teilweise durch Bezugnahme auf Drucksaaten des Reichstages, Briefe der Kolonialabteilung und des Kamerun-Eisenbahnsyndikats sowie einem Schreiben des Reichslanzlers vom 17. März 1906. Um so jeitamer ist, daß in einer vom „AdN. Volkszeitung“ verbreiteten, jedenfalls aus dem Kolonialamt stammenden sogenannten Verichtigung die Angaben der „AdN. Volkszeitung“ einfach ohne irgend welches nähere Eingehen auf die Ausführungen des rheinischen Blattes bestritten werden. In der offiziellen Gegenerklärung heißt es nämlich kurzweg:

1. Entgegen der Angabe des Kolonialdirektors, das Buch von Karl René über die Tschadsee-Eisenbahn sei eine reine Privatarbeit, behauptet die „AdN. Volkszeitung“, zur Drucklegung des Buches seien Reichsgelder gegeben worden. Diese Behauptung ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Für das Renésche Buch ist kein Pfennig aus Reichsmitteln weder direkt noch indirekt verausgabt worden.

2. Ferner bestreitet die „AdN. Volkszeitung“ die Angabe der Kolonialverwaltung, daß auch mit dem ersten Kamerun-Eisenbahnsyndikat über die Verleihung von Vergewaltigungen verhandelt worden sei. Demgegenüber steht fest, daß im Laufe der Beratungen zur Finanzierung der Bahn verschiedentlich Mitglieder des Syndikats an die Kolonialverwaltung wegen einer Erweiterung der Konzession, insbesondere auch wegen der Verleihung von Vergewaltigungen herangerufen sind, und daß die Kolonialverwaltung sich stets zur Erwägung eines jeden Vorschlages bereit gefunden hat, der die Finanzierung der Bahn ohne Reichsgarantie ermöglichen würde.

3. Die „AdN. Volkszeitung“ bestreitet schließlich die Richtigkeit der Mitteilung der Kolonialverwaltung, daß das erste Syndikat schon im Dezember 1904 sich ohne Reichsgarantie als außerstand zur Finanzierung der Bahn erklärt habe. Demgegenüber sei konstatiert, daß am 6. Dezember 1904 in einer Sitzung des Syndikats, der zwei Vertreter der Kolonialabteilung beiwohnten, Einverständnis darüber bestand, daß die Finanzierung der Bahn ohne Reichsgarantie für mindestens den größeren Teil des Gesellschaftskapitals unmöglich sei; das Syndikat bezeichnete noch in derselben Sitzung Vertreter, die auf der Grundlage einer partiellen Reichsgarantie mit der Regierung verhandeln sollten.

Dieses Verfahren, die Angaben der „AdN. Volkszeitung“ einfach zu bestreiten, ist ja recht bequem, aber überzeugend ist es nicht. Doch vielleicht handelte es sich für die Kolonialverwaltung zunächst nur darum, die Darlegung des rheinischen Blattes zurückzuweisen und sie behält sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der gegen sie gerichteten Angriffe für die nächsten Tage vor. Das Hauptblatt des Zentrums wird dann kaum umhin können, der Ablehnung des Kolonialamtes seine Belege und Gründe gegenüberzustellen. Das kann recht interessant werden, wenn auch vielleicht nicht für die Kolonialabteilung.

Deutsches Reich.

Erzelenz Müller hatte heute den Besuch eines Mitarbeiters des „Lokal-Anzeigers“ und hat diesem gegenüber, wie das Blatt berichtet, entschieden bestritten, daß er an einen Rücktritt von seinem Posten denke. Er meinte: „Das Gerücht von meinem Rücktritt ist nichts als ein müßiges Gerücht. Es gibt natürlich Personen, die von Zeit zu Zeit derartige Gerüchte immer wieder in die Presse lancieren; einmal sind sie ja wahr und dann sind die Gewährsmänner jener Rottz natürlich die großen Männer. Von einer Amtsmüdigkeit meinerseits ist absolut nicht die Rede; ich habe natürlich keine Lust, mich im Dienste zu verschleihen. Aber das kann ich wohl sagen: wohl niemals gab es eine Zeit, in der es mir fernere gelegen hat, vom Amte zurückzutreten, als es die jetzige ist.“

Die Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ macht dazu die lakonische Notiz: „Die Entscheidung darüber, ob Minister Müller mit dieser Auffassung der Lage schließlich Recht behalten wird, oder jene industriellen und kommerziellen Kreise, deren Ansichten wir vorgefem wiedergaben, wollen wir der Zukunft überlassen.“

Schnaps, Schnaps, Schnaps, du edles Getränk!

Die „Konservative Korrespondenz“ wittert in ihrer neuesten Nummer gegen das Uebermaß von Abtinnenz! Sie stellt fest, daß die neuesten Forschungen (namentlich der agrarischen Wissenschaft) erwiesen haben, daß der Alkohol selbst in einem gewissen Sinne Nahrungsmittel ist, weil er nämlich die Energie von Fetten und Kohlehydraten gleichwertig vertritt und damit Eiweiß sparen kann.

Hört, Ihr Proletarier! Wenn Euch die Agrarier die Einweihungsfahrt für den Körper durch den Fleischwucher fast unmöglich machen, trinkt einfach den Fusel, den die Herren Agrarier doch auch loswerden möchten!

Nicht nur die Beweiskführung für die Nützlichkeit, auch die für die Notwendigkeit des Alkohols ist echt agrarisch. Da heißt es:

„In unseren verwickelten Kulturverhältnissen sind wir weniger als je in der Lage, immer gerade dann auszuruhen, wenn wir müde sind. Die Reizmittel sind daher notwendig, gleich wie bei einem gut gefütterten Pferde die Fettsäure oft notwendig ist, damit die aufgespeicherte potentielle Energie in dem Momente in Arbeit umgesetzt werde, wo es sonst nicht mehr geschehen würde.“

Man muß es unseren Herren Agrariern lassen: Sie reden nicht nur so, sie handeln auch danach! Was sie ihren Arbeitern an Lohn zu wenig geben, ersetzen sie reichlich durch die Verabreichung von Purgeln und Schnaps!

Profitable Vaterlandsliebe. Die Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika will dem deutschen Volke ein Geschenk machen. Sie will nämlich ihre „Konzession“ auf dem Acker des Vaterlandes niederlegen. Diese Selbstlosigkeit könnte uns zu Tränen rühren, wenn sie nicht an sonderbare Bedingungen geknüpft wäre. Einer außerordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre soll nämlich zur Annahme empfohlen werden:

Der Kolonialverwaltung das Anerbieten zu machen, falls sie die Besiedelung selbst in die Hand nehmen will, gegen Rückerstattung der bisher seitens der Aktionäre eingezahlten Gelder, zugleich der seit dem Einzahlungsstermin verloren gegangenen Zinsen, das Vermögen der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten zu übernehmen. Die Beamten der Gesellschaft sind entweder durch das Reich zu übernehmen oder zu entschädigen.

Die Herren stehen vor einer großen Pleite. Sie haben bisher mit Verlust gearbeitet und werden nach der völligen Verweisung Südwestafrikas völligen Bankrott erleiden. Nun wollen sie die Konkursmasse dem Reiche anhängen, verlangen aber ihrerseits Ersatz nicht nur der gehaltenen Ausgaben, sondern auch noch des Zinsverlustes. Kann man selbstloser sein? — Und für diese Gesellschaft und andere ähnlichen Kalibers bleiben in der Wüste „die Knochen des pommerischen Grenadiers“ und sind Tausende und Abertausende von Schwarzen zu Tode gehetzt, die ihr Vaterland gegen den Einsall einer noch dazu landfremden Ausbeuterklasse verteidigten! —

Verlustliste aus Südwestafrika. (W. T. B.) Ein Telegramm aus Winduk meldet: Am 18. 9. 05 im Gefecht bei Nabis westlich Durakus verunndet: Reiter Waldemar Lyan, geboren am 22. 7. 82 zu Zamenstein, früher im Pionier-Bataillon Nr. 2, schwer, Schuß rechts Brust; Reiter Albert Glängel, geboren am 23. 2. 83 zu Dresden, früher im Infanterie-Regiment 92, leicht, Streifschuß Gesicht; Reiter Adam Guthier, geboren am 11. 3. 82 zu Lampertheim, früher im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 51, leicht, Streifschuß linkes Bein. —

Bei der Landtags-Ergebniswahl, die gestern im 17. Wahlbezirke für Schleswig-Holstein stattfand, wurde der konservative Gutsbesitzer Johannsen mit 91 Stimmen gewählt. Der konservative Driest-Stafendorf erhielt 49 Stimmen, während auf den Freisinnigen Dr. Struve-Niel 14 Stimmen entfielen. —

Die Leipziger Stadtväter über die Fleischnot.

Leipzig-Gohlis, 20. September. (Fig. Ver.) Zur Bekämpfung der Fleischnot hatten bekanntlich Rat und Stadtverordnete von Leipzig beschlossen, beim sachlichen Ministerium eine Petition einzureichen. Die nunmehr an die Kreishauptmannschaft abgeandte Petition weist darauf hin, daß nach den Ermittlungen der städtischen Schlachthofverwaltung auf dem Leipziger Viehmarkt — wo übrigens nebenbei bemerkt der Auftrieb quantitativ noch verhältnismäßig rege ist — die Schlachtviehpreise bedeutend in die Höhe gegangen seien, ebenso wie die Verkaufspreise um 10 bis 20 Pf. für die verschiedenen Fleischarten, um 10 bis 15 Pf. für Wurst, um 20 Pf. für Schinken pro Pfund gestiegen seien. Infolgedessen seien bereits auch die Preise für Wild, Geflügel, Fische, Butter, Milch und Eier in Leipzig bedeutend in die Höhe gegangen. Die Folgen dieser Teuerung für die minder bemittelte Bevölkerung seien sehr gefährliche. Ausdrücklich habe die Schlachthofverwaltung festgesetzt, daß an der Fleischnot nicht die Viehhändler und Fleischer, die sie selbst darunter litten, schuld seien, daß vielmehr der Anstieg der Verkaufspreise hinter dem der Einkaufspreise zurückgeblieben sei. Die deutsche Landwirtschaft sei nicht in der Lage, genügend Vieh zu produzieren; wenn auch die diesjährige Futterernte eine kleine Verbesserung erhoffen lasse, wirkliche Besserung bringe nur die Öffnung der Grenzen. —

Unsere vollendeten Rechtsgarantien. Die „Volks-Zeitung“ meldet aus München folgenden symptomatischen Fall:

Die 14jährige Tochter eines Baders namens Kindsmüller ist verschiedentlich wegen Diebstahls im Rückfalle zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der Verteidiger hatte stets die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, da die Kindsmüller geistig nicht normal sei. Dieser Antrag ist bisher stets abgelehnt worden. Neuerdings brachte der Verteidiger aber das Gutachten einer Reihe von Autoritäten auf psychiatrischem Gebiete bei, wonach die Kindsmüller an ausgeprägter dementia praecox (Jugendirresein) leide und für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Es handelte sich geradezu um einen Schußfall. Daraufhin hat der Staatsanwalt den Antrag gestellt, die Kindsmüller unter Umgehung des Wiederernehmensverfahrens von der Anklage des Diebstahls im Rückfalle in zwei Fällen freizusprechen und außerdem der Staatskasse die Verpflichtung aufzuerlegen, für vierzehn Monate unschuldig erklirte Gefängnisstrafe eine Entschädigung zu zahlen.

Der Fall ist typisch: Geisteskranke Proletarier werfen die moderne Gesellschaft ins Zuchtbaus oder ins Gefängnis, das bestehende Verbrechen aber reist in komfortablen Privatirrenanstalten der alshaldigen „Heilung“ und unantastbaren Freiheit entgegen. —

Gegen die geplante Sonderbesteuerung der Zigaretten hat am 13. d. M. in Dresden, wie die „Südd. Tabakztg.“ berichtet, eine verteilte Konferenz des Verbandes deutscher Zigarettenfabrikanten stattgefunden. Die zahlreich besuchte Versammlung erklärte sich gegen die angeblich drückendste Sonderbesteuerung nur eines der fünf Zweige des deutschen Tabakfabrikationsgewerbes als einer unerhört ungerechten und höchst unzumutbaren Maßregel. Da der Vorstand bereits Anlauf genommen hatte, eine Eingabe an das Reichsfinanzamt zu richten, ist deren Ergebnis abzuwarten.

Inzwischen soll dem Deutschen Tabakverein das Ansuchen unterbreitet werden, seinerseits für die Zigarettenindustrie als eines der fünf Zweige des deutschen Tabakfabrikationsgewerbes Stellung zu nehmen gegen die Bestrebungen, welche bezwecken, die Zigarette zugunsten anderer Fabrikate höher zu belasten und in der Entwicklung aufzuhalten. —

Husland.

Holland.

In der Debatte über die Adresse auf die Thronrede in der Ersten Kammer fragte der Rechtsliberale van Houten, warum Vorgesessener, der das neue Kabinett gebildet habe, darin seinen Posten übernommen habe. Er halte das nicht für verfassungsmäßig. Der Finanzminister und Präsident des Ministerrats de Weester erwiderte darauf, das Kabinett wolle eine verantwortliche Politik verfolgen und Vorgesessener sei für die Erreichung dieses Zieles nicht der geeignete

Mann, nachdem bei den von ihm geleiteten Wahlen ein erbitterter Kampf der Parteien stattgefunden habe. Außerdem sei in der zweiten Kammer die Mehrheit der Wahlen nicht groß genug, um die Bildung eines ausgesprochenen Parteikabinetts zu rechtfertigen. —

Frankreich.

Anarchistenprozess. Durch Beschluss des Untersuchungsrichters Leydet wurden die Anarchisten Harvey, Vallina, Malato und Gausman vor die Anklagekammer verwiesen, und zwar die beiden erstgenannten unter der Anklage des Mordversuchs gegen den Präsidenten Loubet, den König von Spanien und 18 Soldaten der Eskorte sowie der Anklage, eine verbrecherische Verbindung zur Anfertigung von Explosivstoffen eingegangen zu sein, die beiden letztgenannten wegen Mitschuld an diesen Verbrechen. Cocos wird außer Anklagezustand gesetzt. Der Fall Avinos genannt Farcas wird mangels bestimmter Anhaltspunkte über seine Identität von dem Verfahren getrennt. —

Schweden - Norwegen.

Die Verhandlungen in Karistad.

Bestimmte Nachrichten über die bisher erzielten Resultate der Verhandlungen in Karistad sind noch immer nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, werden wohl auch kaum aus Karistad selbst zu erwarten sein. Haben sich die Delegierten über ein Uebereinkommen zwischen den beiden Ländern geeinigt, so wird es wahrscheinlich nicht sogleich veröffentlicht, sondern der Regierung sowie dem Reichstag und dem Storting als Vorschlag überhandt werden. Nach den vorliegenden Nachrichten zu urteilen, gehen die Verhandlungen ihren ruhigen Gang weiter. Wie verlautet, haben am Montag nachmittags Zusammenkünfte der einzelnen norwegischen und schwedischen Delegierten stattgefunden, und zwar zwischen den Staatsministern Wischek und Ahneberg, sowie zwischen Wöland und Hamnerstedt, Vogt und Hamnerstedt, Staaf und Berner und Vogt und Staaf. Gewiß hat man sich hierbei über ganz bestimmte Fragen persönlich ausgesprochen.

Der Staatsminister Wischek hat auf eine Anfrage über die norwegischen Mobilisierungen erklärt, daß die Mittelungen der Presse in hohem Grade übertrieben und wahrscheinlich auf Sensation berechnet wären. Auf jeden Fall aber würden, so lange die Verhandlungen dauerten, keine weiteren Truppen nach der Grenze geschickt werden.

Stockholms „Social-Demokraten“ war jedoch offenbar auch in dem Glauben, daß nach der beruhigenden Versicherung vom Sonnabend Norwegen noch immer fortfahre zu rüsten, und sprach deshalb in seiner Dienstagsnummer die Erwartung aus, daß die norwegische Arbeiterpartei auch jetzt ihre Pflicht tun werde. Aristonias „Social-Demokraten“ erwidert:

„Seit das Sonnabendkommuniqué bekannt wurde, sind, so weit wir erfahren haben, in Norwegen keinerlei militärische Maßnahmen getroffen worden, die man als Rüstungen bezeichnen könnte. Im Gegenteil wurden bereits am Sonntag eine ganze Anzahl norwegischer Mannschaften in ihre Heimat entlassen. Was vor dem Kommuniqué in Norwegen an irritierenden Militärmassnahmen getroffen wurde, geschah in so bescheidenem Maßstab, daß es nicht einmal im selben Atemzuge mit den schwedischen genannt werden kann, es sei denn im Verhältnis von 1 zu 10. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, ist es durchaus wahr, was das „Norwegische Telegrammbureau“ bemerkt, daß die früheren Militärmassnahmen auf norwegischer Seite „absolut notwendig geworden waren durch militärische Maßnahmen (und Drohungen) in Schweden.“ —

Spanien.

Zur katalanisch-nationalistischen Propaganda. Als die Polizei gestern Nachts in den katalanischen Bezirken, die auf Häusern, in denen katalanische Vereine ihren Sitz haben, und auf Privatgebäuden gehetzt waren, einziehen wollte, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Katalanisten und Polizei. Der Polizei gelang es, die Häuser zu entfernen, die Eigentümer der Häuser, auf denen sie gehetzt waren, wurden mit hohen Geldstrafen belegt. —

Eine Massenflucht nach Amerika hat die in einigen Provinzen herrschende Hungersnot erzeugt. In dem Auswandererhafen La Coruña treffen täglich ganze Eisenbahnzüge voll Auswanderer für Südamerika ein; mehrere Dörfer sind völlig verlassen infolge der Versprechungen der Werbe-Agenten. Diese haben bereits 15 große Dampfer befrachtet. Die Presse fordert die Regierung auf, Maßregeln gegen diese Massenflucht zu ergreifen. —

Rußland.

Witte sucht in Paris eine neue Anleihe aufzunehmen. Nach dem „Figaro“ hatte er nach dem Besuche bei dem Ministerpräsidenten Rouvier gestern nachmittag eine längere Unterredung mit dem Präsidenten des Crédit Lyonnais Wagnerant. —

Rumänien.

Die rumänische Regierung hat das Maisausfuhrverbot auf unbestimmte Zeit verlängert. —

Türkei.

Bombensuche. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von gestern: Die Polizei hat auch heute wieder in einem armenischen Quartier viele Bomben gefunden und mit Beschlag belegt. Ferner fand um Mitternacht in dem einem Deutschen gehörigen Grand Hotel Ströder eine Hausdurchsuchung unter Leitung von Redjib Pascha Melhame statt. Das gesamte armenische Dienstpersonal des Hotels wurde verhaftet. Die türkischen Behörden nahmen die Hausdurchsuchung in Gegenwart des deutschen Konsuls Velheim vor. —

Amerika.

Ratifikation des russisch-japanischen Friedensvertrages. Washington, 20. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Es kann jetzt versichert werden, daß der Austausch der Ratifikationen des russisch-japanischen Friedensvertrages in Washington stattfinden wird, und zwar sehr bald nachdem die beiden Herrscher die Ratifikationen vollzogen haben werden. Wahrscheinlich wird der Austausch im Weißen Hause erfolgen, um Roosevelt eine Ehrentung zu erweisen, doch ist noch nichts definitiv bestimmt.

Die New Yorker Handelskammer hat an die Handelskammern und ähnlichen Körperschaften in allen größeren Städten ein Schreiben mit der Aufforderung gerichtet, einmütig auf den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit Deutschland, Frankreich und Rußland hinzuwirken.

Caracas, 20. September. Gegen das Vorgehen der venezolanischen Regierung hat der französische Geschäftsträger Taigny den ihm erteilten Instruktionen entsprechend Protest eingelegt. Hierauf ist ihm von der venezolanischen Regierung ein Gegenprotest und die Erklärung zugegangen, daß die Regierung mit Taigny nicht mehr verhandeln wolle. — Wie es heißt, wird der amerikanische Spezialgesandte Richter Calhoun möglicherweise schon demnächst wieder abreisen.

In ihrer Gegenerklärung auf den Protest der französischen Regierung sagt die venezolanische Regierung, sie besitze urkundliche Beweise, daß die französische Handelskammer das Ergebnis des in ihrer Angelegenheit stattgehabten Prozesses angenommen habe. Der Geschäftsträger Taigny wisse dies, sein Protest sei daher ein Akt persönlicher Feindseligkeit und die Regierung werde deshalb mit Frankreich nicht mehr durch seine Vermittlung verhandeln.

Afrika.

Tanger, 20. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Durch Beschluss der Sanitätsbehörden ist der deutsche Dampfer „Faro“ für Choleraverdächtig erklärt und der Quarantäne unterworfen worden. —

Tanger, 20. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Vor 14 Tagen war ein französischer Tierarzt in Tanger durch Eingeborene verwundet worden. Da der Waghzen die bestmögliche Behandlung

der Wunden des französischen Geschäftsträgers nicht erfüllt hat, wird nunmehr der französische Gesandte in Fez die Forderungen vorbringen. — Ueber den Angriff auf einen französischen Kurier, der kürzlich zwischen Tetuan und Tanger ausgeplündert wurde, hat der Waghzen noch keine Untersuchung angestellt. —

Erklärung.

Im Bericht der Generalversammlung des 5. Kreises in der Nummer 220 des „Vorwärts“ sind einige Auslassungen des Genossen Friedländer, Prehkommmissions-Mitglied für den 5. Kreis, enthalten, die die Unterzeichneten zwingen, dazu einige Bemerkungen zu machen.

Genosse Friedländer sagt in einer Antwort auf eine Anfrage aus der Versammlung: „In der Prehkommmission herrsche aber leider dieselbe Unstimmigkeit wie in der Redaktion.“ Es gebe eben auch Prehkommmissions-Mitglieder, die jede Fälschung der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den „Vorwärts“ billigten, während sie entsetzt seien, wenn der „Vorwärts“ schließlich antwortete.“ Die Unterzeichneten verhalten sich gegen eine derartige Unterstellung.

Zur Sache bemerken wir: Am 12. Januar d. J. wurde im „Vorwärts“ eine Erklärung des Parteivorstandes und der Prehkommmission als Aufsichtsinstanz des „Vorwärts“ gegen die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht, in der es heißt:

„Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Gerabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Wehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beschieden.“

Diese Erklärung wurde in der Sitzung einstimmig von den noch heute fungierenden Prehkommmissionsmitgliedern angenommen.

Zu den Polemiken der letzten Wochen hat die Prehkommmission, unabhängig von einem eventuellen Entscheid des Parteitag, in mehreren Sitzungen, an welchen Gen. Friedländer durch Krankheit verhindert war teilzunehmen, Stellung genommen mit dem Resultat, daß eine teilweise Reformveränderung in der Redaktion beschloffen ist. Weiter ist eine größere Sicherung der Mitwirkung der Prehkommmission und damit der Berliner Parteigenossenschaft bei Fragen, über die nicht ohne weiteres Uebereinstimmung in der Redaktion erzielt wird, mit Zustimmung des Parteivorstandes herbeigeführt worden.

Die Prehkommmission.

Die Revolution in Rußland.

Verhängung des Belagerungszustandes über Finnland.

Petersburg, 21. September. (Bureau Herald.) Der Zar droht den Belagerungszustand über ganz Finnland zu verhängen, falls die politischen Forderungen noch fortdauern. Diese Haltung des Zaren verschlimmert noch die bereits sehr gespannte Lage und vermehrt die Unzufriedenheit unter der finnländischen Bevölkerung, die wegen Nichtachtung der finnländischen Verfassung durch den Zaren und die Regierungsbehörden in höchstem Grade erregt ist.

Petersburg, 21. September. Bei der gestrigen Feier des zweihundertjährigen Jubiläums des Petersburger Staatsgymnasiums veranstalteten die Schüler, als die russische Nationalhymne gesungen werden sollte, eine regierungseindliche Demonstration.

Saratow, 20. September. Der Gouverneur verfügte die Festnahme der Ärzte, die kürzlich an einer regierungseindlichen Versammlung in der Stadt Wolakows teilgenommen hatten. Daraus richtete eine Konferenz der Gouvernements- und Kreisvertretungen des Gouvernements Saratow an den Minister des Innern einen telegraphischen Einspruch, in welchem auf die Gefahr hingewiesen wird, daß durch derartiges Vorgehen die Tätigkeit der Semstwo lahmgelegt und die Demission ihres ärztlichen Personals sowie Störung der öffentlichen Ordnung provoziert werden könne.

Drel, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im hiesigen Provinzialgefängnis kam es gestern zu Unruhen, die mit Waffengewalt unterdrückt wurden; ein Sträfling wurde getötet und fünf verletzt.

Studentenstreik. Lomsk, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Versammlung von Studenten der Universität und des Technologischen Instituts beschloß heute, die Studien vor dem 28. Januar 1906 nicht wieder aufzunehmen.

Gewerkchaftliches.

Ausperrung in den Elektrizitätsbetrieben Berlins.

Ganz unerwartet ist in den Elektrizitätswerken Berlins ein Kampf ausgebrochen, der, wenn es nach den Absichten der beteiligten Unternehmer geht, einen ungeheuren Umfang annehmen wird. Es handelt sich um nichts weniger, als daß viele Tausende von Arbeitern der Elektrizitätsindustrie durch die Unternehmer auf die Straße gesetzt werden sollen. Ein Klassenkampf im wahren Sinne des Wortes ist durch Verfügung der Leiter einiger großen Betriebe ins Werk gesetzt worden und die Ursache oder richtiger der Vorwand zu diesem Kampfe ist so geringfügiger Art, daß man annehmen muß, es handle sich für die Unternehmer darum, den Arbeitern eine Nachtprobe zu liefern, die Organisationen, welche mit Erfolg die Interessen der Arbeiter wahrgenommen haben, niederzudrücken, damit der Fabrikdirektor als „Herr im Hause“ schrankenlos und nach eigener Willfür handeln kann. — In sich geringfügige Lohnforderungen sind die Ursache, welche die Unternehmer veranlassen, Tausende von Arbeitern auszusperrn, die selber gar keine Forderungen gestellt hatten. — So zeigen sich die Vertreter des Kapitalismus wieder einmal als rücksichtslos Verächter ihrer Geschäftsinteressen und keine Gewalttat ist ihnen zu brutal, wenn es gilt, die für geringe Verbesserungen ihrer Lage eintretenden Arbeiter niederzudrücken.

Ueber die Veranlassung der großen Ausperrung und das Vorgehen der Unternehmer gibt die nachstehende Darstellung der beteiligten Organisationen Aufschluß:

In die Berliner Arbeiterschaft!

Eine geradezu unerhörte Gewalttat ist geschehen! Eine Gewalttat, die das Schicksal von vielleicht 100 000 Menschen berührt, die ungezählte Tausende der Not und dem Hunger in die Arme treibt.

In dem Rabelwerk der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Ober-Schöneweide streifen seit drei Tagen zirka 300 Arbeiter um eine geringfügige Verbesserung ihres Lohnes. Um weniger Pfennige halber, welche die Direktion nicht bewilligen zu können glaubte, mußten die Leute die Arbeit niederlegen.

In der Schraubendreherei der Werkfirma Siemens u. Halske, Werner-Werk am Ronnenbamm, streifen ebenfalls um geringere Aufbesserung der Verdienste zirka 170 Personen beiderlei Geschlechts. Es wurden zwar den Streikenden beider Werke Zugeständnisse gemacht, jedoch derart, daß sie für die Streikenden unannehmbar waren.

Auf Vorstellung der Arbeiterschaft bei den zuständigen Direktionen wurde nun am Montag den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, welches folgendes forderte:

Entweder nehmen die Arbeiter beider Werke die Arbeit bis zum Donnerstag mittag bedingungslos wieder auf, oder die sämtlichen

Arbeiter beider Werke werden am Donnerstag abend sämtlich ausgeperrt. Sollte die Arbeit nur bei einer Firma ausgenommen werden, so erfolgt trotzdem die Ausperrung in beiden Werken.

Am Donnerstag vormittag wurden die Arbeiterschaften wiederum bei den Direktionen vorstellig und ersuchten um einen Aufschub der Ausperrmaßregel zu dem Zweck, die Ausperrenden von der sie bedrohenden Maßregel zu verständigen bezw. ihre Ansichten darüber einholen zu können.

Der nachgesuchte Aufschub wurde den Vertretern der Arbeiter rundweg abgeschlagen!

Entweder bedingungslose Aufnahme der Arbeit oder Ausperrung!

Die bisher gemachten geringen Zugeständnisse wurden ebenfalls seitens der Direktion zurückgezogen. Inwiefern die anderen Werke der beiden Firmen sich an der Ausperrung beteiligen werden, ist noch nicht festgelegt; angedroht ist aber bereits, daß am Montag einige der anderen Werke die Arbeiter ausperrn werden.

Arbeiter und Genossen!

Unter diesen Umständen mühten die Arbeiter die Ausperrung über sich ergehen lassen. Ohne jedwedes Verhandeln, dem brutalen Nachgeben der bedingungslosen Unterwerfung konnten sich die Arbeiter nicht fügen, und so stehen wir nun am Vorabend eines Kampfes, wie ihn Berlin bis dato noch nicht erlebt hat.

Wir machen darauf aufmerksam, daß am Sonntag mittag eine Anzahl Versammlungen in den größten Berliner Sälen stattfinden, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Das Nähere wird in Inseraten und durch Stückenanschlag bekannt gegeben.

Beteiligt an der Ausperrung sind nachstehende Berufe: Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrik-, Güß- und Transportarbeiter, Maler und Lackierer.

Die Vertreter der zuständigen Organisationen.

Berlin und Umgegend.

Der Metallarbeiterstreik in den Deutschen Telegraphenwerken ist zugunsten der Arbeiter beendet. Wohl auf Grund des vorgestrichen Beschlusses der Arbeiter des Gesamtverbandes, falls erforderlich, die Arbeit ebenfalls niederzulegen, erklärte sich die Direktion gestern zu einer Einigung bereit. Sie meinte, die Ursache des Streiks in der Abteilung Kriwo sei auf ein Mißverständnis der Arbeiter zurückzuführen. Um die Angelegenheit zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß zu bringen, erbot sich die Direktion:

a) sämtliche in der Abteilung Kriwo bisher beschäftigten Arbeiter wieder einzustellen, abzüglich derjenigen, die im Augenblick bereits ein Engagement der Firma zur Aufnahme der Arbeiten der Abteilung in Händen haben; b) die augenblicklich zurückbleibenden Arbeiter sollen im Laufe der nächsten 14 Tage ebenfalls wieder eingestellt werden. Bei weiterem Bedarf an Arbeitskräften soll ferner auf diejenigen Rücksicht genommen werden, welche bei Aufhebung der früheren Nachschicht entlassen worden sind, das heißt, solange von diesen Arbeitern noch Arbeitslose vorhanden sind, sollen fremde Arbeitskräfte nicht eingestellt werden.

Mit diesem Vorschlage der Direktion erklärten sich die Streikenden wie auch alle übrigen Arbeiter des Werkes einverstanden.

Heimarbeiterinnen! Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, findet bei Neuser, Heidenfeldstr. 17, eine Sitzung der Heimarbeiterinnen statt. Wir laden alle Kolleginnen dazu freundlich ein. Die Parteigenossen und Genossinnen weisen wir ganz besonders darauf hin. Wir bitten, den Streik bei der Firma Gebr. Vorwärts, Neue Königstr. 10, zu beachten. Verband der Wäscharbeiter.

Mit der Sammelliste Nr. 2978 für die ausgesperrten Brauereiarbeiter in Köln und Umgebung, versehen mit dem Stempel des Hauptvorstandes des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter, wird anscheinend Aufzug getrieben. Es wird ersucht, dieselbe event. dem Inhaber, dem Brauer Schott, abzunehmen und an die Geschäftsstelle des Brauereiarbeiter-Verbandes, Berlin C. 54, Linienstr. 10 I, einzusenden.

Brauereiarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Der Streik der Maurer und Zimmerer in Stade ist beendet. Befordert wurde eine Lohnerhöhung von 45 auf 50 Pf. für Gesellen und eine solche von 35 auf 40 Pf. für Arbeiter. Die Streikenden haben sich mit den Arbeitgebern dahin geeinigt, daß vom 1. Januar ab eine Lohnerhöhung um 3 Pfennig pro Stunde eintritt.

Ausland.

In Bordeaux sind nach einer Meldung des „B. L. B.“ die Fabrikanten, 800 an der Zahl, in den Ausstand getreten.

Soziales.

Kaufmannsgericht.

Aus Bergeshöhe die Kündigung unterlassen hatte ein Herr Ernsthaft, Inhaber einer Modejournal-Handlung, der einen Reisenden für drei Monate auf Probe engagiert, ihn dann aber plötzlich entließ. Der Reisende klagte infolgedessen auf Zahlung von 1200 M. für geistlich fälliges Salair nebst entgangenen Spesen. Da der Beklagte sich zu einer Einigung nicht verstehen konnte, wurde er zur Zahlung der geforderten Summe verurteilt. Der Verurteilte bezieht sich die Verurteilung an das Landgericht vor, während der Kläger mit einer trodenen Verbeugung erklärte, seinerseits auf das Rechtsmittel der Verurteilung zu verzichten zu wollen.

Die Krankheit einer Verkäuferin war der Firma Kay u. Co. Veranlassung genug, dem Feuilleton zu kündigen und ihm obendrein das Gehalt für die Krankheitszeit einzubehalten. Wie die Klägerin fast weinend sagte, war sie von der Directrice angefahren worden, daß wenn sie Magenkrämpfe habe, sie einfach nicht zu gebrauchen sei. Die Vertreterin der Firma lehnte den gemachten Einigungsvorschlag ab, indem sie sich darauf berief, daß die Angestellten alle eine Art Nebenunterschieden mühten, wonach sie sich verpflichten, sich die Tage, wo sie nicht arbeiten — auch in Krankheitsfällen — vom Gehalt abzuziehen zu lassen. In diesem Falle soll die Unterschrift von der Mutter des Fräuleins geleistet worden sein. Diese aber erklärte, sie habe einen derartigen Passus gar nicht gesehen, sondern nur die Kündigungszeit unterschrieben anerkannt. Die Firma wurde zur Zahlung des geforderten Betrages von 48,30 M. verurteilt.

Ebenfalls wegen Krankheit entlassen hatte der Kolonialwarenhandler Moh seinen Kommiss. Er wollte sich lieber verurteilen lassen, als freiwillig einen Einigungsbetrag zahlen. Sein Wunsch wurde vom Gericht denn auch prompt erfüllt und ihm die Zahlung von 111 M. innerhalb 24 Stunden an den Kläger auferlegt.

„Nicht besonders hervorragend“ ist nach Meinung des Vorsitzenden die Begabung der Verkäuferinnen der bekannten Spiritusfirma H. Delling. Demgegenüber meinte der Mitinhaber der Firma, Herr Sello, ein Gehalt von 70 M. pro Monat nebst ein Prozent Verkaufsprovision sei doch sehr anständig; bei anderen gleichartigen Firmen würden solche Verkäuferinnen resp. Filialverwalterinnen meistens nur mit 50—60 M. entlohnt. Infolgedessen glaubte er sich nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch berechtigt, einer entlassenen Verkäuferin, die sechs Jahre eine Filiale der Firma bedient hatte, ein auf unerklärliche Weise entstandenes Konto von ihrem Kautionsbetrage abzurufen. Die Frage des Vorsitzenden, ob denn die Firma den Verkäuferinnen kein Kautionsgeld gewährt, verneinte der Beklagte ganz verwundert. Das Fräulein hatte auf Auszahlung des von der Kautions abgezogenen Kautionsbetrages gelaugt,

weil sie das Manko lediglich auf einen Rechenfehler in den Hauptbüchern, nicht aber auf ihre Schuld zurückführt. Da der Firma aber vertraglich solche Abzüge von der Verläuferin eingeräumt waren, mahnte der Vorliegende zum Vergleich. Nach diesem Drängen ließ sich der Beklagte schließlich bewegen, der Klägerin einen Teil des abgezogenen Geldes wieder zurückzuerstatten, jedoch nicht ohne durchblicken zu lassen, daß er nur aus purer Humanität handle.

Resolution zum Generalstreik.

151. Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung. „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.“

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen, erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Inbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen etc.) und selbst die Verschlechterung bestehender rüchständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtskränkungen durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeinbewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Baden, Sachsen, Sachsen-Meinungen) und Orten (Kiel, Dresden, Fürth, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenes Volkes der Parteitag „die umfassendste Anwendung der Massenstreikmittel.“

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unangenehme Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes Klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herzustellen zu lassen, in der die, in der vorliegenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für die Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

A. Weber.

Verfassungen.

Ueber die Beepalast-Resolution vom 23. August wurde am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer diskutiert. Das Referat hielt Julius Wehl, der im Sinne dieser Resolution sprach. Der Redner wandte sich auch im allgemeinen gegen die revisionistischen Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratie, besonders auch gegen einige Behauptungen Vernheims über den Generalstreik in seinem Breslauer Vortrag über dieses Thema. Ferner wies der Redner die Behauptungen Vernheims über die lokalen Gewerkschaften und ihre Beitragsleistungen zurück und bemerkte, daß der Beitrag der Maurer im „Verein“ 50 Pf., im „Verband“ 65 Pf. betrage, daß, wenn man aber mit den verschiedenen Unterführungseinrichtungen des Verbandes rechne, die Mitglieder des Vereins mindestens ebenso viel für die eigentlich gewerkschaftlichen Zwecke leisten wie jene. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß die Gewerkschaften zu Trägern des sozialistischen Gedankens werden müßten. Man müsse danach streben, jedes Mitglied zu einer ethisch selbständigen Persönlichkeit zu entwickeln.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner mehr oder minder entschieden im Sinne des Referats und der Anschauungen Friedeberts aus. — Josephin bemerkte unter anderem, daß das, was Friedeberg propagiere, nicht etwas Neues sei, sondern wesentlich die alte revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie und daneben der Generalkriegs, der schon dordem von den Anarchisten als Kampfmittel empfohlen worden sei. Der Redner äußerte sich ferner sehr abfällig über die Haltung des Vorstehenden Prenthaler gegenüber Friedeberg in der Versammlung im sechsten Wahlkreis und kritisierte Ledebours Rede. — Tuzjunkte erklärte sich ebenfalls mit Friedeberts Ansichten und der Resolution einverstanden, jedoch nicht mit dem neuen Wort Anarchosozialismus, das er als überflüssig bezeichnete. Der Redner behauptete das Streben der Gewerkschaften nach Tarifverträgen, und daß auch solche Gewerkschaften, die dem Kartell angehören, derartige Verträge abschließen, wie der der Riesenleger, der Bestimmungen enthalte, die noch unter der Gewerkschafts-Ordnung ständen. — Panzer sprach besonders gegen den Glauben an den Parlamentarismus, sowie gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Viel besser wäre es gewesen, man hätte für das verbrauchte Geld aufläsende Broschüren verbreitet. — Kater sprach sich in längeren Ausführungen für die Beepalast-Resolution aus, verlas mehrere Teile der Rede Friedeberts, um die Bedeutung des Wortes Anarchosozialismus klarzu-

legen. Durchaus mit Absicht habe Friedeberg dieses Wort gebraucht und der Arbeiterklasse damit einen Anstoß hingeworfen, woran sie lange zu lauen haben werde. Die Befreiung des Proletariats müsse durch die wirtschaftliche Macht erfolgen. Auch das russische Proletariat werde trotz aller Opfer um den Erfolg des Kampfes betrogen werden. — Hierauf wurde die Diskussion auf eine spätere Versammlung vertagt.

Als Mitglied des Ausschusses wurde Wiehe gewählt. Auf Antrag des Ausschusses und Vorstandes wurden Albert Geber und Hermann Montag wegen unsolidarischen Verhaltens aus dem Verein ausgeschlossen.

Der Vorsitzende machte berichtigende Angaben über Verhandlungen mit der Preßkommission und Redaktion des „Vorwärts“ wegen der Ablehnung einer Notiz, die von Zuständen auf dem Bau des Patentamtes handelte und bemerkte, daß der Abdruck nicht, wie ein Preßkommissionärsmitglied gesagt habe, wegen scharfer Mißbräuche abgelehnt worden wäre.

Es wurde noch bekannt gegeben, daß der Bau in der Lindowstraße 18/19 am Bahnhof Wedding von beiden Organisationen der Maurer gesperrt ist, was ganz besonders zu beachten ist, weil der Unternehmer in einer „Vorwärts“-Annonce am Mittwoch Arbeitskräfte suchte.

Ueber Wahlrechtskanktionen hielt Genosse Max Kiesel am Dienstag einen Vortrag in der Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Wahlkreis (Osten), die im Gesellschaftshaus Ostend tagte. Gestützt auf ein reichhaltiges Material schilderte der Redner die seit Mitte der neunziger Jahre von Vertretern der herrschenden Klasse teils öffentlich, teils geheim betriebene Agitation zur Verringerung oder Einschränkung des bestehenden Reichstagswahlrechts und zu politischer Entrechtung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse, die die politische Macht erobern müsse, dürfe und könne diesem Treiben nicht ruhig zusehen. Mit allen möglichen und zweckmäßigen Mitteln müsse sie für ihre politischen Rechte kämpfen. Welche Mittel in der jeweiligen Lage anzuwenden seien, darüber müsse später entschieden werden. Vor allem sei es notwendig, für die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu sorgen, sie immer mehr zu festfügten Gebilden zu entwickeln und Aufklärung zu schaffen über die Unstimmigkeit und Ungerechtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung.

An dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, an der sich die Genossen Kempowski, Thiele, Peter, Gruhl und Kischke beteiligten. Wohl wurde von einzelnen Rednern die Frage der Kampfmittel des Proletariats berührt und auch über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gesprochen, zu einer eigentlich prinzipiellen Debatte hierüber kam es jedoch nicht.

Eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter der Filiale Groß-Berlin fand am 20. d. M. bei Dräsel statt. E. Dittmer erläuterte Bericht über die Bewegung der Rigdorfer Gasarbeiter, welche durch Genehmigung der hauptsächlichsten Forderungen seitens der Stadtverordnetenmehrheit zum Abschluß gebracht ist. Es wurde ferner das Resultat der letzten Berliner Gasdeputationskongressur zur Kenntnis genommen. Danach soll ein Probebetrieb im Meteorienhaus III der Anstalt Danzigerstraße vom 1. Oktober 1905 auf ein Jahr vorgenommen werden. Den Neuntendtag für Hofarbeiter, Handwerker usw. hat man glatt abgelehnt. Es wird also den Berliner Gasarbeitern wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich ihre Forderungen zu erkämpfen. Rehnlich liegt es bei den Engländern Gasanstalten. Hier wurde seitens der Verwaltung erklärt, man werde die Zweckmäßigkeit des Achtstundentages wohl ein, dürfe und wolle aber der Stadt Berlin nicht vorgehen. In Konsequenz dieser Ausführung werden sich wohl auch die englischen Gasanstaltsarbeiter dem Kampfsünde anschließen. — Alsdann berichtete Rosa H. über den Gasarbeiterstreik in Pforzheim. — In der Diskussion betonte Dr. D., daß der Hauptvorstand schon längst eine radikalere Politik hätte einschlagen müssen, wir sollten nicht immer petitionieren, sondern fordern. Demgegenüber wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß infolge der niedrigen Beiträge und der noch mangelnden Einigkeit es schwer sei, Kämpfe gegenüber der mächtigen Stadtverwaltung durchzuführen. Erst wenn 75 Proz. der städtischen Arbeiter ihre Gleichgültigkeit abgeworfen haben und geschlossen hinter der Organisation stehen, könne man in den Kampf treten.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Berlin), die sehr gut besucht war, tagte am Mittwoch im großen Saal von Kell. Th. Glöckler referierte über Tarifgemeinschaften. Redner steht auf dem Standpunkt, daß verfehlt seien sowohl die Hoffnungen bürgerlicher Sozialpolitiker, daß die Tarifgemeinschaften das Ende aller Klassenkämpfe herbeiführen würden, als auch die Befürchtung mancher Führer und Anhänger der Arbeiterbewegung, daß infolge von Tarifgemeinschaften der Gewerkschaften der Klassenkampfcharakter mehr und mehr verloren gehen könnte. Neue Hoffnungen und Befürchtungen verschwinden vor einer Betrachtung der historischen Entstehung der Tarifgemeinschaften. Die Gegenstände würden durch dieselben nicht aus der Welt geschafft. Es handele sich nur um eine Art Waffenstillstand im Kampfe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Redner trat dann für eine gründliche und umfassende Agitation für die Organisation ein, wobei er hervorhob, daß auch hinter einer Tarifgemeinschaft eine starke Organisation stehen müsse und daß eine Arbeiterklasse mit einem Tarifvertrage immer für die Zeit seines Ablaufes gerüstet dazustehen habe. Neben der Konjunktur seien beim Abschluß eines neuen Vertrages die Machtverhältnisse entscheidend für die Zustände, die sich erzielen lassen. — Zur Diskussion ergriff nur J. Wielowski das Wort, der im wesentlichen dem Referenten beipflichtete. Er sei sogar der Meinung, daß trotz aller Tarifverträge die Kämpfe in Zukunft immer scharfer werden würden.

Ueber Streiks und Sperren seit dem 17. August berichtete Rosa H. Bei Nichtvertragsmeistern streikten 180 Kollegen in zehn Werkstätten. In neun Werkstätten mit 181 Kollegen waren die Streiks erfolgreich. Ein Streik mit fünf Kollegen war noch unentschieden. Werkstattsdifferenzen ohne Streik bei Nichtvertragsmeistern gab es in 14 Werkstätten mit 350 Kollegen. Bei den Streiks und Differenzen kamen in Betracht 4 Baumischlereien, 3 Möbelschlereien, 4 Ladeneinrichtungs-Werkstätten, 2 Nähmaschinenfabriken, 3 Treppengeländerfabriken, 3 Stelmachereien, Ristmacher, Korbmacher, Klavierarbeiter, Polierer und Wirtsmacher waren in je einer Werkstatt beteiligt. — Die Schlichtungskommission hatte außerdem in 18 Betrieben eingegriffen, die dem Vertrage unterliegen. Glöckler teilte schließlich noch mit, daß mit dem Reformverein der Tischlermeister derselbe Vertrag abgeschlossen worden sei, wie mit dem Arbeitgeberverband. Hinsichtlich des Arbeitsnachweises sei einfach der Fallus eingefügt worden, daß die Vermittlung durch den partiellen Arbeitsnachweis zu erfolgen habe.

Kud der Konfektionsarbeiter-Bewegung. Die fünf Agitationsversammlungen, in denen Frau Lily Braun über: „Die Not der Konfektionsarbeiter und deren Abhilfe“ referierte, waren durchweg gut besucht. Die Ausführungen der Referentin, die es verstand, in wirkungsvoller und überzeugender Weise die traurigen Verhältnisse in der Konfektion an das Tageslicht zu ziehen, fanden überall lebhaften Beifall. Bemerkenswert ist die letzte Versammlung, die am Montag, den 18. September, bei Habrecht, Gr. Frankfurterstraße, stattfand. In dieser Versammlung machten einige Damen aus dem Christlichen Heimarbeiterinnen-Verein den schwachen Versuch, die so sehr angegriffene Heimarbeiter, als im Interesse des Familienlebens liegend, zu verteidigen und für ihren Verein zu werden. Von den nachfolgenden Diskussionsrednern sowie auch von der Referentin wurden die Reden der Christlichen Damen gründlich widerlegt. Der Erfolg dieser Versammlungen ist die Neuaufnahme von über 100 Mitgliedern in den Schneider- und Schneiderinnen-Verein. Im allgemeinen nimmt die Unzufriedenheit, dank der entschlossenen Ausbeutung, die viele Zwischenmeister betreiben, wofür in den Versammlungen zahlreiche Beispiele angeführt wurden, Tag für Tag

zu, so daß in nicht allzuferner Zeit, wenn sich die Verhältnisse nicht bessern, ein Streik ähnlich wie 1896 unausbleiblich ist. Charakteristisch ist, daß die Konfektionäre in der Damenkonfektion schon in diesem Herbst mit einem Streik gedroht haben, ohne daß die Arbeiter daran gedacht haben. Diese Illusion kann nur durch das böse Gewissen der Herren Unternehmer verursacht worden sein.

Eine Versammlung der Kleber war am Mittwoch von der Verbandleitung der Tapezierer einberufen worden. Der Vorsitzende erläuterte kurz den Zweck der Versammlung. Er führte aus: Seit einigen Jahren nimmt das Unkrustalleben seitens der Linoleumleger sehr überhand. Daraus haben sich mit der Zeit widerwärtige Streitigkeiten zwischen den beiden Berufen entwickelt und es ist vielfach zur Arbeitseinstellung auf Seiten der Kleber gekommen. Diese behaupteten, daß die Linoleumleger mit dem Zwischenmeisterhelfern arbeiten. Letztere wollen sich aber das Recht, Unkrust zu kleben, nicht nehmen lassen, um so weniger, da ihr Tarif in verschiedenen Punkten höher sei als der der Kleber. Ueber die Sache hat eine Beratung der Sektionsleitung beider Berufe stattgefunden, als deren Ergebnis der Vorsitzende eine Resolution vorlegte, die den Streit durch Einführung von Kontrollarten einweisen beilegen sollte. Die Debatte, in welche besonders Straffer von den Klebern, Hesse von den Linoleumlegern und Wehner vom Sattlerverband eingriffen, endete schließlich mit der Annahme einer Resolution Straffer, worin erklärt wird, daß vorläufig das Unkrustalleben wegen die Arbeit nicht aussetzen ist und die Organisationen verpflichtet werden, einen Ausweg zu suchen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Fleischwucher.

Magdeburg, 21. September. (B. G.) Die Stadtverordneten-Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, die Regierung um schleunige Deckung der Grenzen für die Vieheinfuhr zu ersuchen. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, für schnelle Einberufung eines allgemeinen Städtetages zu wirken. Der Magistrat schloß sich diesem Antrage an.

Vielefeld, 21. September. (B. G.) Die Stadtverordneten-Versammlung hat gemeinsam mit dem Magistrat beschlossen, eine Eingabe an den Landwirtschaftsminister zu richten, in der um Deckung der Grenzen zur Befreiung der Fleischsteuerung unter Wahrung der sanitären Maßnahmen ersucht wird.

Trier, 21. September. (B. G.) Auf eine Umfrage des hiesigen Regierungspräsidenten erklärte der Oberbürgermeister, daß die Schweinefleischungen im hiesigen Schlachthaus um 25 Proz. zurückgegangen und die Preise um 25 Proz. gestiegen seien und daß sich die Einnahmen des Schlachthaus um 2000 M. vermindert hätten.

Baden-Baden, 21. September. (B. G.) Hier fand eine Konferenz der Oberbürgermeister der Städte Badens statt, in welcher die Frage der Fleischsteuerung beraten wurde. Das Vorhandensein einer Fleischsteuerung wurde allgemein bejaht und daraufhin eine Kommission ernannt, welche den Auftrag erhielt, beim großherzoglichen Ministerium des Innern vorstellig zu werden, damit dieses geeignete Schritte beim Bundesrat unternimmt.

München, 21. September. (B. L. W.) Eine vom deutschen Fleischerverband, Abteilung für Bayern einberufene sehr zahlreich besuchte Versammlung hat folgende Resolution angenommen: Deckung der Grenzen zur Erleichterung der Einfuhr von Schlacht- und Magervieh, Milderung der Einfuhrerschwerung, Aufhebung der Quarantänen und Tuberkulinsimpfung, Aufhebung der Viehölle, Revision des am 1. März 1906 in Kraft tretenden Posttarifs, keine weitere Erhöhung der Zölle auf Futtermittel. Im Laufe der Diskussion hatte der Ministerialrat Keller die Erklärung abgegeben, daß das Ministerium des Innern nicht abgeneigt sei, die Fleischverorgungscommission, die schon vor einigen Jahren gelagt hatte, wieder einzuberufen, wenn kein positives Ergebnis zu erwarten sei.

Wien, 21. September. (B. L. W.) Der „Wolfschen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Die über Kapstadt durch das „Meistersche Bureau“ übermittelte Nachricht, daß in Keetmanshoop ein deutscher Transport mit 1000 Stück Vieh und 123 Wagen unter Niederbrechung der Begleitmannschaft von den Witboi-Potentotten genommen sei, verdient keinen Glauben. Ähnlich liegt über das angebliche Mißgeschick der deutschen Truppen noch keinerlei Nachricht vor. Eine solche müßte aber, da der Ort der Handlung die Umgebung des heliographisch mit Bindhuil verbundenen Keetmanshoop gewesen sein soll, viel rascher über Swakopund als auf dem Landwege über Kapstadt nach Deutschland gelangen. Ein Transport von 123 Wagen, der etwa 2000 Stück Zugochsen bedingen würde, gehört nicht in das Reich der Möglichkeiten. Wenn der Nachricht überhaupt ein tatsächlicher Vorgang zugrunde liegt, kann es sich jedenfalls nur um die Begegnung eines unbedeutenden Transportes, die der telegraphischen Berichterstattung nicht wert erachtet wurde, handeln. Das unterliegt indes bei der Kampfesart der Witboi keinem Zweifel, daß die deutschen Truppen bei dem kürzlich gemeldeten siegreichen Gefecht gegen die Witboi nur einen Teil der Anhänger des alten Hendrik Witboi vor sich gehabt haben können, während ein Teil davon sich abgezweigt hatte, um die anderweitige Befestigung der deutschen Hauptmacht zu einem Raubzuge zu benutzen.

Wien, 21. September. (B. L. W.) Der „Wolfschen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet, daß Gouverneur v. Lindquist voraussichtlich am 30. d. M. die Ausreise nach Deutsch-Südwestafrika antreten wird.

Die Revolution in Rußland.

Tiflis, 21. September. (Wiedlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Stadt Schemalka wurde das armenische Viertel von Tataren angegriffen. Das auf den Straßen herrschende Mäusernwehen verhinderte den Transport von Lebensmitteln. In Schemalka herrscht Hungernot. Nach Waku sind zwei Bataillone Infanterie, eine Abteilung Jäger, zwei Sotnien Kosaken und eine Batterie Artillerie entsandt worden.

Die englisch-deutschen Beziehungen.

London, 21. September. (B. G.) Die „Times“ schreiben: Man kann als sicher annehmen, daß jedes Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland über die Marokkoangelegenheit von der bevorstehenden Kommission gutgeheißen wird. In keinem Teile der Welt würde ein friedliches Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland mehr willkommengehen werden, wie in Großbritannien. England wünsche vor allen Dingen Frieden und Befreiung von den beständigen Gerüchten über möglicherweise bevorstehende Kriege. So wie wir eine Entente zwischen Frankreich und Deutschland begrüßen würden, so würden wir aufhören, die Reibungskämpfe zwischen Deutschland und England zu bewillkommen.

St. Wendel, 21. September. (B. L. W.) Amtliche Meldung. Am 20. September 9 Uhr 32 Minuten nachmittags fuhr ein Wagnhof Martinstein infolge Reinfahrens des Einfuhrsignals zwei Güterzüge aufeinander. Entgegen sind sieben Güterwagen, davon wurden drei stark beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

Paris, 21. September. (B. G.) Der sozialistische Verband des Departements Seine hat einen Antrag angenommen, worin der Vorsitzende des Pariser Gemeinderates Broussé sowie verschiedene sozialistische Gemeinderatsmitglieder getadelt werden, weil sie die sozialistischen Prinzipien kompromittiert hätten, indem sie den König von Spanien im Rathaus empfingen.

Die Cholera.

Łódz, 21. September. (B. L. W.) Hier sind drei Todesfälle infolge Cholera vorgekommen. Durch Untersuchung ist festgestellt worden, daß es sich um asiatische Cholera gehandelt hat.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jena, 21. September 1905.

Vierter Verhandlungstag.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet Leber in Jena die Verhandlungen. Eine Anzahl Begrüßungstelegramme sind eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Bernstein-Berlin ein längeres Zitat aus seiner gestern erwähnten Schrift, um zu beweisen, daß er die Befehung von Kautsky nur gutgeheißend habe als Gegenpart zur Politik Russlands.

Es heißt da u. a.: „Nicht minder richtig war es, auf das entschiedenste die Einleitung oder Förderung einer Politik der Aufstellung Chinas zu opponieren, weil diese Aufstellung ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands liegt. Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgeteilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird.“

Debatte über die Raiffeiser

Kröner-Berlin VI:

Der prinzipielle Gegenstand, der sich auf dem Kölner Gewerkschaftskongress in der Raiffeiserfrage zwischen Partei und Gewerkschaften aufgetan hat, hat die meisten Genossen jugig gemacht. Besonders auffällig war es uns, daß gerade Reichstags-Abgeordnete es waren, die eine abweichende Haltung zu den bisherigen Beschlüssen in der Raiffeiserfrage eingenommen haben. Wir fragen uns verwundert: was ist denn eigentlich vorgefallen, daß die Raiffeiser plötzlich abgelehrt wird? (Sehr richtig!) Wir haben nicht gehört, daß von irgend einer Organisation Beiträge an die Generalkommission gekommen wären, die eine Abänderung vorgeschlagen hätten.

Kröger-Dresden:

Auch ich bedauere den Kölner Beschluß und freue mich, daß die eingebrachte Resolution karstellend wird, daß in der Partei andere Meinungen verbreitet sind. Auf die Gewerkschaften wird das hoffentlich seinen Eindruck nicht verfehlen. Auch in meinem Wahlkreis macht sich eine Strömung gegen die Arbeitsruhe geltend, obgleich gerade dieser Kreis zu denen gehört, die die größten Opfer für die Raiffeiser gebracht und damit große Erfolge erzielt haben.

Robert Schmidt:

Parteienossen! Nachdem der Parteitag gestern ohne Diskussion die Forderung beantragt hat, für Arbeiterkammern einzutreten, also ohne weiteres einen Programmpunkt aufzugeben und damit einen der beiden Differenzpunkte mit den Gewerkschaften in lokaler Weise beseitigt hat, so fasse ich das als gutes Omen auch für die Behandlung des zweiten Differenzpunktes, der Raiffeiserfrage, auf. Unsere Stellung zur Raiffeiser ist gegeben durch die Erklärung Wömelburgs in seinem Schlußreferat zu Köln. Es besteht für uns nicht die Absicht, in illohaler Weise eine Aenderung in der Raiffeiser vorzunehmen. Wir sagen uns, eine solche Aenderung kann nur geschehen durch eine andere Entscheidung eines internationalen Kongresses und schließlich auch in Uebereinstimmung mit der Partei.

Standpunkt für die Arbeiter empfehlenswert ist, diesen Einfluß zu wagen. Von einem Abweichen vom Boden des Klassenkampfes kann dann keine Rede sein. In der Partei habe ich mehr als in der Gewerkschaft die idealen Gesichtspunkte zu betonen, komme ich nie in die Lage, sie hinter anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen, und es sind nicht die schlechtesten Gewerkschaftler, die den Part haben, vor ihre Organisation zu treten und zu sagen: nach meinem Standpunkte ist es nicht angebracht, in diesem Falle den Einfluß zu wagen. Was aber in den Gewerkschaften an Idealismus vorhanden ist, hat sich doch gerade in den großen Kämpfen der letzten Zeit gezeigt; da ist eine Begeisterung und ein Korpsgeist zutage getreten, die keineswegs aus materiellen Erwägungen erwachsen waren.

Rum zu der Begrüßungsfrage. Ich bin erstaunt, wie auch hierin den Gewerkschaften ein zünftlerischer Standpunkt vorgeworfen werden konnte. Bei der Beratung der Gewerbebesetzungsbelle hat die Fraktion ausdrücklich erklärt, daß wir der Ansicht, das Besetzungsbelle zu regeln, durchaus sympathisch gegenüberstehen. Die Besetzungsbelle ist eben ein Kreditkredit jedes Berufes. Rum hat Genosse Fischer hier auch Beschwerden vorgebracht über den zünftlerischen Geist, mit dem er als Geschäftsführer zu kämpfen hat. Gewiß spielen kleinliche Berufsinteressen in solchen Fragen manchmal eine große Rolle, aber Genosse Fischer hätte sagen sollen, ob denn die betreffende Gewerkschaft mit einer solchen zünftlerischen Haltung einverstanden ist. (Richard Fischer: Ja, mein lieber Robert! Heiterkeit.) Nein, das glaube ich nicht, das wird ja noch besprochen werden müssen in der betreffenden Organisation.

Wo kommen wir denn hin, wenn wir nicht Leute aus den Gewerkschaften in unabhängiger Stellung hätten, die zugleich für die Partei tätig sein können! Das sind doch unsere besten Kräfte, und wenn auf diesem Gebiet etwas mehr geschehen, wenn dahin gewirkt würde, daß unsere Gewerkschaftsbeamten mehr freie Zeit haben, um für die Partei tätig sein zu können, so würde ich das freudig begrüßen. Aber die Dinge liegen so, daß die Tätigkeit in der Gewerkschaft die Beamten vollständig in Anspruch nimmt und daß auf der anderen Seite eine Anzahl politisch tätiger Genossen auch nicht eine Stunde für die Gewerkschaften übrig haben.

Fischer hat Auffassungen bekundet, die daraus hinauslaufen, daß die Gewerkschaften auch ein Teil politischer Diszipliniertheit sind. Dazu möchte ich allerdings die Gewerkschaften nicht machen, ich stehe vollständig auf dem Standpunkt, den Wömelburg neulich entwickelt hat, daß die Gewerkschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft um bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen haben, und daß die Gefahren, die sich aus dem englischen Trade Unionismus ergeben haben, für die deutschen Gewerkschaften nicht bestehen. Das ist m. E. auch die Auffassung des Parteivorstandes, und diese Auffassung stimmt überein mit der Generalkommission. Die Neutralitätsfrage zu erörtern, wäre m. E. nicht die Frage, die die Gewerkschaften längst entschieden, und zu einer anderen Taktik werden wir da nicht kommen. Wedel hat in seiner bekannten Rede zutreffend betont, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie sich von eigentlicher Parteilichkeit fern halten und sich nicht als Anhänger irgend einer politischen Partei betrachten, daß aber auch der Gewerkschaftler Parteimann sein müsse, nicht als Gewerkschaftler, sondern als klassenbewußter Arbeiter. Gegen diese Auffassung läßt sich nichts sagen. In einer anderen Stelle sagt Wedel: „Wenn ich dafür plädiere, daß parteipolitische Polemiken aus den Gewerkschaften fern gehalten werden, so ist das eine Forderung, die von einsichtigen Gewerkschaftlern, von Freunden der Gewerkschaft, schon seit Jahren vertreten wird. Wo so wie ich von der steigenden Macht der Sozialdemokratie und ihrer werdenden Kraft überzeugt ist, der weiß, daß diese allmählich die ganze Arbeiterklasse erobert, auch wenn sie nicht in den Gewerkschaften propagiert wird.“

fratische Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiet die Oberhand haben. Rum hat es mich allerdings sehr peinlich berührt, daß ein Teil der Parteipresse weit über das hinausgeschossen ist, was noch als sachliche Polemik bezeichnet werden kann. Das „Hamburger Echo“ sprach von der dänkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit, die Genossen Luxemburg in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ von der Borniertheit und Aufgeblasenheit der Delegierten des Gewerkschaftskongresses, das „Offenbacher Abendblatt“ von der theoretischen Verlotterung. Allem aber bot schließlich die „Neuhäuser Tribüne“ die Spitze. Sie schrieb, noch nie habe die kraftlose Versöhnlichkeit in so geistlicher Weise ihre Triumphe gefeiert wie in Köln. Welcher Mangel von Denkfähigkeit, welches Maß von Arroganz habe dazu gehört, um ein in seinem geistigen Gehalt so erbarmungsloses, in seiner Tendenz so rüchstündiges Referat zu halten, wie das des Genossen Wömelburg u. a. (Heiterkeit.) Ähnlichweise ist ein solcher Abgrund theoretischer Vertiefung, wie sie aus diesen Artikeln spricht, in den Gewerkschaften nicht zu finden. Ich gebe über diese Äußerungen ebenso kurz hinweg, wie gestern Fischer über einige in Köln gefallene Worte, die vielleicht nicht veranwortlich sind, möchte aber wünschen, daß diese Kampfesweise nicht fortgesetzt wird und daß nicht auf diese Kämpfe jene Art der Polemik übertragen wird, die innerhalb der Parteipresse leider eingeführt worden ist. Es wird gesagt, die Gewerkschaften gingen ersten Konflikten aus dem Wege. Ich antworte mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1900 wurden für Streiks ausgegeben, 2.900.000 M., im Jahre 1904 nach den bisherigen Berechnungen 5.600.000 M. Während also die Mitglieder in diesem Zeitraum um 50 Proz. zugenommen haben, haben die Ausgaben für Streiks sich um 100 Proz. erhöht. Wie kann man da reden von einem Nachlassen, einem Ausweichen in den Kämpfen der Gewerkschaften? Ich finde es nur sehr bedauerlich, daß diese wichtigen statistischen Mitteilungen der Generalkommission in dem theoretisch-wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit“, mit keiner Silbe erwähnt worden sind. In der „Neuen Zeit“ werden leider die gewerkschaftlichen Fragen von Mitarbeitern behandelt, die nicht die geringste praktische Kenntnis haben. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit“ behauptet, daß die gewerkschaftliche Aktion im alten Sinne immer ergebnisloser würde. Nun: nur 10,1 Proz. der Angriffstreiks sind im letzten Jahre ohne Erfolg geblieben (Hört! hört!), freilich in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Dinge liegen umgekehrt, wie Kautsky meint: Wir gewinnen fortgesetzt an Macht, so daß wir selbst Konflikte mit der Großindustrie nicht mehr zu scheuen haben. Der Kampf der Bergarbeiter ist ein Vorzeichen dafür. Daß wir nicht immer Erfolge in diesen Kämpfen erzielen, ist selbstverständlich. Wir haben schon oft Kämpfe begonnen, in denen wir die Kräfte der Gegner unterschätzt haben. Solche Kämpfe werden auch in Zukunft gelämpft werden, aber auszuweichen werden wir den Kämpfen nicht. Kautsky sagt, die gewerkschaftlichen Kämpfe zeigten sich verquirit mit politischen Forderungen. Das ist keine neue Erfindung, das ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Die Schneider, die Konfektionsarbeiter, die Bäcker haben immer sozialpolitische Forderungen bei ihren Streiks erhoben. Es wird weiter behauptet, wir glitten hinab zu dem Standpunkt der englischen Gewerkschaften, wir überschätzten die Selbsthilfe. Das ist nicht der Fall. Ich erinnere mich der Zeit, wo ich zuerst die Grundsätze der Partei in Versammlungen aufnahm, wo unser alter Liebling sprach, nun, in jeder Rede hat die Partei damals auf die glänzenden Erfolge der englischen Gewerkschaften hingewiesen. Mit Recht: wir sollten das Gute an der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht verkennen. Was die englischen Gewerkschaften von den deutschen unterscheidet, ist, daß sie ein Anhängsel der englischen Bourgeoisie sind, daß sie die sozialpolitischen Aufgaben verkennen. Ich frage Sie, sind solche Anträge etwa bei den deutschen Gewerkschaften vorhanden? Das werden Sie nicht behaupten. Aber das Unterstützungsfest, das sie von den englischen Gewerkschaften übernommen haben, das wird auch von den deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr verkinden, so viele Theoretiker auch in die Gewerkschaftsbewegung hineinkommen. Wir können im übrigen nur begrüßen, wenn recht viele Theoretiker in die Gewerkschaften kommen und dann auch ein Quentchen Erfahrung daraus mitnehmen. (Sehr richtig!) Weiter hat Kautsky in der „Neuen Zeit“ geschrieben, die Gewerkschaften schafften eine Arbeiteraristokratie, die das Interesse am Klassenkampf verliert. Wenn das richtig, müssen wir schon bei einer gewissen Grenze der Lohnhöhe aufhören, wir müßten den Hunger zwingen, Klassenkämpfe zu machen. Was ist das für eine theoretische Auffassung?! Dafür sorgt die bürgerliche Gesellschaft schon selbst, daß es den Arbeitern nicht zu gut geht. Die besten, intelligentesten Kämpfer haben wir gerade unter den gutbezahlten Arbeitern, Arbeiter auf niedriger Lohnstufe wird es ungeheuer schwer, zu kämpfen für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Aber nun schreibt sogar Genosse G. Fischer in der „Neuen Zeit“ vom Jahre 1899/1900 Seite 587, „das Streben für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter trage dazu bei, die Erziehung des bürgerlichen Staates zu verlängern, denn je besser es ihnen gehe, desto weniger würden sie dafür zu haben sein, eine andere Staatsform herbeizuführen“. Da sehen Sie, was für Unheil diese Theoretiker anrichten, wenn das theoretische Organ, das zur Vertiefung der Genossen beitragen soll, dazu kommt, eine Einbuße an Klassenkampf darin zu finden, wenn es den Arbeitern zu wohl geht. Noch weiter geht ein anderer Theoretiker der „Neuen Zeit“ in der Besprechung des Gewerkschaftskongresses — es ist der Genosse Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß misshandelt und jugig und nun streiken sie gar nicht mehr. Das ist nun wieder eine Gewerkschaftstheorie in der „Neuen Zeit“, daß ich wirklich sagen muß, es ist eigentlich ein Glück, daß die „Neue Zeit“ so wenig gelesen wird, so daß sie keinen zu großen Wirrwarr anrichten kann. (Unruhe.) Ich würde der „Neuen Zeit“ doch raten, daß sie sich mehr Mitarbeiter aus der gewerkschaftlichen Praxis heranzieht. (Lebhafte Anrufe: Tut sie ja!) — Die „Neue Zeit“ hat weiter auch gegen die Tarifverträge Stellung genommen, weil sie die Arbeiter veranlassen, auf der abschüssigen Bahn des Aufgebens des Klassenkampfes herabzusinken. Nun die Abschließung von Tarifverträgen werden Sie nicht mehr unterbinden können, auf diesem Gebiet kann der weiteren Entwicklung kein Halt mehr geboten werden. Und wenn Sie wollen, sind ja auch die Tarifverträge ein Stück Klassenkampf, denn sie sind nur aufrecht zu erhalten, wenn eine große imponierende Zahl von aufgeregten Arbeitern hinter ihnen steht. Gewiß mag sich mal hier und da in die Tarifverträge eine Bestimmung vertragen, die man bei genauer Untersuchung nicht halten kann, aber im allgemeinen weicht der grundsätzliche Standpunkt beim Abschluß von Tarifverträgen von der allgemeinen Auffassung der Arbeiterbewegung nicht ab. — Kautsky sieht dann weiter schon in der großen Ansammlung von Mitteln eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Er sagt in Nr. 86 der „Neuen Zeit“ dieses Jahres: Wer glaubt, daß die Ansammlung von Mitteln in den Gewerkschaften dem Kapital auch nur unbedeutend wird, baldigt dem schlimmsten Bötzerglauben. Wenn das wirklich so wäre, wozu denn die vierzig Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit, wenn wir dem Kapital nicht einmal unbedeutend geworden sind! Ich bin allerdings der Meinung, daß die Klassenverhältnisse ein Stück der Kraft der deutschen Gewerkschaften sind, bei keinem Streik kommen wir ohne Geld weiter. Allerdings sagen unsere Parteifreunde, die Anarcho-Sozialisten, wir sollten mehr ideale Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müßten eben streiken ohne Unterstützung. Ja, da frage ich jeden Führer in der Gewerkschaftsbewegung, ob das möglich ist, jeder wird mir zu geben, daß das eben unmöglich ist. Die Aufforderung, daß die Lokalorganisierten und auch die Anarcho-Sozialisten in unsere

Zentralverbände eintreten möchten, um uns das Fell mal gehörig zu geben, halte ich allerdings für recht bedenklich. Schließlich werden wir schon mit ihnen fertig werden, aber zum Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung halte ich das nicht. Zunächst wir uns nicht; wir werden diese Gruppe der Anarcho-Sozialisten nicht mehr los werden, es ist das die antiparlamentarische Gruppe, die sich jetzt auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht, die den Gewerkschaftsstandpunkt ablehnt und schließlich in dem anarchoförenden Generalstreik das einzige Heilmittel sehen. Das ist dieselbe Strömung, wie sie sich in Holland, in Belgien, in Frankreich zum Schaden der Partei entwickelt hat.

Auf diesem Wege einer Unterdrückung des Parlamentarismus sind wir auch, und ich halte es für eine große Gefahr, daß diese Unterdrückung in der „Neuen Zeit“ Nummer für Nummer zutage tritt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir wissen seit langem, daß hinter dieser Gruppe der gewerkschaftlichen Bewegung, die die Unterdrückung des parlamentarischen Kampfes verbreitet, anarchoförende Führer stehen. Eine Anzahl von Parteigenossen sind von diesen verleitet worden und die anarchoförenden Drahtzieher haben sich dann einen als Mensch durchaus achtungswürdigen Parteigenossen erwählt, um ihn nach außen vorzuschieben. Da haben wir denn jetzt dieselbe Situation, wie damals bei den Unabhängigen. (Weibel: Sehr richtig! Und so wirds auch ablaufen!) Das ist eine andere Frage. Damals sind Weibel dieselben Vorwürfe gemacht worden wie heute. Man warf ihm vor, daß er den Soldaten dunkle Andeutungen geben wolle, damit die blanken Knöpfe nicht mehr die Zielscheibe des Feindes seien. Heute will er ihnen ja sogar ganze dunkle Uniformen geben und er hat die Frage aufgeworfen, ob im Falle eines Krieges nicht auch von uns die Mittel ergriffen werden müssen, die schließlich zum Schutze des Heimatlandes unter Umständen nötig sind. Ich möchte an dieser Stelle die erste Ermahnung an die Genossen richten, sich von der Kritik jener Gruppe nicht irre machen zu lassen an der Bedeutung des parlamentarischen Kampfes. Unsere Aufgabe ist es, im Einverständnis mit der Parteileitung nebeneinander friedlich die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Unsere gemeinsamen Wege sind gegeben; wir haben das gemeinsame Ziel, die Aufhebung der geistigen und physischen Knechtschaft für die Arbeiterschaft zu erwirken. (Beifall.)

Frau Zieg:

Ich bin auf das tiefste empört über die verächtlichen und herabwürdigenden Äußerungen, die Genosse Schmidt über unser offizielles wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit“, gemacht hat. (Beifall und Widerspruch.) Aus diesen verächtlichen Worten spricht die Verachtung heraus, die in einem bestimmten Personenkreise herrscht gegenüber unserer theoretischen und wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß diese Erkenntnis unsere praktische Arbeit befruchtet und die Richtlinien für sie abgeben soll. Wenn statt dessen hier erklärt wird, die kapitalistische Ausbeutung werde die Leute schon lehren, was sie zu tun haben, so antworte ich: die kapitalistische Entwicklung wird den Leuten die Empfindung geben, daß sie zu uns kommen müssen; unsere Aufgabe ist es dann aber, aus diesen Gefühlshängern durchgebildete, überzeugungstreue Arbeiter zu machen. (Sehr richtig!) Diese Aufgabe können Sie aber nicht lösen, wenn Sie so verächtlich von der theoretischen Erkenntnis sprechen. Genosse Schmidt hat hier eine Sammlung von Zitaten aus der „Neuen Zeit“ vorgebracht, und nachdem einmal in dieser Weise die Diskussion eröffnet worden ist, ist es notwendig, darauf zu antworten. Es hat mich gekreuzt, daß Genosse Fischer es gestern vermieden hat, auf diese Dinge einzugehen. Gegenüber Schmidt möchte ich aber auf zwei Äußerungen hinweisen, die uns gerade in den letzten Wochen im Offener Wahlkampf die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Das Organ der Zimmerer hat ein Zitat gebracht und die Redaktion sich damit identifiziert, in dem es heißt, die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus seien erschöpft; mit der Berechnungstheorie, der Ästhetiktheorie, der Katastrophentheorie sei es nichts, und so befinde sich die Sozialdemokratie auf einem schwankenden Schiffe. Diese Äußerung ist im Offener Wahlkampf überall gegen uns ausgebreitet worden. (Sehr richtig!) und die Offener Zentrumsleute hätten ja Gel sein müssen, wenn sie das nicht getan hätten. (Sehr richtig!) Wenn man hier so auf unsere „Neue Zeit“ losschlägt, so können wir genau dasselbe gegenüber den „Sozialistischen Monatsheften“ tun, ja noch weit mehr. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß vor kurzem Genosse Kolb einen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht hat, worin er das Kompromiß bei den bayerischen Landtagswahlen behandelt und schreibt, das Zentrum würde uns liberal dazu treiben, daß wir praktische Arbeit leisten. Ist das nicht unerhört? (Beifällige Zustimmung.) Das Zentrum ist nur überall dort für Arbeiterschaft oder für sonstige Forderungen im Interesse der Arbeiter eingetreten, wo es fürchtete, daß ihm die Wähler verloren gehen. Und da kommt Kolb und sagt, das Zentrum treibe uns zur praktischen Politik! Hätten wir uns darauf vorbereitet, in derselben Weise zu operieren wie Robert Schmidt, so könnten wir noch eine ganze Reihe ähnlicher Zitate ansühren. Wenn Schmidt der Meinung ist, daß unsere „Neue Zeit“ nicht genug Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringt, so frage ich, warum gehen denn alle diese Leute nach den „Soz. Monatsheften“ (Beifällige Zustimmung), warum wenden sie sich nicht an die „Neue Zeit“? Der Redakteur der „Neuen Zeit“ würde diese Artikel sehr gern aufnehmen. (Sehr richtig!) Bezeichnend ist es, daß Schmidt auf einen Artikel aus der „Neuen Zeit“ zurückgreift, der sechs Jahre zurück liegt (Sehr gut!); ich kenne den Zusammenhang nicht, aber wenn der Gedankengang des zitierten Satzes durch den ganzen Artikel geben sollte, so ist es selbstverständlich, daß sich niemand damit identifiziert. (Sehr richtig!)

Ich werde eben von Weibel auf den „Freiburger Boten“ aufmerksam gemacht, der die Äußerung von Kolb gegen uns ausnützt. Es heißt da: „Kolb begründet die Notwendigkeit praktischer Politik seitens der Sozialdemokratie mit dem Hinweis auf das Zentrum, das sie dazu zwingt. Deutlicher als wie hier von sozialdemokratischer Seite kann kaum dargelegt werden, in welchem Maße bisher das Zentrum praktische Politik zugunsten des Arbeiterstandes getrieben hat, während die „einzig wahre Arbeiterpartei“ für die Arbeiter nur Theorie und Phrasen batte und noch hat.“ (Beifällige Zustimmung.) So liefern also unsere eigenen Genossen den Gegnern Waffen, die sie gegen uns gebrauchen können. (Sehr wahr!)

Noch ein paar Worte zur Frage der Märsche selbst. Diejenigen, die die heutige Form der Märsche beseitigen wollen, sagen, daß nicht rein rechnerische Erwägungen sie zu ihrer Stellungnahme veranlassen, sondern daß ihnen der Umfang der heutigen Märsche nicht gefalle. Aber abgesehen von der Tatsache, daß in den letzten Jahren überall die Märsche an Umfang zugenommen hat, nicht nur an großen Orten, sondern auch in den entlegensten Gegenden, und zwar die Märsche durch Arbeitsruhe (Sehr richtig!) — abgesehen davon bin ich der Meinung, daß wenn die Märsche nicht den gewünschten Umfang erreicht hat, dies nicht in letzter Linie auf das Vordringen einer Reihe von Gewerkschaftsführern zurückzuführen ist. (Sehr wahr!) Ich will nicht so idealistisch sprechen wie Schmidt, ich gebe zu, daß das ausgeprägteste Verantwortlichkeitsgefühl die Gewerkschaftsführer zu ihrer Haltung veranlaßt hat, aber sie sind doch zu weit gegangen. Man durchkreuzt die Beschlüsse, und wenn man sie durchkreuzt hat, dann sagt man: da steht die Märsche hat nicht solchen Umfang erreicht, ergo muß sie beseitigt werden. Wir müssen gerade mit Rücksicht auf die Ausführungen von Schmidt den Idealismus zu erwecken suchen, wir müssen auf der einen Seite bestrebt sein, große starke Organisationen zu schaffen, auf der anderen Seite aber haben wir dafür zu sorgen, daß in diesen Organisationen der richtige Geist herrscht. (Beifälliger Beifall.)

Hähnlich-Dortmund:

Der außerordentliche Beifall, den die Rede der Genossin Zieg und der noch größere Beifall, den das Referat von Fischer gefunden haben, beweist deutlich, daß beide der Meinung des Parteitag's Ausdruck gegeben haben; der Parteitag hat sich in seiner übergroßen Mehrheit zweifelslos mit diesen beiden Rednern einverstanden

erklärt, und die Meinung des Parteitages ist der Ausdruck der Meinung des größten Teils der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands. (Sehr richtig.) Die klassenbewußten Arbeiter sympathisieren weit mehr mit Fischer und Zieg als mit Schmidt. Es war ja äußerst erfreulich, daß auf dem Vergarbeiterkongress in Berlin, auf der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig und in einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsversammlungen in allen Teilen Deutschlands aus der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heraus ein scharfer Protest gegen die Stellungnahme des Kölner Kongresses erfolgt ist. (Sehr wahr!) Das war vielleicht die erfreulichste Erscheinung der letzten Monate, das ist ein Beweis dafür, daß unsere großen Gewerkschaftsführer die notwendige Fühlung mit der Volksseele nicht mehr haben. (Sehr richtig!)

Die Vorgänge in den Gewerkschaften beweisen, daß die große Mehrzahl der Arbeiter mit ihrem Herzen an der Märsche hängt und nicht daran denkt, sie sich rauben zu lassen. Nun erklärt H. Schmidt, es liege ihm nichts ferner, als die Märsche zu beseitigen; er wolle durch die Verlegung der Feier auf den Abend die Demonstration einheitlicher, gewaltiger und imposanter machen. Dabei wird nur vergessen, daß durch die Verlegung der Arbeitsruhe der Feier der Charakter der Demonstration genommen wird. Ja, selbst Eim, der wahrhaftig kein radikaler Dummhals, kein Draufgänger, sondern ein ruhiger, überlegter Mann ist, sagt, daß durch die Verlegung der Feier auf den Abend ihr das Todesurteil gesprochen wäre. Dasselbe hat sogar Büchelberg auf einer Kreisversammlung in Vochum mir zugegeben. Beseitigt man die Arbeitsruhe, nimmt man der Märsche ihren großen revolutionären Charakter, dann sollte man sie lieber überhaupt aufgeben. Man möge sich hüten, gerade in Deutschland, wo wir so ruhige und mächtige Leute haben, wo es so schwer ist, Begeisterung und revolutionäres Feuer in den Massen zu erwecken, das, was wir in fünfzehnjähriger Arbeit eingepflanzt haben, mit eigener Hand wieder herauszureißen. Es wäre unverzeihlich im Interesse der ganzen Bewegung. Man muß die Märsche betrachten als Standpunkt des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften. Es ist viel darüber gellagt worden, auch von Fischer, daß es nicht so ist, wie es sein sollte, daß der sozialistische Gedanke in den Gewerkschaften nicht gepflegt werde, ja daß eine immer zunehmende Kluft zwischen Partei und Gewerkschaften und Partei teilweise eingetreten sei. (Sehr richtig!) Wir selbst ist in einer Versammlung des Ortsvereins der Metallarbeiter vorgekommen, daß ich in der Diskussion auf das schwerste getadelt wurde, weil ich die Anwesenden als Genossen angeredet hätte (Hört! hört!), damit hätte ich mich an der Neutralität veründigt. Als ich erwiderte, ich betrachte den Ausdruck Genossen als Ehrentitel, wurde mir auch das verübelt und gesagt, ich hätte keine Ahnung von gewerkschaftlicher Taktik. Es gibt Gewerkschaftsblätter, ich will sie nicht nennen, die auf das ängstlichste das Wort Genossen fern halten. Eines der bekanntesten Gewerkschaftsblätter verwarf sich in einer Polemik mit einem Zentrumsorgan entzweit dagegen, eine sozialistische Zeitschrift empfohlen zu haben. Es verweist darauf, daß an dieser Zeitschrift auch Bürgerliche mitarbeiteten. Kann man sich etwas Schmähtlicheres denken? Das ist nicht besser als auf der anderen Seite die Anarchozialisten. Ich bin mit den Ideen Friedbergs in den meisten Punkten nicht einverstanden und halte die Preussal-Resolution für falsch und verfehlt. Aber ein wahrer Satz ist darin: das größte Unglück, das die deutsche Arbeiterbewegung getroffen, sei die Neutralitätsklärung. Ja, es war ein überaus schweres Unglück, obwohl sich die Gewerkschaften auf Weibel berufen. (Erneute Zustimmung.) Mit allen Mitteln muß sozialistischer Geist in den Gewerkschaften verbreitet werden. Das beste Mittel hierzu ist die Märsche. Da können die Redner herausgehen aus der Enge und der Kleinheit der Tagesarbeit, da können sie Verständnis herstellen für die große Kulturbewegung des Sozialismus. (Blode des Vorstehens.) Ich muß schließen; ich bedauere, daß wir nicht unbeschränkte Redefreiheit in dieser Frage haben. Ich hoffe, daß der Parteitag mehr Feuer hinter der Märsche wird. Nicht zurück muß es heißen, sondern vorwärts, dreimal vorwärts. (Beifälliger Beifall.)

Liebnecht-Berlin:

Daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, die konkreten wirtschaftlichen Kämpfe zu führen, daß das die Legitimation der gewerkschaftlichen Bewegung ist, darüber besteht nirgends ein Zweifel. Von keiner Seite ist denn auch der Gedanke der Arbeitsteilung in der Arbeiterbewegung angetastet worden. Von keiner Seite ist behauptet worden, daß das, was jetzt die politische Bewegung bietet, künftig die gewerkschaftliche oder auch umgekehrt übernehmen wolle. Es handelt sich um eine andere Frage. Es ist nicht zutreffend, daß, wie Schmidt behauptet, keine Differenzen zwischen den beiden Bewegungen beständen, daß keine Versuche gemacht würden, den politischen Geist in den Gewerkschaften zu unterdrücken. Die Behauptungen Schmidts könnten durch ein erdrückendes Material einseitig werden. In den Gewerkschaften wird vielfach nicht bloß Neutralität verübt, sondern in vielen Fällen sogar gegen die Politik Stellung genommen. Daß eine wachsende Entfremdung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei sich bemerkbar macht, ist eine Auffassung, die keineswegs aus dem Wanken gegrißen ist. Sie wird vertreten auch von Gewerkschaftsführern. Zwei Antipoden in der Partei: Kautsky und Eim sind sich darin einig. Diese Erscheinung ist nicht von außen hineingetragen, sondern immanent. Wenn Schmidt meinte, die politische Bewegung sei schuld an dem mangelhaften Verhältnis der beiden proletarischen Organisationen zu einander, so hat er sich mit seinem Zitat selbst in die Fesseln gelegt. Er warf Kautsky vor, daß er befürchte, daß die Gewerkschaften nur ja nicht zu günstige Lohnverhältnisse für ihre Mitglieder erstrebten, weil sonst der Klassenkampferische Geist verloren ginge.

Das ist nicht richtig. Wahr aber ist etwas anderes. Galtner hat den Gewerkschaften geraten: stellt nur nicht so hohe Forderungen, sonst untergräbt ihr euch euren Arbeitsmarkt, seid feier bescheiden. So sagt ein Revisionist. So werden im Widerspruch mit dem Klassenkampfe die Gewerkschaften zur Bescheidenheit, statt zur Unzufriedenheit genahmt; schlimmer kann nicht gesündigt werden. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist soweit schon gediehen, daß der „Tabalarbeiter“ von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr einer ernstlichen Zersplitterung sprechen konnte. Unzweifelhaft besteht diese Gefahr. Es ist richtig, was Kautsky behauptet hat und auch ich halte nicht dafür, daß die Gewerkschaften dauernd einer anglophobischen Tendenz verfallen. Eine Tatsache verhindert das: die deutsche Kultur, die bekanntlich Freiheit ist, die deutsche Judikatur und die deutsche Polizeipraxis. Die paßt den Arbeitern den Klassenkampf schon ein und ist weit entfernt von den relativ demokratischen Zuständen Englands, die übrigens empören. Es ist sehr bezeichnend, daß die jetzt auftretenden politischen Reigungen der englischen und holländischen Gewerkschaften anknüpfen an gesetzgebenden Aktionen und Polizeiaktionen. Was dort erst gelegentlich auftritt, haben wir in Deutschland ständig. Deshalb habe ich keine so große Beforgnis in dieser Beziehung. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird von selbst forrgiert. Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir die Dinge so laufen lassen sollen. Die innere Verwandtschaft der beiden Organisationsformen des Proletariats muß äußerlich mehr zum Ausdruck kommen. In den „Monatsheften“ und in der „Neuen Zeit“, überall und immer, stoßen wir auf die Wendung: es ist engere Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig. Ich beziehe mich auch auf die „Gleichheit“ vom 20. September; auch dort wird die Notwendigkeit eines geregelten Verhältnisses betont; dazu kommt noch ein: weder die Frage der Märsche noch die des Generalstreiks können ohne die Gewerkschaften gelöst werden, und die Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften ist erst die Voraussetzung für die Lösung dieser beiden Fragen. Deshalb müssen wir der Frage die größte Aufmerksamkeit schenken; wie stellen wir uns künftig zu den Gewerkschaften, was soll geschehen, um unbestimmte Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden? Es sind doch beides proletarische Organisationen. Auf dem Kölner Parteitag ist die Entwicklung, wie wir sie vor Augen haben, schon vorandgedacht; so hat Legien vorgeschlagen, daß auf jedem Parteitag ein besonderer Bericht über die Gewerkschaftsbewegung erstattet werde, und jetzt schlägt v. Eim einen ständigen gewerkschaftlichen parla-

mentarischen Bericht vor; auch Gubert tritt in seinem Artikel in der „Neuen Gesellschaft“ für ein kollegiales Zusammenarbeiten, für eine organische Verbindung von Partei und Gewerkschaften ein. Nur will er nicht die organisatorischen Grenzen verwischt sehen. Auf der anderen Seite versucht auch Kautsky eine Verbindung herzustellen; nur will er die Partei einseitig bestimmen, in ihren Vorstand einen Gewerkschaftsführer hineinzuwählen. Niemand denkt daran, wie Schmidt meint, aus den Gewerkschaften einen politischen Diskussionsklub zu machen; die Gewerkschaften haben eben ihre bestimmten Aufgaben. Nur müssen sie Fühlung mit der großen Arbeiterbewegung behalten, die sie im Begriff sind, zu verlieren. Man wird die Neutralität ein. Es ist aber nicht richtig, wenn Schmidt behauptet, die Frage der Neutralität sei endgültig entschieden. In gewerkschaftlichen Kreisen besteht durchaus nicht die Auffassung, daß die Neutralität ein Gottesgebot sei, von dem man nicht abgehen dürfe. Weibel ist zwar auch für die Neutralität eingetreten, aber ich glaube, daß es einer der wenigen Punkte ist, wo Weibel nicht die Mehrheit der Partei hinter sich hat. (Sehr richtig!) Man soll auch nicht mit rechtlichen Bedenken kommen. Gibt es denn noch irgend jemand, der die Gewerkschaften für friedliche Vergütungsvereine ansieht? Die Judikatur, die Rechtspraxis, hat ganz andere Auffassungen. Wenn es der Polizei einfallen sollte, den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes gegen die Gewerkschaften anzuwenden, so könnte es sie tun. Es heißt Farbe bekennen! Wozu das Bestreben? Wir widerstrebt es, wenn ich als Verteidiger sagen muß: das ist ja gar kein sozialdemokratischer Verein — es ist doch ein sozialdemokratischer Verein, denn er besteht aus Sozialdemokraten; aber er verfolgt seine Tendenzen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Auch Gubert sagt, daß die Gewerkschaftler es jeden Augenblick hören müßten: „Was wollt Ihr denn? Sozialdemokraten seid Ihr ja doch!“ Wenn uns die Gegner das nun einmal doch anhängen, weshalb sollen wir uns durch diese Zwirnspäden die Hände binden lassen? Weshalb sollen wir es nicht ebenso machen, wie die polnischen Turnvereine, der Sokol, von denen die Polizei trotz eines Satzes in ihrem Statut behauptet hat, sie seien politische Parteiorganisationen. Jetzt haben sie den Satz gestrichen und es geht ruhig weiter. Das Praktisch-Wesentliche ist, wir dürfen nicht auseinandergehen, ohne in dieser wichtigen Frage den Boden der Verständigung zu suchen. Ich habe die Resolution 143 eingebracht; ich weiß ja, sie ist nicht schön geraten, sie ist sehr unklar (Heiterkeit!), aber ich wollte auch nur einen energischen Anstoß geben; wir brauchen ja nicht darüber zu votieren, aber wir könnten eine Kommissionsform bilden, auf das nachdrücklichste beschäftigt. Das Beispiel Dänemarks gibt uns ein vortreffliches Muster, wie Partei und Gewerkschaften Hand in Hand zusammenzuarbeiten haben. Wir haben nur einen Emanzipationskampf, aber er wird von zwei Armeen geführt und der Gedanke der Märsche ist das Banner, unter dem sie marschieren. (Bravo!)

München-München:

Wir Sozialdemokraten haben eigentlich alle Ursache, den Gewerkschaftlern für ihre Äußerungen auf dem Kölner Tage dankbar zu sein. Denn gerade infolge der Vorgänge in Köln ist der Gedanke an die Märsche wieder lebendig geworden. (Sehr richtig!) Waren wir doch allmählich etwas lax geworden in der Behandlung der Märschefrage auf unseren Parteitag. Etwas falsch fand ich besonders die Äußerung Bringmanns, man solle ihm doch erst den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Märsche gewonnen worden sei. Tausende, Zehntausende sind gerade durch die Märsche gewonnen worden. (Sehr richtig!) Nicht der Unterdrückungsfehler macht es, sondern die Begeisterung. Einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften soll und kann es nicht geben. In München hat der Gedanke der Märsche immer mehr Boden gefaßt. Zuerst hatten wir kaum einen Saal voll, jetzt sind drei, vier Lokale überfüllt. In die kleinsten Städte Bayerns ist der Gedanke der Arbeitsruhe heftig eingedrungen. So war in Kempten im Allgäu die Märscheversammlung, in der ich referierte, trotz der Kritik von über 180 Mann besucht. Es wäre ein Akt der Freigebigkeit, wenn wir in der Märschefrage zurückweichen wollten. (Bravo!) Sollen wir etwa den Genossen sagen: „Es war alles unklar, was wir Euch fünfzehn Jahre lang gepredigt haben?“ Auf den Zitatenschatz, den Genosse Schmidt aus dem früheren Jahrhundert gemahnt hat (Heiterkeit), will ich nicht eingehen. In München arbeiten Partei und Gewerkschaften Hand in Hand; es schadet nicht, daß die Gewerkschaften als sozialdemokratisch verschrien werden, „Sozialdemokrat“ ist ein Ehrenname, er beweist, daß Klassenbewußte Arbeiter zusammenstehen und nicht Neutralitätsduster, die bald hierhin, bald dort hin marschieren. (Bravo!)

Castrup-Vielefeld:

Die Idee der Märsche ist durchaus nicht im Abflauen begriffen, sondern greift immer mehr um sich. Das kann ich gerade für Vielefeld behaupten. Wir erwägen jetzt, ob wir nicht in Vielefeld in Zukunft am Schützenfest arbeiten und dafür am 1. Mai feiern wollen. Eine spezifisch sozialistische Forderung ist der 1. Mai nicht, aber eine ideale Forderung, an der wir festhalten müssen.

Brecon-Riel:

Mit dem Wegfall der Arbeitsruhe würde die Märsche begraben sein. (Sehr richtig!) Ich würde lieber die Abendversammlungen, an deren Verlauf manches auszugehen ist, ausfallen lassen, als die Arbeitsruhe. Schmidt sprach von der Konjunktur. Ich war bisher der Meinung, daß die Gewerkschaften in der guten Konjunktur Forderungen erstreiten und in der schlechten Konjunktur versuchen, das Erreichte zu behaupten. Es liegt gar kein Grund vor, in der Märschefrage eine andere Taktik zu verfolgen. Der Antrag 79, der vom 5. schlesischen Kreise ausgeht, fordert zur Arbeitsruhe am 1. Mai auf und verpflichtet die Partei, für die Folgen in diesen Mitteln einzutreten. Dieser Antrag ist von einem energischen Gegner der Arbeitsruhe eingebracht worden, der damit die Partei auf die Probe stellen will. Ich meine, daß die Parteitagbeschlüsse doch zugleich gewissermaßen mit durch die Gewerkschaften gefaßt sind, weil doch in weitem Umfange eine Personalunion existiert. Es ist also falsch, zu erklären, die Partei dürfe die Gewerkschaften nicht binden. Bei den großen Streiks der letzten Jahre war die Partei doch auch durch die Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte, ohne daß sie an dem Streikbeschlusse mitgewirkt hätte, mit ihren Mitteln eintreten. Das war die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Partei. (Sehr richtig!) Dann sollten aber auch die Gewerkschaften anerkennen, daß sie mit der Partei solidarisch handeln müssen. Genosse von Eim erklärt in den „Sozialistischen Monatsheften“, der sozialistische Gedanke müsse in den Gewerkschaften gepflegt werden. Wie ist das aber möglich bei der Ueberneutralität, wie sie jetzt vielfach propagiert wird? Treten Sie für die Arbeitsruhe am 1. Mai ein! Ueberall kann sie noch nicht durchgeführt werden, aber es fehlt leider in manchen Kreisen auch am guten Willen. (Zustimmung.)

Schulmayer-Stuttgart:

Die Strömung gegen die Märsche hat bis zum gewissen Grade ihren Ursprung in Stuttgart. (Hört! hört!) In Stuttgart hat man sich sehr passiv verhalten zur Durchföhrung der Märsche. Das ist höchst bedauerlich. Aber es ist erklärlich, wenn berufene Vertreter der Gewerkschaften in Stuttgart öffentlich erklärten, daß man mit der Märsche keinen Hund vom Hfen locken könne. (Hört! hört!) Dann muß die Begeisterung natürlich abflauen. Ich bestreite es, daß, wie Bringmann behauptet, die Märsche kein gewerkschaftliches Agitationsmittel sei, und ich glaube, darin werden wir mit vielen Gewerkschaftler einig sein. Die organisierte Arbeiterschaft Stuttgarts hat sich in einer Versammlung nach dem Kölner Kongress auf den Boden der Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses gestellt und das Vorgehen der Führer auf dem Gewerkschaftskongress verurteilt. Denselben Beschluß hat bekanntlich die Leipziger Generalversammlung der Metallarbeiter gefaßt. — Es wird von einem Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft gesprochen. Ich gebe zu, konkrete Fälle, an denen bewiesen werden könnte, daß Gewerkschaften ihren Beamten verboten

Haben, für die Partei einzutreten, liegen nicht vor. Mit einem direkten Verbot vorzugehen, hütet man sich wohl, aber in Stuttgart z. B. ist es eine bekannte Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer die politische Tätigkeit von Gewerkschaftsbeamten nur mit einem ironischen Lächeln begleiten. (Hört! hört!) Belamlich hat auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Schilde in Leipzig eine politische Betätigung mit den Worten verweigert, er lehne es ab, den Hans Dampf in allen Gassen zu spielen. (Hört! hört!)

Buchschiff-Berlin:

Man hat die Behauptung aufgestellt, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes seinen Beamten verboten habe, sich politisch zu betätigen, aber einen Beweis hat man dafür nicht führen können. (Zuruf: So was macht man, aber man sagt es nicht! Fall Leber!) Im Falle Leber hat der Vorstand seine Meinung durchaus forciert begründet. Er hat ausgeführt: wenn ich die Wahl habe zwischen zwei Kollegen, die gleich tüchtig sind, von denen aber der eine infolge seiner Tätigkeit fortwährend gemahregelt wird, der andere aber sich in gesicherter Stellung befindet, dann nehme ich den Mann, der fortwährend hin- und hergeholt wird. (Widerpruch Lebers.) Ich richte mich nach dem offiziellen Protokoll. Ich muß auch sagen, der Gewerkschaftsbeamte, der sich seine politische Tätigkeit unterlagen läßt, muß ein erbärmlicher Kerl sein. (Sehr richtig!) Weiter hat man gesagt, unser Hauptvorstand in Stuttgart wünsche nicht, mit der Partei identifiziert zu werden. Die Stellung des Genossen Schilde ist festgelegt auf dem Verbandstage in Nürnberg. Dort heißt es: Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß die politische Betätigung Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sei. Wir verlangen von niemand die Abiegung eines politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses. — Ich glaube, das ist ein Standpunkt, den man nach jeder Richtung hin teilen muß. Woran liegt es denn, daß sich die Gewerkschaftsbeamten so wenig politisch betätigen? Wir wissen alle, wie schwierig es ist, die Mitglieder für die Anstellung neuer Beamten zu gewinnen. Infolgedessen sind unsere Beamten derartig überanstrengt, daß ihnen zu ihrem großen Bedauern eine politische Betätigung zum größten Teile nicht möglich ist. Tatsache aber ist es, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsbeamten eine größere politische Tätigkeit entfalten, als man ahnt. (Zurufe: Wo denn?) Nicht in großen Versammlungen, aber in den kleinen Gewerkschaftsversammlungen, wo wir es mit den noch am wenigsten aufklärten Arbeitern zu tun haben, nehmen wir jede Gelegenheit wahr, um die Arbeiter auch politisch aufzuklären, denn mit solchen Arbeitern ist auch der gewerkschaftliche Kampf leichter und energischer zu führen als mit Arbeitern, die noch im alten Echlummer befangen sind. — Uebrigens habe ich aus der Kritik der Gewerkschaftskongresse doch die Einsicht gewonnen, daß es oft weit schwerer ist, eine Lohnbewegung von 10 bis 20 Personen zu leiten, als derartige Kritiken zu schreiben. (Sehr richtig!)

Buchschiff-Berlin:

Genosse Schmidt sprach die Hoffnung aus, der nächste internationale Kongress werde hoffentlich die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu der seinigen machen. Er meinte wohl: die Ansicht der Gewerkschaftsführer (Sehr richtig!); denn unter der Arbeiterschaft sind solche Ansichten nicht vorhanden. Schmidt hat in seiner Rede in erster Linie nebenstehende Punkte aus Fischer's Rede behandelt, auf den eigentlichen Kernpunkt ist er nur wenig eingegangen. Wenn nach dem Kölner Kongress Gebirgung unter den Arbeitern getrieben ist, so ist die Ursache der Hohn und Spott, mit dem die Arbeiterfrage von Bringsmann und anderen behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Schmidt sprach von MassenDemonstrationen. Abendversammlungen können aber meines Erachtens in dieser Frage nicht als Demonstration gelten. Wohl selten hat ein Referent so aus der Seele der Delegierten gesprochen wie gestern Fischer. Es kann nicht weiter so gehen, daß die einen die Drempel anlegen, während die anderen den Karten vorwärts bringen wollen. (Sehr richtig!) Ich gehe zu, daß die Gewerkschaften andere Aufgaben zu erledigen haben, als die Partei. Aber eins steht doch auch fest, daß es auch Fragen gibt, die nicht getrennt behandelt werden können, an denen beide Teile ein und dasselbe Interesse haben, und zu diesen Fragen gehört die Arbeiterfrage. Man mag die Frage beurteilen wie man will, jedenfalls hat die Arbeiterfrage in dem Augenblick, wo die Arbeitsruhe aufgehoben wird, ihre Schärfe verloren und wir können sie zum einen Eisen werfen. Man sagt, in großen Industrien und in vielen Gegenden sei die Arbeitsruhe undurchführbar. Das ist richtig, aber haben wir jemals uns an unserer Agitation dadurch hindern lassen, daß viele Gegenden rückständig sind? Im Gegenteil, wir haben uns dann erst recht Mühe gegeben, auch in diesen Gegenden Erfolge zu erzielen. Ich gebe zu, daß die Geldfrage in den Gewerkschaften keine untergeordnete Rolle spielt. Die Gewerkschaftsführer sollten aber auch wissen, daß in allen großen wirtschaftlichen Kämpfen die Partei keinen Augenblick gedregert hat, doll und ganz für die Gewerkschaften einzutreten. Ich erinnere an den Hosenarbeiter-, den Bergarbeiter- und den Grubenarbeiterstreik; in allen diesen Streiks ohne Ausnahme hat die Partei herborvorragend eingegriffen. Der Kölner Kongress hätte also durchaus keine Ursache, die Frage in dieser Art zu behandeln. Man hat sogar die Toten nicht ruhen lassen; selbst von Schoenlant wurde behauptet, daß er ein Feind der Arbeitsruhe gewesen sei, während das gerade Gegenteil richtig ist. Nehmen Sie die Resolution an und zeigen Sie damit nach außen und auch nach innen, daß es endlich einmal an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen. (Beifall.)

Wafa Luxemburg:

Robert Schmidt hat mehrmals betont, daß es zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland keinen Gegensatz geben könne. Tatsächlich darf es einen solchen Gegensatz nicht geben, aber wenn Erscheinungen in der Arbeiterbewegung dazu angetan sind, einen solchen Gegensatz zu schaffen und zu schärfen, so hat uns gerade die Rede von Schmidt bewiesen, daß es wohl Elemente gibt, die dahin arbeiten. (Sehr richtig!) Denn was war anders die Zentralfrage der Rede von Schmidt, der sich eine Stunde erheben hat, um seine Haltung in der Arbeiterfrage zu rechtfertigen, die Redezeit aber dazu benutzt hat, eine unerbittliche Hege gegen die „Neue Zeit“ und die Theorie zu halten. (Sehr richtig!) Und zwar war diese Hege mit so ungeschönten Mitteln geführt, wie wir sie nur bei den ärgsten Gegnern aus dem bürgerlichen Lager kennen. (Sehr richtig!) Sautsch, der eigentlich berufen ist, für die „Neue Zeit“ zu reden, ist gegenwärtig in der Pünzschneckerkommission beschäftigt, ich fühle mich verpflichtet, an seiner Stelle einige Tatsachen vorzuführen, die die Methode von Schmidt in seinem Kampf gegen die „Neue Zeit“ bezeugen. Auch die Vorwürfe des „Vorwärts“ sind ja ausgeklungen in den wehmütigen Klagenlaut: Ach, wie schade, daß die „Neue Zeit“ nicht genügend für die theoretische Durchbildung der Massen arbeitsfähig. Der „Vorwärts“ ist so beschäftigt, daß er das nicht tun kann. In denjenigen, die bereit sind, alle Augenblicke zu bedauern, daß die „Neue Zeit“ so wenig verbreitet ist, gehört wahrscheinlich auch Robert Schmidt, aber dieselben Leute ergreifen mit dem größten Eifer jede Gelegenheit, gegen die „Neue Zeit“ zu arbeiten und sie herunterzureißen. So sagt Schmidt, es sei ein Glück, daß nicht mehr Arbeiter die „Neue Zeit“ lesen. Wie kann er sich hinstellen und solche Vorwürfe erheben gegen die „Neue Zeit“, das einzige wissenschaftliche Organ, um die deutschen Arbeiter zum Sozialismus zu erziehen! (Sehr gut!) Die „Neue Zeit“ soll zu wenig Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringen. Ich habe hier das Verzeichnis der gewerkschaftlichen Artikel, die die „Neue Zeit“ im letzten Jahre, abgesehen von den Artikeln über den Massenstreik, gebracht hat, ich werde sehr gewissenhaft vorgehen, denn in bezug auf Wahrheitsliebe und Zierlichkeit ist das bei Robert Schmidt sehr angebracht. Im letzten Jahre also schrieb in der „Neuen Zeit“ in Nr. 2 Regien über ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Bewegung, in Nr. 9 Umbreit über Arbeiterkammern, in Nr. 20 Schmatzer über den Rantstgedanken in den Tarifverträgen, in Nr. 27 Umrah über die Generalstreikdebatte, in Nr. 28 Umbreit über gewerkschaftliche Redensarten, in Nr. 33 Klotz über Generalstreik und Arbeiterfrage auf dem Gewerkschaftskongress in Köln, in Nr. 33 Hermann Müller über eine Fusion auf gewerkschaftlichem Gebiet, in Nr. 34 Heinrich War über Gewerkschaft und Partei, in Nr. 34 Kautsky über eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik, in Nr. 36 Kautsky

über den Kongress in Köln, in Nr. 41 Hoch über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Nr. 47 Strödel über Gewerkschaften und sozialistischen Geist, in Nr. 48 Fleißner über Partei und Gewerkschaft. (Hört! hört!) Allerdings, in dieser ziemlich langen Liste finden Sie weder den Namen Robert Schmidt, noch Hue, noch den des zur besseren Erkenntnis belehrten v. Elm. (Sehr gut!) Wenn Sie diese Namen finden wollen, dann suchen Sie nicht in der „Neuen Zeit“, dann suchen Sie in den „Soz. Monatsheften“, oder noch einen Schritt weiter in der „Neuen Gesellschaft“, oder noch weiter in „Europa“. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Dafür schreiben sie, aber nicht für die „Neue Zeit“, und dann kommen sie, die ihr Geisteslicht in andere Mütter hineintragen, stellen sich hin und sagen, die „Neue Zeit“ bringt nichts über Gewerkschaften, es ist ein Glück, daß sie nicht mehr gelesen wird.

Schmidt hat unter anderem behauptet, wenn schon jemand über Gewerkschaften in der „Neuen Zeit“ schreibt, so ist das gewiß ein so gottverdammter Theoretiker, der nichts versteht, und als Beweis zitiert er einen Artikel des bekannten Theoretikers Fleißner aus Dresden (Heiterkeit) und einen zweiten des noch berühmteren Theoretikers, des Vödergellenen Fischer aus Weimar. (Erneute Heiterkeit.) Und wie versteht Schmidt zu zitieren? Er verliest den Satz: „Man muß ganz naturgemäß das Streben für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im heutigen Staat dazu beitragen, die Kräfte dieses Staates zu verlängern, denn je mächtiger es den einzelnen Gliedern eines Staatswesens geht, desto weniger werden diese Glieder dafür zu haben sein, eine Veränderung des Staatswesens herbeizuführen.“ Hier paßt er schnell das Buch zusammen und sagt: Ja, sehen Sie, solche Ansichten werden in der „Neuen Zeit“ verbreitet. Hier hat aber der Artikel nicht angefangen und hier war er nicht zu Ende. Der Verfasser ging zunächst auf die damals aktuelle Frage ein, ob die Neutralität der Gewerkschaften überhaupt eine neue Erfindung, ein Rezept wäre, das erst den Gewerkschaften zu empfehlen sei, oder ob das nicht eine alte Praxis der Gewerkschaften sei. Die Gewerkschaften haben sich stets dagegen verteidigt, wenn irgend jemand sie als Organisation der sozialdemokratischen Partei, als sozialdemokratische Gewerkschaften schlechthin bezeichnete. Der Grund für diese Abwehr ist klar: Die Aufgaben der Gewerkschaft liegen auf anderem Gebiete wie die Aufgaben der Sozialdemokratie. Dann beschränkt der Verfasser eine Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften, und an den von Schmidt verlesenen Satz knüpft er den Satz an: „Will nun trotzdem die Sozialdemokratie diese Forderung durchsetzen, so muß sie in der Lage sein, überzeugend nachzuweisen, daß das von ihr erstrebte Ziel den Gewerkschaftsmitteln weitere Verbesserungen bringe, als sie in der heutigen Gesellschaft durch die Gewerkschaftsorganisation möglich sind.“ Schmidt hat also ein Pliat zur Hälfte einfach durchgeschnitten. Ich weiß nicht, ob Schmidt schon, bevor er jenen Artikel in die Hand nahm, der Ueberzeugung war, daß es ein Glück wäre, die „Neue Zeit“ nicht zu lesen, und daß er nur zufällig jenen Satz gelesen hat. (Heiterkeit.) Genau so steht es mit der Wahrheitsliebe des Genossen Schmidt, wenn er behauptet, die „Neue Zeit“ sei ein spezielles Organ zum Herunterreißen des Parlamentarismus; er führt uns sogar schon das schredliche Gespenst der zerfahrenen Zustände in Frankreich vor. Ich möchte ihn bitten, mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit“ zu zeigen, wo der Parlamentarismus heruntergerissen wäre. Allerdings, vielleicht versteht Schmidt unter Herunterreißen eine Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, wie sie uns zur Pflicht gemacht wird. Wenn er das darunter versteht, wenn er glaubt, es sei unsere Pflicht, den bürgerlichen Parlamentarismus zu loben, so muß ich allerdings sagen, ein solches Lob kann die „Neue Zeit“ nicht spenden, so lange Kautsky sie redigiert. (Beifall.) — Die Redezeit ist abgelaufen, Rednerin meldet sich nochmals zum Wort.

Kieger - Spandau:

Die Gewerkschaftler betonen ihr Verantwortlichkeitsgefühl, und ich meine, diese Parteigenossen müßten wegen ihrer Stellung zur Arbeiterfrage ernstlich zur Verantwortung gezogen werden. Diese Stellung schlägt jedem idealen Empfinden ins Gesicht; die Gewerkschaftsführer haben es aber nicht einmal für nötig gehalten, vorher die Meinung der Arbeiter zu hören. Wenn im jetzigen Augenblick, wo die russische Revolution auch in Deutschland einige Wellen schlägt, solche Ansichten aufzutreten, so muß man sich bei so schwächlichem Verhalten sehr kleinlich vornehmen. Ein bürgerliches Blatt hat geschrieben, die Aufgabe der Arbeiter würde eine schwere Niederlage der Arbeiter bedeuten. Das Urteil der Genossen ist noch weit schärfer. Schmidt beklagte sich über Äußerungen der Parteipresse, die in der Tat nicht zu halten sind. Aber man kann den Spieß umdrehen. Man denke nur an die Verhöhnung der Arbeiter durch Bringsmann, z. B. sagte, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchkreuze systematisch eine vernünftige Gewerkschaftspolitik. Die Arbeiter sind für die Arbeiter, es wird aber verneint, die Vegetierung für sie zu erlöten. Manche Verbandssorgane nehmen überhaupt keine Partei auf; mir selbst ist vom Organ meines Berufs ein Materialartikel abgelehnt worden. Bringsmann hat es für passend gehalten, als Antwort auf einen jener scharfen aber sachlichen Artikel von mir Ausführungen zu schreiben, die von Anjurien klopften. Als die Spandauer dagegen protestieren, hat Bringsmann den eingeschriebenen Brief nicht angenommen! (Hört, hört!) Der Anarchosozialismus ist nur die Reaktion gegen den Geist, der in vielen Gewerkschaften überhand nimmt. Es ist durchaus unangebracht, alle unangenehme Äußerungen als anarchosozialistisch abzutun.

Taubmann-Weissenfer:

Ich stimme der Resolution Fischer zu, muß aber seinen Bemerkungen über die Buchdrucker entgegenreten. Wenn die Buchdrucker das Recht beanspruchen, die Maschinen, die für sie gebaut werden, zu bedienen, so ist das keine zünftlerische Anwendung, sondern berechtigter Wahrung der Interessen der Buchdrucker. Fischer hätte sich ja längst dem Buchdrucker-Verbande anschließen können. So viel ich weiß, hat er auch früher, als er als Buchdrucker tätig war, zeitweilig dem Verbandsrat angehört. (Fischer: Un glaublich!) Gerade er hat als Geschäftsführer des „Vorwärts“ zünftlerische Anwendungen gezeigt. Die Buchdrucker werden durch die Entwicklung der Maschinen immer mehr zum Klassenkampf gedrängt. Das müßte die Agitation der Partei sich zu nahe machen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Buchdrucker für eine solche Agitation nicht zu haben seien.

Simon-Nürnberg:

Ich freue mich, daß in bezug auf die vorgelegte Resolution eine Verständigung mit der Generalkommission erzielt worden ist. Diese Verständigung hätte nur schon früher erzielt werden sollen. Sie ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß von den Arbeiterversammlungen nach dem Kölner Kongress die Haltung der Führer nicht gebilligt worden ist. Der große Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Genosse Schmidt für seine Anschauungen rekonstruierte, ist eben gar nicht vorhanden. (Sehr richtig!) Robert Schmidt meinte, es denke niemand daran, die Arbeiter zu beteiligen. Gewiß, das will man nicht, aber man will die Arbeiter auf den Abend verlegen, angeblich, um eine größere Demonstration zu erreichen. Aber es ist eine Tatsache, daß man in Stuttgart auf eines unserer besten Demonstrationenmittel, den Umzug, freiwillig verzichtet hat, obgleich er in Stuttgart gestattet war. Daraus geht hervor, daß es sich nicht darum handelt, größere Demonstrationen zu erreichen, sondern man will die Arbeiter überhaupt beteiligen. — Unsere Aufgabe in den Gewerkschaften muß es sein, die Arbeiter, die zu uns kommen, zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. (Sehr richtig!) Das wird heute vielfach verkannt. Man hebt heute vielfach nicht mehr auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Massen für die Partei zu erziehen. Daher ist eine teilweise Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften eingetreten. Gerade die Arbeiter ist eine geeignete Gelegenheit, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Ziele der Partei zu begeistern, nirgends kann man wirksamer die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung geißeln, als gerade am 1. Mai. (Sehr richtig!) Daher soll man auch die Bedeutung der Abendversammlungen nicht unterschätzen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter für die Ziele der Partei begeistert werden. (Bravo!)

Frische - Berlin:

Ich begrüße es, daß die Frage der Arbeiter hier ausführlich erörtert wird. Zweifellos hat die Beteiligung an der Arbeiterfeier in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen. (Beifall: Widerspruch.) Die größere Zahl der Beteiligung in diesem Jahre ist nach meiner Meinung darauf mit zurückzuführen, daß der 1. Mai auf einen Montag fiel. (Große Ironie.) Genossen, das ist so mein Gefühl und ich werde es mir nicht nehmen lassen, das hier zum Ausdruck zu bringen. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, meine Worte so zuzupolieren, daß sie den Beifall der Parteigenossen finden; das ist fürchterlich leicht, das kann man in jeder Partei, jeder Gewerkschaftsversammlung leicht erreichen. Ich halte es aber für meine Pflicht, das auszusprechen, was ich denke. Fragen Sie Drubus, der seit Jahren in Oberschlesien beschäftigt ist, wie viele von den 500 000 dort auf ein Territorium so groß wie Berlin zusammengedrängten Arbeitern sich an der Arbeiterfeier beteiligen. Fragen Sie Dänisch — wenn er auch eine andere Auffassung hat —, wie viele von den Arbeitern im Ruhrgebiet den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Wer die Verhältnisse in diesen Gegenden kennt, wird wissen, wie wenig der Gedanke der Arbeiter durch Arbeitsruhe noch in die breitesten Schichten eingedrungen ist. — Unter diesen Umständen war es Pflicht des Gewerkschaftskongresses, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich will auf die Verhandlungen dort nicht näher eingehen, ich will nur eins betonen. Alle Diskussionen in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nach dem Kölner Kongress können nicht dazu führen, das zu erreichen, was die Volkspartei herbeiführt, die friedliche Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften. Dieser Wunsch der Arbeiter nach einem friedlichen Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften muß hier zum Ausdruck kommen. (Bravo!) — Ich bin seit vielen Jahren angestellter Beamter der Maurerorganisation in Berlin. Ich glaube darüber, welche Stellung die Maurer in den großen Städten zur Arbeiterfeier eingenommen haben, ist kein Zweifel, sie haben die volle Arbeitsruhe durchgesetzt. Aber meine Kollegen in den übrigen Gegenden Deutschlands, die ebenso gute Verbandsmitglieder sind wie die Berliner, konnten eben eine derartige Stellung zur Arbeiterfeier nicht einnehmen, weil, wenn sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hätten, sie den Arbeitgebern die Gelegenheit gegeben hätten, sie zu einer für den Verband ungünstigen Gelegenheit in den Streik zu treiben. Ist es vielleicht vergessen, daß gerade die Metallarbeiter-Organisation vor der Feier des 1. Mai im Jahre 1891 eine von den Arbeitgebern anerkannte Organisation war, mit der die Arbeitgeber selbst in Berlin einen Tarif abgeschlossen hatten, und daß dann diese Organisation zum Teil, jedenfalls aber der Tarifvertrag zum Teufel gegangen ist durch die Ausperrungen nach dem 1. Mai? Ist es vergessen, daß die Hamburger Maurer im Anschluß an die Arbeiterfeier 1891 Ausperrungen über sich ergehen lassen mußten, die zum Teil 13 Wochen lang dauerten und daß im Anschluß daran die Organisation der Maurer dezimiert wurde, weil dann noch außerdem die wirtschaftliche Konjunktur abflaute? Wenn Genosse Schmidt hier zum Ausdruck gebracht hat, daß, wenn wir Streiks unternehmen, wir uns dazu die beste Konjunktur aussuchen müssen, so unterschreibe ich das in vollem Umfange. — Ein Redner führte aus, die Gewerkschaften müßten auch instande sein, bei niedrigerer Konjunktur mit den Arbeitgebern Kämpfe durchzuführen. Ja, wenn das erledigt wäre, dann bräuteten wir nicht mehr darüber zu diskutieren, ob wir den 1. Mai feiern; dann wäre die Arbeiterfrage zur Tatsache geworden. Wenn den Arbeitern keine schweren wirtschaftlichen Nachteile mehr daraus entstünden, würden sie selbstverständlich den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. (Rufen: Die Redezeit ist abgelaufen.) Dann will ich nur noch kurz erklären, daß, nachdem sich die Generalkommission mit der vorgelegten Resolution einverstanden erklärt hat, wir ihr selbstverständlich zustimmen können. Darauf wird die weitere Debatte auf die Nachmittagsitzung vertagt.

Persönlich erklärt

Holtz - Karlsruhe: Die Genossin Bieh hat mir vorgeworfen, daß mein Artikel in den „Soz. Monatsheften“ den Gegnern Material geliefert habe. (Sehr wahr!) Das ist sehr unwohl. Wenn dieser Vorwurf berechtigt wäre, dann würden sehr wenig literarisch tätige Genossen in diesem Saale sein, die nicht auch schon den Gegnern Material geliefert hätten. Ich protestiere dagegen, etwas Derartiges geschrieben zu haben. Ich habe in meinem Artikel auf die Gefahr des Zentrums hingewiesen, die meines Erachtens in der Hauptsache nicht da liegt, wo sie der Liberalismus sieht, in seiner Weltanschauung, sondern in seiner Sozialpolitik, die es in Deutschland, so lange das Zentrum seine jetzige Größe hat, unmöglich macht, irgend eine große wirtschaftliche Frage einer klaren prinzipiellen Lösung entgegenzuführen. Die Politik des Zentrums werde und zwingen so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten, d. h. einstweilen weniger um die große letzte Entscheidung uns zu kümmern als um Fragen, die bis auf weiteres wichtiger sind. Wie man daraus folgern kann, ich hätte geschrieben, die Sozialdemokratie treibe aus eigenem Antriebe keine praktische Politik, versuche ich nicht.

Frau Bieh-Hamburg: Ich halte meine Äußerungen vollinhaltlich aufrecht und erkläre Ihnen, daß das, was ich aus dem Artikel angeführt habe, nicht das Einzige ist. Holtz sagt in dem Artikel weiter: „Etwas weniger Erregung über den Generalstreik als letztes Mittel (Sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung) im Kampfe gegen die Massenbewegung, und etwas mehr Beschäftigung mit den Fragen, die zur Zeit als die dringenderen zu betrachten sind!“ (Sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung.) Schließlich kommt die Sozialdemokratie um die Behandlung der Fragen der praktischen Politik doch nicht herum. Die Verhältnisse sind härter, als gewisse Theorien, die uns heute daran hindern, unseren Einfluß in der Weise geltend zu machen, wie dies tatsächlich möglich wäre. (Hört, hört!) Die Politik des Zentrums wird uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten. — Damit sind die Dinge auf den Kopf gestellt. Nicht die Politik des Zentrums wird uns zwingen, sondern wir müssen durch unsere Politik das Zentrum zwingen. (Bravo!)

Fischer-Weimar: Genosse Robert Schmidt hat durch seine Ausführungen über meinen Artikel in der „Neuen Zeit“ den Anschein erweckt, als wenn gewissermaßen in meinem Kopfe eine derartige Konfusion vorhanden wäre, daß ich nicht wüßte, was ich selbst denke. Hätte er einen etwas genauere Inhaltsangabe von dem Artikel gegeben, so hätte dieser Eindruck niemals entstehen können. Ich habe mich reichlich bemüht, als Arbeiter den Sozialismus zu erfassen und glaube, daß es nicht richtig von Schmidt war, den Versuch zu machen, mich dem Gespött des Parteitages preiszugeben.

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat in der bei ihr bekannten liebenswürdigen Art auch über meine Person ein Urteil gefällt. Ich war gar nicht enttäuscht darüber, sondern hatte eigentlich erwartet, daß das Urteil noch schärfer ausgefallen wäre. (Holtz Hoffmann-Berlin: Selbstkenntnis! Heiterkeit.) Die Art der Polemik der Genossin Luxemburg ist so allbekannt und allbeliebt, daß darüber weiter gar kein Wort zu verlieren ist. Ich habe nicht gesagt, daß Gewerkschaftsfragen in der „Neuen Zeit“ von Praktikern nicht erörtert würden, sondern den Wunsch ausgesprochen, daß die Statistik der Generalkommission in der „Neuen Zeit“ bearbeitet werden möge. (Hänisch: Tun Sie es doch!) Nein, Sie sind der Versüßener dazu. (Heiterkeit!) Es hat mir durchaus ferngelegen, den Genossen Fischer zu betöhlen. Ich habe nur eine Stelle aus seinem Artikel angeführt, die meines Erachtens in freistem Gegensatz zur gewerkschaftlichen Auffassung steht. Dann ist der Genosse Fleißner als praktischer Gewerkschaftler angeführt worden. Dieser Genosse ist, wie mir gesagt wird, seit längerer Zeit nicht mehr Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes und überhaupt nicht gewerkschaftlich tätig. Aber das sind ja alles Streitereien um müßige Dinge. Daß die „Neue Zeit“ keine gewerkschaftlichen Artikel bringe, habe ich gar nicht behauptet.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber feinerer Verantwortung.

Theater.

Freitag, 22. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Kistlerfinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Wenn wir ältern. Die Romantischen.
Neues. Ein Sommernachtstraum. Wesen. Der Opernball.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Nora.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel'sches Theater.) Der G'wissenswurm.
Lesing. Hga.
Kentral. Die Geisha.
Kleines. Gidalla.
Schauspielhaus. Der Jahrmart in Pulanitz.
Refidens. Die Höhle des Löwen. Trionon. Das Ende der Liebe. Thalia. So früh um fünf! Carl Weich. Der Schamfeger wider Willen.
Belle-Alliance. Ben Mi Dep. Sufien. Wilhelm Tell.
Deutsch-Amerikanisches. Über, Herr Herzog!
Kafkas. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf — ins Metropol!
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnsfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Kote Fuller. Spezialitäten.
Folies Caprice. Soll und Haben. Nach dem Zapfenstreich.
Passage. Gold! Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 103.
Joël's Traum!
Im Restaurationsaal:
„D'Kochelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Saenen.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN.
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater.
Präzise 8 Uhr
zum 14. Male:
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. x MIB Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Joseph x Massary x Frid-Frid Steidl x Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ein Sommernachtstraum.

Sonnabend u. folgende Tage:

Ein Sommernachtstraum.

Heute abend 8 Uhr:

Nachtsyl.

Sonnabend: Der zerbrochene Krug. Vorher: Die Laune des Verliebten. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Hierauf: Angela. Abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Vorher: Die Laune des Verliebten. Montag Nachtsyl. Dienstag zum 1. Male: Gidalla. Schauspiel in 5 Akten v. F. Wedekind.

Kasino-Theater

Lotzbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Der Adelsnarr.

Vorher: Die Zauberorgel von Offenbach. Original Rumbler Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Serdan. Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trionon-Theater.

Heute und folgende Tage: Das Ende der Liebe. Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco. Deutsch von Otto Henschel. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Gastspiel Adalbert Matkowsky.

Wilhelm Tell.

Sonnabend: Kinder der Erzählung. Sonntag nachm.: Hiesco. Abends: Lumpenkindel. Montag: Der jüngste Leutnant.

Apollo-Theater.

Täglich: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel. Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober ex.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Tengel-Tangel u. Luftballon Grigolatis zu bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr zum 1. Male: Jahrmart in Pulanitz.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. W. Hennequin und V. Bihand. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Selos Kammerzole.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. W. Hennequin und V. Bihand. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Selos Kammerzole.

Recantw, Redakteur: Heinrich Wegter, Groß-Richterfelde. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.

Urania

Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 103.

Joël's Traum!

Im Restaurationsaal: „D'Kochelsee'r.“ Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Saenen.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN.

Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr zum 14. Male: !Auf — in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x MIB Clifford a. D. Bender x Giampietro Joseph x Massary x Frid-Frid Steidl x Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Das Eröffnungs-Programm ist die Sensation Berlins. 16 Debüts international. Künstler. Premiere Sonnabend, d. 30. Sept. abends 8 Uhr. Volkstümliche Preise.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Der Weltumsegler wider Willen. Anfang 8 Uhr. Morgen: Gastspiel der Frau Dir. Cornelia v. Hoftheater in Petersburg und Paula Wör vom Hoftheater in Wienburg: Kabale und Liebe. Sonntag abends 8 Uhr: Der Weltumsegler wider Willen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. OHL. Brunnstr. 16. Lumpenmüllers Stieschen. Schauspiel in 4 Akten nach F. Heimburg gleichnamigen Roman in der Gartenlaube von Hugo Dufse. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Sonnabend: Keine Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz. Täglich in den unteren Sälen: Gottschalk-Konzert. Regelmäßig noch frei.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85. Neues Programm. Kolossaler Erfolg von Eine Berliner Range. Posse mit Gesang. 16 Spezialitäten-Nummern.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Wochenl. 5 Uhr.

Poldi Augustin

die festsche Soubrette.

Herr Tacianu

Damen-Imitator. Das glänzende September-Programm.

Per Rohrpost

u. a. m. Schwank. Familienarten sind in allen Gärten, Feiern u. Zigarren-gesellschaften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Abnormitäten-Theater

Münstr. 16. Jocki Tocki the Elastic Skin Man, der Mensch mit der Gummihaut. Mne-Mao-Mai ??? Entree 20 Pf.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4. Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 35 aristokratischen Intern. Spezialitäten. Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.

Eigene Tischlerei. (43182*) NW., Turmstr. 45. Eigene Werkstatt.

6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt) Sonnabend, den 23. September 1905, in den Gesamträumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 9:

Grosser Kunst-Abend

unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters. Dirigent: H. Fischer. Gesang ausgeführt von Frau Klara Urlau und Herrn Otto Kowalski. Rezitation des Herrn Max Laurence. Eröffnung 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Nach dem Konzert: TANZ. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Das Komitee.

Zirkus Busch.

Zum 2. Male: Mexiko. Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzlerleben. Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Berthold-Foellmi. Tänze vom italienischen Hofballettmeister Ottavi. Musik vom Kapellmeister Taubert. Zum 1. Male in Europa: Die Helden vom Yala u. Port Arthur in ihren militärischen Exerzitien. Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armes des Mikado. Vier Socurs Athletas. Fri. M. Mohrke, Schulleiterin, und die vorzüglichsten Gala-Programmnummern.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Köpenickerstraße 67/68. Neb. Abends 8 Uhr, Schiffs. Ab. Philipp. Der erste Schlager der Saison. Aber Herr Herzog. Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm. Löie Fuller die berühmte Phantasietänzerin. Louise Blot Pariser Sängerin. 4 Lockens amerik. Gymnastiker. Sisters Gasch Akrobatinnen. Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen. Bedini und Artur amerikanische Exzentriks. Die mysteriösen Husaren. Die Trombetta italien. Duett. Paul Spadolni Kraft-Jongleur. „In Japan“ Ballett-Überschmitten. Tina Clementa Pferd- und Hundedressur. Der Biograph.

Sanssouci

Kottbuscherstr. 4a. Direkt.: W. Reimer. Sonnt. Mont. Donnerst.: Im glänzenden renov. und elektr. beleucht. Stadtheater. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tonkünstlerinnen. Sonntag Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr. Dienstag und Mittwoch: Pöwe-Ensemble. Die Waiss aus Lowood. Kabale und Liebe.

Abnormitäten-Theater

Münstr. 16. Jocki Tocki the Elastic Skin Man, der Mensch mit der Gummihaut. Mne-Mao-Mai ??? Entree 20 Pf.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4. Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 35 aristokratischen Intern. Spezialitäten. Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.

Eigene Tischlerei. (43182*) NW., Turmstr. 45. Eigene Werkstatt.

Zirkus Albert Schumann

Abends präzis 7 1/2 Uhr: Das Entfaltung-Programm, u. a.: Neue Reiter-sportspiele, 1. Das Fahnen-spiel, 2. Die Kaskaden-Rutschbahn, von Reitern ausgeführt. Neu! Damen-Ringkampf in d. Luft ausgeführt von 12 fischen Amerikanerinnen und Engländerinnen. Neu und wirklich sensationell! Einen halben Saltomortale schlagendes Pferd. Neu! Größte Truppe der Gegenwart: 40 Russen 40 unter Leitung von Masina Slawianska. Neue und absolute Seherwürdigkeit! Wirklich phänomenal! Neu! Vor- und Rückwärts-Saltomortale mit dem Zweirad, ausgeführt von John u. Louis Boller. Neu! Les Romanis. Neu! Sim-Bom. Neu! The Wally-Hosto. Ferner die großartigen neuen Spezialitäten u. Dr. M. Schumanns neue Reiter-sportspiele. Sonntag: 2 Vorst. nachm. 3 1/2 Uhr (sein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Bereine.

Abend noch Sonnabende und Sonntags Saal mit Bühne zu vergeben. (* Eberts Neud. Ringhaus, Kommandantenstr. 72. (Amt 1. 3651.)

Ein Riesenposten Mocketplüsch

130 Cmt. 4 Meter, von 4,85 breit, 2 Meter, Mk. 4, an haltbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig! Proben franco. Teppichhaus Emil Lefèvre, BERLIN S. Oranienstr. 158.

Was ist Heilsprudel?

Heilsprudel wird ein neuer Zelterwasser- und Limonaden-Automat genannt, welcher, an eine Wasserleitung angeschlossen, selbstständig kohlensäures Wasser herstellt und dieses gegen Einwirkung einer Wunde, allein oder auf Wunsch mit verschiedenen Fruchtarten vermischt, abgibt. Herstellungspreis für kohlensäures Wasser 1/2 Pf., für Limonade 2 Pf. pro Glas.

Kolossaler Erfolg der Technik

auf dem Gebiete der Herstellung alkoholfreier Getränke. Der Automat darf in keiner Arbeitsstätte, Kantine, in keinem Theaterlokal, Wirtshaus, Langloale, öffentlichen Garten, Variété, Café, Bahnhofs, Zeltveranda, Schiffe, Kranenhaus etc. fehlen. In königl. Eisenbahnbetriebswerkstätten und großen Warenhäusern seit Monaten mit großem Erfolge eingeführt und bei dem Publikum und Arbeiter sehr beliebt.

Ergehene Einladung

an Behörden, Fabrikbesitzer, Arbeiterorganisationen, Vorsteher von Wohlfahrts-Einrichtungen, sowie für alle anderen Interessenten zur Besichtigung des in seinen Leistungen überraschenden Automaten bis einschließl. den 24. September d. J. auf der Ausstellung der Kaiserl. Reichs-Lands, Köpenickerstraße (Keller's Festhalle).

Nähere Auskunft erteilen bereitwilligst: M. Engel, Berlin NW. 52, Calvinstraße No. 8, General-Representant und J. Krain & Co., Köln, General-Vertriebsstelle.

Notiz! Kaputtkräftige Unternehmer gesucht. Hohe Gewinnschancen bei Gründung von Gesellschaften.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: 8 Uhr, 8 1/2 Uhr, 9 Uhr.

Pre-Ussina Zigarren

überall käuflich. Für Wiederverkäufer zu haben bei 42922* H. Preuss, Zigarren- u. Tabak-Fabrik und Engros-Lager. Bekannte, billigste u. reellste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. Neuablieferungen unter besten Bedingungen und sachmännlicher Anleitung. Tel.: III. 6949.

Ohne 1 Pfennig Kosten

erhalten Sie Probe von Pascoes Verdauungs-tee-Familientee. Wer an Verdauungsstörungen leidet oder mit Unregelmäßigkeit zu tun hat, oder mit Hämorrhoiden geplagt ist, sende mir per Postkarte seine Adresse. Porto für Postkarte wird vergütet. A. F. H. Pascoe, Fabrik Chem.-pharm. Präparate.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Singer bittet um die Erledigung einer geschäftlichen Frage. Verschiedene Gäste des Parteitages haben sich mit der Bitte, das Wort zu erhalten, an mich gewendet, weil Citate aus Artikeln von ihnen, oder Äußerungen von ihnen hier erwähnt worden sind. Ich habe das abgelehnt, weil ich es für unzulässig halte, wenn außerhalb des Parteitages stehende Personen hier das Wort erhalten. Um aber jede Möglichkeit für die Behauptung zu nehmen, diese Entscheidung sei aus unpolitischen Motiven erfolgt, möchte ich, daß der Parteitag entscheidet. Lassen Sie mich nur kurz auf die Konsequenzen hinweisen, die es hat, wenn Äußerungen hier das Wort erhalten. Es ist ganz selbstverständlich, daß in den Debatten hier auf Artikel und Präparanden Dritter Bezug genommen wird. Es würde aber zu unabwehrbaren Konsequenzen führen, wenn diejenigen Nichtdelegierten, die sich als Gäste zufällig hier befinden, das Wort erhalten sollen, weil sie erwähnt worden sind. Das würde die Debatten nicht nur verlängern, sondern eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Parteitages fast unmöglich machen. Der Parteitag muß sich hier von einer gewissen Sentimentalität freimachen, die dazu berührt, sich zu sagen: Hier ist jemand angegriffen worden, er muß auch antworten können. Eine solche Kritik Dritter kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Generalstreik, noch häufiger werden. Wird Dritten das Wort gegeben, so halte ich die Erledigung unserer Aufgaben für ausgeschlossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Heine-Berlin wendet sich gegen diesen Antrag. Ich vermute, daß es sich vor allem um den Genossen Friedberg handelt. Er will zum Generalstreik reden. In seinem Interesse, da er im dritten Berliner Wahlkreis organisiert ist, bitte ich nicht generell zu beschließen, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden. Wir haben ja auch schon Präzedenzfälle auf früheren Parteitagen gehabt. So ist in Stuttgart dem Genossen Kardus, der nicht Delegierter war, das Wort erteilt worden, nicht, weil er angegriffen war, sondern weil er andere Leute angreifen wollte.

Bebel-Berlin bittet um Zustimmung zum Vorschlag Singers. Sie haben gehört, daß für Friedberg eine besondere Würd geboten werden soll. Das geht nicht an. (Zustimmung.) Es handelt sich hier um drei Genossen, die aus Interesse für den Gegenstand anwesend sind und deren Namen hier genannt wurden. Es ist ja gewiß unangenehm, nicht antworten zu können. Ich habe einem davon, der sich an mich gewendet hat, gesagt, wenden Sie sich, bitte, an den Referenten oder sehen Sie die Rednerliste nach, ob jemand eingetragen ist, der Ihrer Auffassung besonders nahe steht, und lassen Sie durch ihn eine Erklärung in Ihrem Sinne abgeben. Es ist auf Friedberg hingewiesen. Sein Wahlkreis konnte und mußte wissen, daß Friedberg hier in den Kreis der Erörterung gezogen wird, er konnte also aus der Lokalität heraus, die man jetzt dem Parteitag zumutet, Friedberg delegieren. (Sehr richtig!) Das hat er nicht getan, ich weiß nicht, warum, es ist auch gleichgültig. Ich bitte Sie, dem Vorschlag von Singer zuzustimmen.

Legien: Ich erkenne die Gründe von Bebel und Singer vollkommen an und würde es auch für verfehlt halten, Nichtdelegierte ohne weiteres zur Diskussion zuzulassen. Ich bitte Sie aber doch, entsprechend dem Vorschlag von Heine von Fall zu Fall zu beschließen. Es kann doch vorkommen, daß durch Äußerungen, die hier fallen, die Parteizugehörigkeit eines Genossen in Frage gestellt wird. Eine solche Äußerung kommt ins Protokoll und bleibt unumwiderrufen. So sind z. B. die Ausführungen von Kieger geeignet, die Parteizugehörigkeit von Bringmann in Frage zu stellen. Ich würde in diesem speziellen Fall vorschlagen, Bringmann am Schluß der Debatte zu einer persönlichen Erklärung das Wort zu erteilen.

Bebel: Würden wir von Fall zu Fall entscheiden, so könnte ein Gefühl der Ungerechtigkeit erzeugt werden. (Sehr richtig!) Die in Betracht kommenden Genossen können ja durch eine schriftliche Erklärung beim Bureau oder durch Vermittlung des Referenten bzw. eines Redners Behauptungen richtig stellen.

Singer: Da einmal Namen genannt sind, brauche ich sie auch nicht zu verschweigen. Es sind Reichel vom Metallarbeiter-Verband und Bringmann von den Zimmerern, die mich gefragt haben. Ich habe gesagt: es tut mir leid, das Wort kann euch nicht gegeben werden, aber bitte, teilt das, was ihr zu sagen habt, dem Bureau mit, ich werde dafür sorgen, daß das Bureau das als Mitteilung an den Parteitag bekannt gibt. Es ist also niemandem verwehrt, eine Behauptung richtig zu stellen. Wir bekommen ja auch von außerhalb Mitteilungen, die jedesmal bekannt gemacht werden.

Legien: Dann möchte ich zum mindesten doch bitten, daß etwaige Erklärungen wörtlich ins Protokoll kommen.

Singer: Diefem Wunsch wird nichts entgegenstehen. Alle Mitteilungen an den Parteitag werden, wenn sie wichtig sind, wörtlich ins Protokoll aufgenommen.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte. Der Parteitag beschließt, daß nur auf Grund des Organisationsstatus berechtigte Teilnehmer das Wort erhalten. Nach Verkündung einiger Begrüßungstelegramme tritt die Mittagspause ein.

Rachmittagsstimmung.

8 Uhr. Leber führt den Vorsitz.

Einige Begrüßungstelegramme werden verlesen. Der Vorsitzende teilt mit, daß beantragt ist, den Antrag 143 dem Parteivorstande als Material zu überweisen. Die Debatte über die Waisfeier wird fortgesetzt.

Silberschmidt-Berlin:

Aus der Waisfeierdebatte ist eine solche über Partei und Gewerkschaften geworden. Ueber die Grundzüge und Aufgaben der heutigen Gewerkschaften herrscht volle Einigkeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Es herrscht volle Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften darüber, daß bei der Prüfung über die Voraussetzungen eines jeden Streiks und seine Durchführbarkeit die größte Vorsicht obwalten muß. Es gibt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß das Unterstützungswesen ein durchaus zweckmäßiges Mittel zum Festhalten und zur Erziehung der Gewerkschaftsmittel ist, daß der Abschluß von Tarifen durchaus vernünftig und sachgemäß ist. Ueber die Neutralität der Gewerkschaften bestehen ja sehr verschiedene Auffassungen, aber über die Sache selbst herrscht auch hier Einigkeit, und die Gegensätze, die dabei in den Gewerkschaften bestehen, sind auch innerhalb der Partei vorhanden. Die Zahl der Gewerkschaftsführer, die es mit Simon bedauern, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr als Rekrutenschulen für die Partei betrachten, ist sehr klein geworden. Heute ist die Anschauung abgeändert, daß es zunächst die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nun wird über das Schwimmen des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften gellacht. Nehmen Sie doch die Dinge wie sie sind! Haben nicht die Gewerkschaften täglich und stündlich den reinen, puren Klassenkampf gekämpft, haben sie nicht bis ins letzte Dorf den Samen des Sozialismus getragen? (Zustimmung.) Welcher Geist herrscht in der Presse namentlich der großen Verbände? Unausgeseht wird auch die sozialistische Gedankenwelt propagiert. (Zuruf: Vergarbringer-Zeitung!) Einzelne Gewerkschaftsblätter mögen diese Aufgabe nicht immer erfüllen, aber das sind Ausnahmen. Und schlagen Sie doch mal an Ihre Brust und prüfen, ob Sie in Bezug auf den Ausbau der Organisation nicht auch hier und da gesündigt haben! Ich habe es bisher immer für die Aufgabe der Gewerkschaften gehalten, für die Partei zu agitieren, aber ich habe in manchen Orten schwer bemerkt, daß dieselbe intensive Agitation von der Partei für die Gewerkschaften betrieben wird.

Den hohen idealen Wert der Waisfeier verkennen die Gewerkschaften durchaus nicht, leider aber haben wir es trotz aller Agitation nicht dahin gebracht, daß in absehbarer Zeit die Arbeitsruhe allgemein durchgeführt werden kann. Der Streit geht nicht um die Waisfeier selbst, sondern um die Form der Feier. Daß nur Gewerkschaftsführer Zweifel an der Durchführbarkeit der Arbeitsruhe hätten, ist falsch. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder teilt diese Zweifel. Ich bin ferner ermächtigt zu erklären, daß die ganze schließliche Parteiorganisation die Beilegung der Arbeitsruhe wünscht. Die Geldfrage ist für uns in zweiter oder letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwicklung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden so und so viele Arbeiter auf die Straße gesetzt und es dauert zwei, drei, vier Jahre, bis die dadurch entstandenen Lücken ausgefüllt sind. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Waisfeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Waisfeier zwingt uns, zu ganz bestimmten Zeitpunkten uns auf Lohnbewegungen einzulassen; die Unternehmer können sich darauf vorbereiten und unsere Aufgabe ist uns erschwert. Wir wünschen den Frieden und in der Voraussicht, daß uns keine Konflikte aufgezwungen werden, hat die Generalkommission beschlossen, die Frage bis zum nächsten internationalen Kongreß zu vertagen. Sorgen Sie nun, aber auch dafür, daß wir nicht zum Kampfe genötigt werden. (Dro!-Rufe. Zustimmung.)

Legien-Berlin:

Die Diskussion der Waisfeierfrage ist auf Gebiete gedrängt worden, die eigentlich nichts damit zu tun haben; es sind hineingezogen worden die Neutralitätsfrage der Gewerkschaften, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei, das Verhältnis der Parteipresse, insbesondere der „Neuen Zeit“ zu den Gewerkschaften und schließlich auch die revolutionäre Zukunft, die vom Osten kommt. Ein Ding der Unmöglichkeit, etwa in zehn Minuten auf all die angechnittenen Fragen, soweit sie die Gewerkschaften betreffen, zu antworten. Ich muß mich also ausschließlich auf die Frage der Waisfeier beschränken. Ich lege dabei voraus, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung diese Frage gleichfalls eine Rolle spielen und man dann Gelegenheit finden wird, sie eingehender zu erörtern. — Ich will gleich an die Ausführungen Silber Schmidts anknüpfen. Er sagte, es sind nicht prinzipielle Gegensätze, die einen Teil der Gewerkschaftsvertreter nötigen, sich gegen diese Form der Waisfeier durch Arbeitsruhe zu wenden, sondern Fragen der Taktik. Er wollte ausführen und wurde dabei unterbrochen, daß die Gewerkschaften die größte Dummheit begehen würden, wenn sie den Unternehmern den Zeitpunkt zu bestimmen überließen, wann sie angreifen wollen. Das ist das, was wir durch die Waisfeier, wenn wir sie durch Arbeitsruhe begehen und einen energischen Druck dahinter setzen wollen, daß die Arbeitsruhe um sich greift — das ist es, was die Gewerkschaften damit tun würden. Wir würden tatsächlich Jahr für Jahr den Unternehmern den Zeitpunkt von vornherein bestimmen, wo sie in der Lage sind, unsere Organisationen anzugreifen. — Nun vergessen Sie eins nicht. Ich rechne bestimmt darauf, daß wir einmal dazu kommen werden, die Waisfeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Es ist ja schon ein ganz falsches gewähltes Wort, wenn man immer von einer Waisfeier spricht. Zum Feiern haben wir heute noch gar keine Ursache, so stehen die Dinge noch lange nicht. Es handelt sich vielmehr um eine Demonstration. Demonstrieren wollen wir für Forderungen, die wir an die herrschende Klasse stellen. Also um Maidemonstration, nicht um Waisfeier handelt es sich. Dieses falsche gewählte Wort zeigt schon, daß die ganze Auffassung sich in falschen Bahnen befindet. Ich bin fest überzeugt, wir kommen in Deutschland dazu, auch international dazu, die Maidemonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Wenn sie aber durch Arbeitsruhe begangen werden soll, so sind es einzig und allein die Gewerkschaftsorganisationen, die die Träger dieser Bewegung sein können. Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen — ich glaube, ich brauche vor Ihnen das nicht näher darzulegen — wird es nicht möglich sein, die Arbeitsruhe einmal durchzuführen und wenn Sie nun durch dieses fortgesetzte Drängen gegenüber den Gewerkschaften darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr zu einem ihnen ungeliebten Zeitpunkt in den Kampf gedrängt werden, so bedeutet das eine Schwächung dieser Organisationen, eine Verflärkung der Kraft des Unternehmertums. (Widerpruch.) Ja, Genosse Vorgmann, daran ist nicht zu denken und zu denken. Die Dinge liegen einmal so, sobald wir ernstlich den Versuch machen, die Arbeitsruhe durchzuführen. Es ist eben eine Halbheit, die sich hier zeigt, wenn eine Reihe von Genossen ausgeführt haben: Wenn die Demonstration am 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen, sondern auf den Abend verlegt werden soll, dann solle sie überhaupt fallen gelassen werden. Ja, wenn Sie auf diesem Standpunkte stehen, dann bitte, beschließen Sie hier strikte Arbeitsruhe, erklären Sie es als Pflicht jedes Parteigenossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ein Drittes gibt es nicht, entweder die Verpflichtung wird allen auferlegt oder Sie müssen die Art der Demonstration so gestalten, daß die Masse der Arbeiterkraft an ihr teilnehmen kann. Nun werden Sie selbstverständlich erklären, das ist unmöglich, wir können unmöglich die Parteigenossen verpflichten, am 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu demonstrieren. Das weiß ich genau wie Sie. Und weil wir das nicht können, so soll man von der Halbheit lassen, sondern soll die Demonstration so gestalten, wie sie heute durchführbar ist. Es ist aber das Gefühl, daß man etwas, was man gern durchführen möchte, in der gegebenen Situation nicht durchführen kann, was diesen ganzen so leidenschaftlich geführten Streit herbeiführt. Man will eben die Waisfeier zu einer Prinzipienfrage machen. Das ist es aber nicht, sie ist vielmehr ebenso eine Frage der Taktik wie zum Beispiel die Frage der Teilnahme an den Wahlen zum Parlamentarismus. Wenn man sie von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Demonstration so gehandhabt werden muß, wie sie durchgeführt werden kann. Es handelt sich, wie gesagt, bei der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter keineswegs um eine Vereitelung der Maidemonstration. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die die Demonstration auf die Abendveranstaltungen verlegen wollen, wollen nicht eine Herabminderung dieser Demonstration, sondern eine Verstärkung derselben. Wenn hier von Genossin Rieh und anderen behauptet worden ist, die Demonstration durch Arbeitsruhe hätte an Umfang gewonnen, so ist das nur bedingungsweise wahr. Gewiß ist die Zahl der durch Arbeitsruhe Demonstrierenden im letzten Jahre noch gewachsen, aber steht denn dieses Wachstum im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und insbesondere zum Anwachsen der Gewerkschaftsorganisationen? Stehen die einige tausend Feiernende mehr im Verhältnis zu den drei Millionen Stimmen der Partei und zu den 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern? (Zuruf: Weil dagegen gearbeitet wird!) O nein, Genosse Silbermann, wenn dies Gefühl vorhanden wäre bei der Arbeiterkraft, dann wäre jedes Gegenarbeiten vergeblich. Genau so verhält es sich mit der Behauptung, die Masse der Gewerkschaften ständen nicht hinter ihren Vertretern auf dem Kölner Kongreß. Wenn das wirklich der Fall wäre, so wären sie nicht mehr in ihrer Stellung. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es ist bedauerlich, daß diese wichtige Frage in so kurzer Zeit erledigt werden muß. Auf die andere Frage hoffe ich bei anderer Gelegenheit eingehen zu können.

Hering-Flensburg:

Wenn der Vorredner sagt, die Frage der Waisfeier sei für ihn keine Prinzipienfrage, so hat er damit gerade dem Gegenteil zu dem großen Masse Ausdruck gegeben, denn diejenigen, die die Waisfeier mit ihrem revolutionären Gefühl und nicht mit dem Geldbeutel begehren, betrachten sie als Selbstzweck, für sie ist die Waisfeier gewissermaßen ein Symbol. Man spricht von einem Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaftsführer; gewiß, wobei dem Gewerkschaftsführer, der kein Verantwortlichkeitsgefühl hat, aber haben sie nicht auch nach der anderen Seite hin ein Verantwortlichkeitsgefühl, sind sie nicht auch verpflichtet, ihre Mitglieder mit revolutionärem Geist zu erfüllen? Wenn man die Waisfeier nur vom Standpunkte des Geldsackes aus betrachtet, dann brauchen wir nicht solche Gewerkschaftsführer, dann könnten wir den ersten besten preussischen Militärwärter dazu nehmen, der Rechnen gelernt hat. — Es ist ein Trauerspiel, daß es angesichts der heutigen ernstlichen Verhältnisse fortwährend Genossen es geschieht und überlegt verstehen, für eine schlechte Sache einzutreten. Der Antrag 79 ist in der Form am radikalsten, aber die Urheber des Antrages hatten nur das Bestreben, der Waisfeier den Garaus zu machen. Man muß sich wundern, daß so etwas passieren kann. Genosse Schmidt berief sich heute früh auf Liebnechts Äußerungen über die englischen Gewerkschaften. In Wirklichkeit hat Liebnecht verlangt, die deutschen Arbeiter müßten dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften so ausgebaut werden wie die englischen, aber andererseits müßte auch dafür gesorgt werden, daß die englischen Organisationen von demselben revolutionären Geist erfüllt werden wie die deutschen Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Man vertritt uns auf den nächsten internationalen Kongreß. Über glauben Sie denn, daß die deutschen Arbeiter noch zur Waisfeier gehen können in dem Gefühl, daß unter Umständen auf dem nächsten internationalen Kongreß der Waisfeier der Todesstoß verlegt werden soll? Da ist doch begrifflich, daß selbst der begehrteste Anhänger der Waisfeier die Lust verlieren kann. Man verweist uns auf die Abendveranstaltungen. Nun, die Waisfeier, die Kasse-Feier waren Abendveranstaltungen, aber wo sind sie geblieben? In den Neutralitätsbegriff legt man heute einen ganz falschen Sinn, mir ist jeder Kollege willkommen, der bestrebt ist, mit uns zu kämpfen, aber andererseits ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nur dann ihr Ziel erreichen können, wenn sie in dem alten Geiste erzogen werden, nicht aber, wenn man Stegmüllerei in sie hineinträgt. (Beifall.)

Hüttmann-Frankfurt a. M.:

Mit der Resolution sind wir wohl alle einverstanden, und trotzdem werden die Debatten so leidenschaftlich geführt, daß man sich wundern muß. Zugegeben muß werden, daß auf dem Kölner Kongreß einige Äußerungen gefallen sind, die zur Aufklärung verdienen. Das ist aber bereits auf dem Gewerkschaftskongreß selber geschehen, z. B. Bringmann gegenüber. Wohin geraten wir dann, wenn hier immer Äußerungen gegen Äußerungen ausgespielt werden! Vergessen wir doch nicht, daß sich die Verhältnisse seit 1890 verschoben haben. 1890 waren die Gewerkschaften außerordentlich schwach und auf die Durchführung der Waisfeier hatten sie sehr geringen Einfluß. Im Laufe der Jahre sind die Gewerkschaften sehr erstarbt und damit auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Da liegt der Schwerpunkt. Wären die Gewerkschaften heute noch so schwach wie 1890, so würden wir uns gar nicht über die Waisfeier streiten, da die einzelnen Personen dann keine Verantwortung träge. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Teilnahme an der Maidemonstration durchaus nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Gewerkschaften gewachsen sind. Wir dürfen nicht immer bloß auf die Lichtseiten, wir müssen auch auf die Schattenseiten dieser Demonstration hinweisen. Wenn es infolge der Waisfeier zu einer größeren Ansparung kommt, dann würde es auch in Parteikreisen heißen, die Leute hätten vorzüglicher sein müssen.

Stubbe-Hamburg:

Nicht mit Unrecht hat Legien gesagt, daß wir nicht eine Waisfeier, sondern eine allgemeine Gewerkschaftsdebatte führen; daran trägt aber ausschließlich Robert Schmidt die Schuld, der die Diskussion ganz verhedden hat. Welchen Zweck verfolgt er denn mit seinen Citaten als den, einigen Genossen eins auszuweisen. Dabei hat er Behauptungen aufgestellt, die unrichtig sind, obwohl er es besser wissen möchte. Es muß ihm doch bekannt sein, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes es dem Genossen Klotz außerordentlich schwer gemacht hat, sein Mandat beizubehalten. Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses muß das wissen. Er hat auch persönlich dagegen gewirkt, aber der Vorstand verlangte von Klotz die Niederlegung seines Mandats. Es dürfte auch Schmidt nicht unbekannt sein, daß das Regulative des Holzarbeiter-Verbandes bestimmt, die Gewerkschaften hätten ihre volle Arbeitskraft nur dem Verbands zu widmen. (Hört! hört!) Das bedeutet eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß steht es freilich nicht so, aber es ist so. Ich von den einzelnen Gewerkschaftsführern nicht systematisch gegen die Waisfeier Stimmung gemacht worden, zunächst auf dem Wege der Kleinarbeit, im kleinen Kreise? Es ist ja ganz unverständlich, daß einzelne Gewerkschaftsblätter vor dem ersten Mai für die Arbeitsruhe eintreten und nachher hüftisch darüber herfallen. So schreibt der „Zimmerer“, ähnlich andere Gewerkschaftsblätter: „Zu ihren Verteidigern haben wir uns zwar noch nicht geäußert und fühlen wir uns auch in Zukunft nicht. Aber wir haben ihr, wie unsere alljährliche Nummer zeigt, das Poineur nicht verweigert, wie es auch die Parteipresse immer nur gemacht hat, und wir gedenken das auch in Zukunft zu tun.“ Ich möchte fragen, wo denn die Parteipresse der Waisfeier nur Poineurs erwiesen hat? Seit Jahren will ein Teil der Gewerkschaftsführer von der Waisfeier nichts mehr wissen. Vor Amsterdam und Köln fand die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt; warum hat Schmidt dort nicht seine Ansichten über die Waisfeier entwickelt, dann hätten die deutschen Holzarbeiter dort Stellung nehmen können. Nachher hat auch nicht eine Holzarbeiter-Versammlung erklärt, daß sie mit dieser Haltung einverstanden sei (Zuruf: Zwei Drittel). In Amsterdam hatte der Holzarbeiter-Verband drei Vertreter. Zwei waren für das Aufgeben der Waisfeier, nur Kollege Köcke war dagegen. Da stimmt es mit den zwei Dritteln. Aber die Stimmung in den Kreisen der Holzarbeiter ist anders. Das beweist die Depesche der Berliner Kollegen nach Amsterdam und die Beschlüsse mehrerer Holzarbeiter-Versammlungen. Wenn man sagt, daß die Gewerkschaften schon große finanzielle Opfer für die Waisfeier gebracht haben, so ist die Summe nicht so groß als die Summen, die anfangs der 90er Jahre bei den Kollegen, die am ersten Mai arbeiteten, mit dem Allgegenwärtigen für die Gewerkschaften und für die Opfer der Maidemonstration aufgebracht worden sind. Persönliche Opfer sind natürlich auch gebracht worden, aber einen Kampf ohne Opfer können wir nicht führen. Man hat gegen einzelne Parteipresseblätter den Vorwurf nicht mit Unrecht erhoben, daß sie in ungeschicklicher Weise gegen den Kölner Kongreß polemisiert hätten. Aber hören Sie einmal wie ein Gewerkschaftsblatt sich äußert. Ich wundere mich nur, daß unsere

Presse die Stelle entgangen ist: „Heute den Gewerkschaften politische Aufgaben zuzuwenden, ihnen eine vom politischen Parteistandpunkt distanzierte Taktik aufzuzurechnen, hieße nicht etwa die Partei aus dem politischen Sumpf heraus, sondern die Gewerkschaften mit in den politischen Sumpf hineinzuziehen. Wenn das ein Teil unserer schreibenden Parteigenossen nicht begreifen kann oder will, so tut uns das natürlich sehr leid.“ Leuten, die so etwas schreiben, sollte gehörig auf die Finger geklopft werden. (Pravda!)

v. Elm:

Meine Erklärung in den „Soz. Monatsheften“, daß die Gefahr besteht, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in die Bahnen der englischen einlenke, ist hier heute morgen so viel und so lobend erwähnt worden von einer Seite, von der ich sonst nur Schelte gewohnt bin, daß mir bei dem vielen Lob ganz unheimlich zumute geworden ist. (Heiterkeit.) Ich habe mich keineswegs gemauert, ich habe schon seit Jahren, wo sich irgendwelche Schäden in der Gewerkschaftsbewegung zeigten, wo Unsolidarität zutage trat, dies aufs schärfste geäußert. Ich sehe noch heute in der Gewerkschaftsbewegung etwas mehr als die, die mich heute gelobt haben, ich sehe darin noch heute einen Teil der großen Bewegung, und zwar einen vollberechtigten Teil, nicht nur ein Palliativmittel. Ebenso gut wie die Gewerkschaftsbewegung könnte man unsere parlamentarische Tätigkeit als Palliativmittel bezeichnen. (Sehr richtig!) Ich sehe auch nach wie vor noch auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften, allerdings nicht der Neutralität, die man mir stets und ständig fälschlich untergeschoben hat, daß ich die Gewerkschaften gegen die Partei neutralisieren will, ich will nur die direkte Parteipolitik aus den Gewerkschaften ausschalten, habe aber immer, und zwar zu allererst den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften Politik, daß sie Sozialpolitik treiben müßten. Wenn Vrecoeur meint, mein Standpunkt lasse sich nicht vereinbaren mit dem, was ich bezüglich des sozialistischen Geistes gesagt habe, so erwidere ich, daß wir, wenn wir Sozialpolitik in den Gewerkschaften treiben und das Verhalten der Gegner Neuve passieren lassen, wir unseren Gewerkschaftsmitgliedern getrost selbst die Schlußfolgerungen überlassen können; und wenn wir zeigen, wie bei Streiks nur die sozialdemokratische Presse für die Arbeiter Partei nimmt, so ist auch das genügend, um die Arbeiter zu belehren, daß sie der sozialdemokratischen Presse den Vorzug geben muß. (Sehr richtig!)

Es hat mich ganz besonders gefreut, daß Fischer in so sachlicher Weise die Mafiseierfrage hier erörtert hat, daß er nicht in demselben Ton verfallen ist, der nach dem Gewerkschaftslongreß gegenüber den Gewerkschaftsführern angeschlagen ist. Es hat mich gefreut, daß er nach den sachlichen Urteilen gefordert und nicht die Personen verantwortlich gemacht hat. Ich bin mit ihm einverstanden darin, daß ein gewisser Hang zur Zünfterei in den Gewerkschaften vorhanden ist, aber nicht nur das. Es macht sich vor allem — was ich beklage — von Zeit zu Zeit auch ein gewisser Gewerkschaftsegoismus breit, ein Mangel an solidarischem Empfinden. (Sehr richtig!) Man sieht auf dem Standpunkte: warum soll ich meines Bruders Güter sein, was gehen mich die anderen an? Das habe ich stets bekämpft, weil es sich mit dem sozialistischen Geiste nicht vereinbaren läßt. Nun ist gesagt, es gibt nur ein Entweder und ein Oder, alles andere ist Halbheit, entweder vollständige Arbeitsruhe oder Abendfeier. Legen Sie, die Mafiseier sei allerdings gewachsen, aber sie sei nicht gewachsen im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsbewegung. Das befreite ich. Ich habe gerade in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe kleinerer Orte in Schleswig-Holstein geredet und überall gefunden, daß, wo früher die Mafiseier nie durch Arbeitsruhe begangen ist, die Genossen jetzt mit großer Begeisterung an der Arbeitsruhe hängen und durchaus nicht gewillt sind, sie fallen zu lassen. (Hört! hört!) Heben wir die Arbeitsruhe auf, so nehmen wir der Mafiseier ihren Charakter. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir die Mafiseier beibehalten, wir müssen aber auch die Abendfeier beibehalten, denn wir sind heute noch nicht so weit, daß sämtliche Arbeiter feiern können, und wir müssen auch denen, die arbeiten, den Gedanken der Mafiseier klar machen. Fischer hat auch von einer Unterschätzung der politischen Tätigkeit geredet, die in neuerer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung zutage getreten sei. Das ist ja nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung der Fall, sondern auch in den Kreisen der aktiven Genossen, und wenn das gefehlt ist, so müssen wir uns einmal fragen, ob da nicht auch auf unserer Seite ein Teil Schuld vorhanden ist. Wir haben bei der letzten Wahl 3 Millionen Stimmen bekommen, wir sind kolossal stolz darauf gewesen, es sind überschwängliche Artikel darüber geschrieben worden. Dann kam Dresden. Statt dort in ruhiger sachlicher Weise unsere Taktik zu bestimmen, boten wir der Welt ein Bild der Selbstzerfleischung. Da ist so viel über die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit geredet, und so geringschätzig von der radikalsten Seite darüber gesprochen worden, daß man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn in weiten Arbeiterkreisen das Verständnis für diese Tätigkeit allmählich im Sinken begriffen ist. Ich habe vorgeschlagen, man solle dahin wirken, daß Partei und Gewerkschaften zusammen tätig sind auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Nichts hat heute diesen Vorschlag aufgenommen, und auch Kautsky hat sympathisiert damit. Ob Sie demselben Ihre Zustimmung geben werden, frage ich Sie. In irgend einer Form ist das möglich. Die Form soll uns wenig kümmern. Wenn wir nur diese Mitwirkung der Gewerkschaften in sozialpolitischen Fragen wollen, so wird sich über die Form sehr leicht reden lassen. Das würde die volle Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Andernfalls würden wir stets und ständig wieder in Differenzen geraten. Einmal wird es sich noch zeigen, daß der Geist, der in der Mafiseier steckt, daß der sozialistische Geist mächtiger ist wie alle Tendenzen, die darauf hinwirken, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen. Aber heute ist unsere Entwicklung noch nicht abgeschlossen, die Weltgeschichte geht weiter, und wenn wir nicht einen Weg finden, der für die Dauer solche Gegensätze verhindert, so werden wir die Gegensätze in der schärfsten Form haben, und das wird ein Unglück für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sein. (Sehr wahr!) Deshalb bitte ich Sie, einen Weg zu finden, wodurch es ermöglicht wird, daß Partei und Gewerkschaften in Zukunft auf sozialpolitischem Gebiet gemeinsam Hand in Hand arbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Hilg-Dresden:

Es ist nicht wahr, daß Schmidt schuld daran sei, daß die Debatte einen allgemeinen Charakter angenommen hat, das liegt in der Natur der Sache. Ich bezweifle allerdings, daß es eine Vereinerlichung der Debatte war, daß Fischer in seinem Referat die Mafiseier von den zünftlerischen Anwendungen der Buchdrucker aufgenommen hat. Daß die Buchdrucker das Eindringen der Maschinen bekämpfen, ist eine grundsätzliche Auffassung und Fischer hat damit den Unternehmern Waffen geliefert. Die Buchdrucker wehren sich lediglich gegen die verderbenden Wirkungen einer überhöhten Aufnahme der Maschinen. Das ist notwendig und berechtigt. Wenn der Organisation der Buchdrucker nicht schwere Wunden geschlagen werden sollen, dürfen diese Maschinen nicht zu plötzlich eingeführt werden. Die Versuche zur Regelung von Angebot und Nachfrage entspringen auch nicht zünftlerischen Gedanken, sondern stehen mit dem Gedanken des Sozialismus durchaus im Einklange. Das steht für mich fest, daß die Konsequenz der Gewerkschaftsbewegung der Sozialismus sein muß. Die Durchdringung der Arbeiter mit diesem Gedanken ist aber Sache der Partei. Die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter kommt im übrigen ganz von selbst der politischen Bewegung zu gute. Der Resolution stimme ich zu, besonders deswegen, weil sie keinen absoluten Zwang zur Arbeitsruhe enthält.

Luza Luxemburg:

Genosse Schmidt hat mir in seiner persönlichen Bemerkung zunächst den Vorwurf mangelnder Liebenswürdigkeit gemacht. Ich fühle mich sehr petrosen und zornig; zum Glück weiß ich ein Mittel, um dem abzuhelfen und mich zur rechten Liebenswürdigkeit zu erziehen. (Heiterkeit.) Schmidt hat nämlich den Theoretikern den Rat gegeben, in die Gewerkschaften einzutreten. Ich glaube, daß das

für mich in bezug auf meine Liebenswürdigkeit in der Tat gesund wäre. Davon hat mich ein Artikel des Genossen Que, den er in der jüngsten Zeit in der „Vergarbeiter-Zeitung“ hat erscheinen lassen, überzeugt. Es heißt am Schluß dieses Artikels, der als Muster liebenswürdigen Vorleses mit Parteigenossen gelten kann:

„In Russland tobt seit Jahr und Tag der Kampf um die Volksfreiheit. Wir wundern uns schon immer, warum unsere theoretischen Generalkriterien nicht schleunigst nach Russland gehen, um dort praktische Kampferfahrungen zu sammeln und mitzuführen. In Russland blutet die Arbeiterschaft, weshalb eilen insbesondere die aus Russland oder Polen stammenden, jetzt in Deutschland, Frankreich und der Schweiz „revolutionäre“ Artikel schreibenden Theoretiker nicht auf den Kampfplatz? Wer ein solches Liebermahl von „revolutionärer“ Energie bietet, wie unsere systematischen Generalkriterienpropagandisten, für den ist es Zeit, sich im russischen Freiheitskampf praktisch zu beteiligen, statt aus der Sommerfrische Generalstreikdiskussion zu betreiben. Probieren geht über Studieren, darum auf in den russischen Freiheitskampf, ihr „Theoretiker des Klassenkampfes“.“

Und dann sagt der Pastor Raumann in der „Hilfe“: „Diese Worte sind gut! Die internationalen Revolutionäre sollen sagen, weshalb sie jetzt nicht international genug sind, sich nach Warschau zu begeben.“

Also dorthin, wo der Staatsanwalt neulich meinem engeren Parteigenossen Kasprzak zu der höchsten Ehre verholfen hat, die einem Sozialdemokraten erwiesen werden kann, dorthin ladet uns Genosse Que in liebenswürdiger Weise ein. Ich glaube also, ich habe ein Recht zu hoffen, daß ich in den Gewerkschaften nicht nur zur Einsicht über die wahren Grundzüge und die praktische Taktik der Arbeiterbewegung kommen, sondern auch Belehrung über die echte Liebenswürdigkeit des parteigenössischen Tons erhalten werde.

In bezug auf die „Neue Zeit“ habe ich nur noch hinzuzufügen, daß Schmidt einer großen Enttäuschung entgegengeht, wenn er hofft, daß die „Neue Zeit“ so wenig wie möglich von den Arbeitern gelesen werde. Wie Sie wissen, hat schon einmal die schönste Hebe gegen die „Neue Zeit“ stattgefunden und zwar 1903 in München. Welchen Einfluß hat das auf das Gedeihen der „Neuen Zeit“ gehabt? 1903 betrug die Zahl der Abonnenten im 1. Halbjahr 3700, im zweiten 3700, im Jahre 1905 im 1. Halbjahr 4800, im zweiten 5100. (Hört! hört!) Wir sehen also, daß die Attacken der Parteigenossen gegen die „Neue Zeit“ dieselbe Wirkung gehabt haben wie die Attacken der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie überhaupt: wir werden gesund dabei und kriegen rote Waden. (Sehr gut!) Für diejenigen, die die gewöhnliche Verbreitung der wissenschaftlichen Neuheiten nicht kennen, füge ich hinzu, daß die „Neue Zeit“ mit dieser Abonnentenziffer nicht nur nicht hinter den besten bürgerlichen Neuheiten zurücksteht, sondern ihnen sogar voranschreitet, daß dieser Abonnentenstand für eine wissenschaftliche Neuzeit ausgezeichnet genannt werden muß.

Nun noch ein paar Worte zu der Hauptfrage, dem Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei. Genosse Hiltmann meinte, er begreife gar nicht, woher die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer kämen, er könne sich gar nicht denken, daß es Gewerkschaftler gäbe, die nicht mit beiden Füßen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Faktum loquatur. Ich will Ihnen von einigen Flugblättern Kenntnis geben die in der jüngsten Zeit, nämlich im Essener Wahlkampf, gegen die Sozialdemokratie verteilt worden sind, in denen eine ganze Reihe von Äußerungen der Gewerkschaftspresse gegen uns ausgeschlachtet werden. Diese Äußerungen beweisen, daß in der Tat manche Gewerkschaften nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und daß diese Gewerkschaftler, die die Gegensätze zur Partei schärfen, nicht in der Phantasie, sondern in der traurigen Wirklichkeit leben. Das erste Flugblatt geht vom Zentrum aus und ist betitelt „Nieder mit der Masse!“ Da heißt es:

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ richtet gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der politischen Ohnmacht anlässlich der Frage des politischen Massenstreiks. Er schreibt in Nr. 65 d. Z.: „Mit dem Antizismus des politischen Massenstreiks verfallt man doch nur eine unrahige Politik des jacobinischen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischem Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf nicht des geschichtlichen Hinweises Vernunft, seine Auslassungen sind nur ein Beweis für die politische Hilflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie an Händen und Füßen gebunden ist an ihre daraus resultierende verkehrte Politik.“

In einem zweiten Flugblatt heißt es:

„Man mag die Arbeiterversicherung noch so gering einschätzen, eins wird in jeder Zukunft geben: Daß der heutige Alters- und Invalidenrentner eine ganz andere soziale Stellung einnimmt, als der arbeitsfähige Grobwater vor 25 Jahren, der seinen Kindern zur Last fiel oder es als eine Schande empfand, von der Gemeindeunterstützung zu leben.“

Die sozialen Gesetze sind zwar immer erst Fundamentmauern. Aber sie sind immerhin Fundamente und dadurch wird der Anfang zu einem großen Gebäude menschlicher Solidarität gelegt. Und der Weltstreit um den Ausbau dieses Gebäudes hat den Gedanken der Gemeinamkeit, der Gleichheit, der Solidarität auch in Kreisen geweckt und gestärkt, die sich nicht zu den Arbeitern zählen und er hat damit zur Veredelung des geistigen Lebens beigetragen.“

Ist das nicht ein vernünftiges Urteil für die Verneinungspolitik der Sozialdemokratie??

So wird von diesen Gewerkschaftlern die Arbeiterversicherung eingeschätzt, die unsere Abgeordneten nicht müde werden zu kritisieren. Diese Äußerungen beweisen, daß es in der Tat Gewerkschaftsführer gibt, die einen Zwiespalt zwischen sozialdemokratischer Politik und gewerkschaftlicher Praxis schaffen. Dieser Zwiespalt besteht nicht zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern innerhalb der Gewerkschaften und bis zu einem gewissen Grade innerhalb der Partei. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist auf unserer Seite und fühlt wohl, daß es im Interesse sowohl der Partei wie der Gewerkschaften liegt, daß die gesamte Arbeiterbewegung von dem gleichen Geiste durchdrungen ist, daß sie in allen ihren Teilen vom Geiste des Sozialismus getragen sein muß. (Lebhafte Zustimmung.) Sie alle fühlen, daß es richtig ist: Es ist ein Feind, vor dem wir alle zittern und eine Freiheit macht uns alle frei. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Personlich bemerkt:

Robert Schmidt-Berlin: Genosse Stubbe hat behauptet, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes Klotz nahe gelegt habe, seine politischen Ämter niederzulegen. So lange der Holzarbeiterverband existiert, bin ich Mitglied und seit Jahren Vorsitzender des Ausschusses des Verbandes.

Während dieser ganzen Zeit ist die von Stubbe behauptete Tatsache niemals zur Kenntnis des Ausschusses gekommen und ich erkläre, wenn sich Klotz wegen eines derartigen Vorkommnisses an uns gewandt hätte, so hätten wir das aufs entschiedenste zurückgewiesen. Tatsache ist, daß Klotz seine Kandidatur lediglich aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Daß den Angestellten des Holzarbeiterverbandes zur Pflicht gemacht ist, voll und ganz für den Verband tätig zu sein, ist richtig, aber ich fordere Stubbe auf, zu erklären, ob ihm jemals vom Verbandsverbot worden ist, politisch tätig zu sein.

Stubbe-Hamburg: Ich kann nur erwidern, daß Genosse Schmidt selbst in Mainz den Vorlesungen von Vorstandsmitgliedern entgegengetreten ist, weil sie Klotz keine politische Tätigkeit erzwängen hätten. Daß die Angestellten ihre volle Arbeitskraft dem Verbandsverbot widmen müssen, steht gedruckt und kann nicht abgelehnt werden. Daß mir persönlich keine Schwierigkeiten bereitet worden sind, liegt daran, daß ich nicht dem Vorstand, sondern der Hamburger Kommission und nur der Generalversammlung unterstand, die allerdings stets alle derartigen Vorlesungen des Vorstandes desavouiert hat.

Robert Schmidt: Ich weise gegenüber Stubbe nur darauf hin, daß acht Vorstandsmitglieder des Holzarbeiterverbandes Parteimitglieder bestanden.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin:

Im Anschluß an die letzten persönlichen Bemerkungen möchte ich bemerken, daß ich sowohl von Reibel im Namen des Metallarbeiterverbandes ersucht worden bin, eine Erklärung abzugeben, als auch von den Beamten des Metallarbeiterverbandes in Berlin eine Depesche bekommen habe, die darauf hinausgeht, daß sie die positive Erklärung abgeben, daß ihnen die Pflicht nicht auferlegt sei nur im Dienste der Agitation für den Verband tätig zu sein. „Wir würden“, heißt es in der Depesche weiter, „uns derartiges als Parteigenossen auch nicht gefallen lassen, es denkt auch niemand daran, uns derartiges anzubieten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Gruß an Sie und den Parteitag.“ In gleicher Weise hat Reibel mich ersucht, hier ganz offiziell mitzuteilen, daß derartige Behauptungen, soweit sie den Metallarbeiterverband betreffen, unbegründet seien. — Nun, meine ich, ist es unsere Pflicht diese Erklärungen so loyal entgegenzunehmen, wie sie abgegeben worden sind. Ich glaube, wir haben kein Recht, irgendwie daran zu zweifeln und wenn in einzelnen Fällen von einzelnen dagegen gekündigt worden ist, so wird hoffentlich gerade die Diskussion auf diesem Parteitag, die Ausführungen Schuhmachers, Simons und Stubbes dazu beitragen, daß wir über diesen Uebelstand künftig nicht mehr zu klagen haben.

In meinen Schlußworten kam ich selbstverständlich nicht auf alle die Dinge ein, die gegen einzelne meiner Ausführungen vorgebracht sind. Ich kann mich hier um so mehr kurz fassen, als es mir ja gar nicht darauf ankommt, in allen diesen Dingen recht zu behalten. Unsere Beschlüsse und Diskussionen können den Sinn nicht haben, daß wir der großen Gewerkschaftsbewegung gegenüber erklären: Ihr müßt das tun, was die politische Partei Euch vorschreibt. Nicht um Unterwerfung der Gewerkschaften kann es sich handeln, sondern um gegenseitige Verständigung im gegenseitigen Interesse. Ich meine, wenn wir als Parteigenossen über Parteifragen polemisieren, so sollen wir wohl diskutieren, aber nicht immer gleich anfragen und verurteilen, und wenn die Genossin Zieg und dann auch Genossin Luxemburg darauf hingewiesen haben, daß beim Essener Wahlkampf Stimmen aus Gewerkschaftskreisen bei den bürgerlichen Parteien ausgenutzt worden sind, so glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß in diesem Wahlkampf auch Stimmen von der Gegenseite verwendet worden sind. (Sehr richtig!) Ich will darüber nicht weiter reden, ich will nur die Mahnung an sie richten, wenn wir uns auch streiten, so soll doch die gegenseitige Behandlung immer so sein, daß man die Kritik nicht gegen die Partei auszuüben kann. (Sehr richtig!) — Nun zu etwas Persönlichem. Mir ist gesagt worden, meine Äußerung, der Vorschlag Robert Schmidts bedeute eine Aufforderung an die Unternehmern, nun gegen die Gewerkschaften loszugehen, sei so aufgefaßt worden, als hätte ich gesagt, Robert Schmidt habe eine solche Aufforderung ausgesprochen. Es ist selbstverständlich, daß ich einen solchen Vorwurf nicht habe erheben können. Es war vielmehr der Gedankengang der Resolution Robert Schmidt in Köln, von dem ich behauptete, er sei geeignet, bei den Gegnern den Eindruck hervorzurufen, als ob die Kampfeslust und die Kampfkraft der Arbeiter abgenommen habe. — Nun hat Schmidt weiter gemeint, und schließlich lag ja diese freundschaftliche Bosheit sehr nahe, meine Ausführungen über den Zunftcharakter der Buchdrucker entsprängen aus meinem Verhältnis als Geschäftsführer einer Buchdruckererei, und vielleicht seien die Unannehmlichkeiten, die ich in dieser Stellung hätte, meinem Temperament zuzuschreiben. Nun, mein Temperament in allen Ehren, ich wäre gewiß manchmal froh, wenn ich das Temperament Robert Schmidts hätte, aber das hat doch mit der vorliegenden Frage nichts zu tun. Wie komme ich denn dazu, Zunftbestrebungen in den Gewerkschaften zu finden und auf die Buchdrucker gerade zu exemplifizieren? Ich habe es als ein immanentes Gesetz der Gewerkschaften bezeichnet, daß sie in ihrer Konsequenz zu Zunftbestrebungen kommen müssen, und ich habe auf die Buchdrucker deswegen exemplifiziert, weil sie die stärkste und älteste Organisation haben und weil unter allen deutschen Gewerkschaften der eigentliche Charakter der Gewerkschaften in der Buchdruckerorganisation am deutlichsten und klarsten in der Erscheinung tritt. Ich habe übrigens, um spätere Mißdeutungen in der Presse zu vermeiden, nicht allein die Buchdrucker genannt, sondern auch z. B. die Steinsetzer. — Man hat aber nun heute polemisiert gegen Ausführungen, die ich gar nicht gemacht habe. Es ist mir nicht eingefallen, gegen die Forderung der Buchdrucker Front zu machen, daß an der Sechsmaschine nur gelehrte Seher beschäftigt werden sollen. Ich habe im Gegenteil erklärt, es sei ein selbstverständliches Gebot der Selbsterhaltung für die Buchdrucker, eine solche Forderung zu erheben. Ich habe mich dagegen gewandt, daß Forderungen aufgestellt werden, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung von Maschinen hinauslaufen, wie es in Amerika und England nur allzu häufig der Fall ist. Die moderne technische Entwicklung können die Gewerkschaften nun einmal nicht aufheben. Sie können sie nur in gewissen Grenzen korrigieren und den Arbeitern nutzbar machen. Das ist ganz etwas anderes, als wozogen Uhlig-Dresden und Laubmann-Weissenhof polemisierten. Nun hat letzterer angeordnet, daß ich nicht einmal zu der Zeit, als ich als Buchdrucker tätig war, im Buchdruckerverband organisiert gewesen sei. Nun erkenne ich zunächst es grundsätzlich nicht an, daß jeder unbedingt einer Gewerkschaft angehören muß, ebenso erkenne ich für mich in meiner jetzigen Stellung nicht die Verpflichtung an, einer Gewerkschaft beizutreten. Wollten die Genossen übrigens konsequent sein, so müßten sie auch von Bebel verlangen, daß er der Gewerkschaft der Drechsler und von Paul Singer, daß er dem Verein jugendlicher Kaufleute beitrete. (Große Heiterkeit.) Aber soweit geht der Ehrgeiz der Herren nicht. So lange ich im Verufe tätig war, bin ich übrigens selbstverständlich Mitglied der Buchdruckerorganisation gewesen und habe auch Ehrenstellen in derselben eingenommen. Ich habe dem Verbandsangehörigen bis zu meiner Uebersiedelung nach London. Dort konnte ich dem Verbands nicht beitreten, da nach dem englischen Statut nur im Verufe Tätige aufgenommen werden und auch die Lithographenorganisation, an die ich mich wandte, erklärte, mich nicht aufnehmen zu können. Mein Verluh, nach der Rückkehr nach Berlin wieder der Buchdruckerorganisation beizutreten, scheiterte an dem — wie ich offen gestehe — rein materiellen Grunde, daß man von mir die Nachzahlung der Beiträge für zwei Jahre verlangte, wozu ich eine Verpflichtung nicht anerkennen konnte. Uebrigens halte ich es überhaupt für einen Mißstand, wenn die Buchdruckerorganisation Prinzipale und Faktoren, deren Interessen von denen der Buchdrucker verschieden sind, als Mitglieder aufnimmt. (Sehr richtig!) Wie weit der Zunftgedanke in Gewerkschaften herrschend ist, dafür nur ein Beispiel: In Berlin ist ein Hilfsarbeiter gewesen, der die Funktionen eines Maschinenmeisters ausfüllte und auch den Lohn eines Maschinenmeisters erhielt, weil seine Fähigkeiten dementsprechend waren. Er hat dann die Aufnahme in den Buchdruckerverband nachgesucht und wiewohl Vorstandsmitglieder seine Aufnahme befristet haben, wurde sein Gesuch zurückgewiesen, weil er keine vierjährige Lehrzeit in seiner Jugend absolviert hatte. (Hört! hört!) Ich glaube, daß niemand hier im Saale ist, der ein solches Vorgehen mit den Begriffen der modernen Arbeiterbewegung vereinen kann.

Weiter hat Genosse Elm es moniert, daß ich von den Gewerkschaften als Palliativmittel gesprochen habe. Ich glaube mit Unrecht, denn aus meinen ganzen Ausführungen über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften konnte man unmöglich die Schlußfolgerung ziehen, daß ich der Meinung wäre, die Gewerkschaften seien im Verhältnis zur politischen Partei bedeutungslos. Ich habe den Gewerkschaften vielmehr die gleiche Wichtigkeit beigelegt, ihnen volle Gleichberechtigung neben der politischen Partei zugeprochen im Emanzipationskampf des Proletariats. Wenn ich die Gewerkschaften als Palliativmittel bezeichnet habe, so nur von dem — wie ich glaube von der ganzen Partei geteilten Gesichtspunkt aus, daß ich sage: Im Vergleich mit den Endzielen der Sozialdemokratie sind die Gewerkschaften wie die Genossenschaften nur ein Palliativmittel, allerdings eins von der großen Bedeutung, heute das

Wirksamste Mittel unter Umständen, nämlich für die soziale Verbesserung der Arbeiter in Bezug auf höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Aber eins ist zweifellos — und in diesem Punkte unterscheiden wir uns eben von den Anarchisten, die sich mit den englischen und amerikanischen Trades-Unionisten auf eine Stufe stellen! Alle gewerkschaftlichen Erfolge sind nur relativ. So habe ich darauf hingewiesen, wie ein einziges Gesetz, das Zollgesetz, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaften annullieren kann. Daher unterstützt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zur englischen den politischen Kampf in der Überzeugung, daß es Aufgabe der politischen Partei ist, durch die Gesetzgebung die Erfolge, die die Gewerkschaften erzielt haben, auf die Dauer festzusetzen. (Sehr richtig.)

Nun sagt Schmidt, Fischer hat die Gewerkschaften herabgedrückt zu sozialdemokratischen Diskussionsklubs. Das mag ja ein wohlfeiles Schlagwort sein, aber aus meinen Ausführungen konnte er auf einen solchen Gedanken nicht kommen. Auch sein Hinweis, daß Mollenhuth einen entgegengesetzten Standpunkt einnehme, indem er leugne, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jemals Gefahr laufe, auf den Standpunkt der englischen zu kommen, auch diese Meinung Mollenhuths kann Schmidt gegen mich nicht anführen. Ich bin mit Mollenhuth vollständig darin einig, daß heute von einer solchen Gefahr keine Rede sein kann. Ich sprach nur von den Tendenzen von den Ansätzen, die da und dort in der Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin gebildet werden. Tendenzen, die in dem Charakter der Gewerkschaften selbst begründet seien. Wir haben eine solche Gefahr deshalb heute in Deutschland nicht zu fürchten, weil wir in Deutschland eine kräftige Sozialdemokratie haben, die die Gewerkschaften beeinflusst und weil die Gewerkschaften heute von Leuten geführt werden, die aus der politischen Bewegung hervorgegangen und mit ihr identisch sind. Ebenfalls hat Robert Schmidt ein Recht zu sagen, ich befände mich im Widerspruch mit Bebel, der gesagt habe, die steigende Kraft des Sozialismus biete die Garantie dafür, daß solche Tendenzen sich nicht breit machen. Robert Schmidt hat Bebel einseitig zitiert. Bebel hat ausdrücklich in der Einleitung zu jener Broschüre gesagt: „Ich muß mich aber von vornherein gegen ein Mißverständnis verwahren, das besonders in einem Teile der bürgerlichen Presse auftaucht, als hätte ich — unpolitischen — Gewerkschaften das Wort geredet, oder eine Neutralität befürwortet, die dasselbe befragt; das ist mir nicht eingefallen und konnte mir nicht einfallen. Eine unpolitische Gewerkschaft wäre gegenüber dem, was die Arbeiter durch eine solche Organisation erreichen sollen, ein Messer ohne Hefi und Klinge, keine Waffe im Klassenkampf, die dem Unternehmertum imponiert, sondern ein Spielzeug, über das es lächelt. Was ich in meinem Vortrag zu besprechen hatte, war zweierlei: Einmal wollte ich mich gegen den neuerdings unter manchen Gewerkschaftsmitgliedern eingerissenen Glauben wenden, daß die reine Gewerkschaftsbewegung Hauptfrage sei und die politische Bewegung Nebensache. Dieser Umstand war die Hauptveranlassung zu meinem Vortrag in Weizsäcker. Dann wollte ich zeigen, welche Aufgaben der Gewerkschaft zufallen, was sie erfüllen könnte, was nicht, und daß sie, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, die möglichst größte Zahl der Gewerkschaften, am besten alle, in sich aufnehmen müsse, was ihr nur möglich sei, wenn sie von eigentlicher Parteipolitik sich fern halte, sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachte, aber Parteimann solle auch der Gewerkschafter sein, nicht als Gewerkschafter, sondern als Klassenbewußter Arbeiter, der Glied eines Staats- und Gesellschaftswesens ist, das ihn als Arbeiter behandelt und mißhandelt! Nun hat Genosse Schmidt gemeint, nachdem die Generalkommission sich mit der Resolution einverstanden erklärt habe in dem Sinne, daß sie gegen die jetzige Form der Maiseier nichts einzuwenden habe: könnte man bis zum nächsten internationalen Kongress die Sache ruhen lassen, um dann auf eine Veränderung in dieser Frage hinzuwirken. Legien hat diese Auffassung bestätigt. Ich meine nun allerdings, daß damit die Frage nicht erledigt sein kann. Wenn unsere Debatte einen Sinn haben soll, so doch den, daß wir den Standpunkt von Parteivorgesetzten gar nicht teilen, den Schmidt in seiner Resolution an den Gewerkschaftskongress zum Ausdruck gebracht hat. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt eine Art Gottesfrieden zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung bis zum nächsten internationalen Kongress wahren zu lassen, um dann mit oder ohne Zustimmung der Partei diesen Standpunkt Schmidts zum Standpunkt der deutschen Gewerkschaften sanktionieren zu lassen, sondern es handelt sich für alle Freunde der deutschen Arbeiterbewegung darum, zwischen Gewerkschaftsauffassung und Parteauffassung in der Maiseierfrage eine Uebereinstimmung zu erzielen. (Sehr richtig!) Wir wollen die Gewerkschaften doch nicht majorisieren, sondern sie überzeugen. Nur wenn Schmidt und Legien den Standpunkt vertreten, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai müßten wir ein für allemal aufhören, so müssen wir betonen, daß dagegen das politische Interesse der deutschen Arbeiterklasse spricht. Gewiß, wenn man die Maiseier damals nicht in Paris beschlossen hätte, dann gebe ich zu, könnte man ihr vielleicht eine andere Form geben. Sie haben recht: der Pariser Kongress hat sich nicht für die Arbeitsruhe, sondern für die Demonstration erklärt. Aber betrachten Sie doch das in Deutschland historisch Gewordene. Der Pariser Beschluß hat — so sagte ich schon — wie ein elektrischer Funke gezündet, er hat eine Begeisterung geweckt, wie selten ein Beschluß. Aber wir kamen damit in eine kritische Situation hinein. Das Sozialistengesetz näherte sich seinem Ende. Der Widerstand der Arbeiter war so groß geworden, unsere Erfolge wogen so schwer, daß die herrschenden Klassen sich fragten, können wir in unserem eigenen Interesse noch so weiter regieren; schädigen wir damit nicht uns selber? Aber es gab auch eine mächtige Gegenströmung, mit Dismard voran. Er wollte die Maiseier benutzen, um einen Konflikt mit der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dann sollte an die Spitze der General, der Haudegen treten, um die Gesellschaft zu retten. Angesichts dieser Situation lastete die schwerste Verantwortlichkeit auf der Fraktion. Was sie tat, fand in Halle dann die Billigung der Partei. Sie sagte: Auf diesen Teufel fallen wir nicht herein. Wir wollen der Reaktion nicht den Vorwand zu einer Strafenstrafschlacht liefern. Und es war keine Ueberzeugung. Es ist ja später bekannt geworden, daß in Berlin, in Dresden das Militär in den Kasernen konzentriert war, daß die Regimentskommandeure mit geheimen Befehlen für den Fall einer Strafenstrafschlacht versehen waren. Wenn also die Gewerkschaften sagen, sie wollten nicht zu einer Kraftprobe am 1. Mai gezwungen werden, muß so hat die Partei es grundsätzlich abgelehnt, eine solche Kraftprobe zu veranstalten.

Was uns aber unterscheidet von der Auffassung Schmidts und Legiens ist: Wir können nicht von heute auf morgen ein Kampfziel fallen lassen, um dessen Fühne sich in wachsendem Maße Tausende von Arbeitern geschart haben. Das sind politische Imponderabilien, die wir beachten müssen. Die Maiseier hat ja nicht so sehr eine ökonomische Bedeutung. Ein religiöses, ein ethisches Moment kommt in ihr zum Ausdruck. Sie stellt eine Kulturfrage in den Vordergrund und vielleicht gerade deshalb hat sie so lebhaften Widerstand in den Herzen der deutschen Arbeiter gefunden. Nur sagt Schmidt: Ja, diese finanziellen Opfer! Darüber nur ein Wort: Wenn wir wirklich die Agitation für die Maiseier in dem Sinne betreiben, um schließlich die gesamte Arbeiterschaft zu ermüden, dann wird uns das wahrscheinlich schwere Opfer kosten. Daß diese Opfer den Gewerkschaften allein nicht aufgebürdet werden können, darüber sind wir uns klar; aber bietet denn die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht einen Vorweis dafür, daß kein Hindernisgrund sein kann? Als die Bergarbeiter in einen großen Klassenkampf hineingetrieben wurden, als die Textilarbeiter in den Klassenkampf gerieben wurden, da hatte die Partei immer Mittel zu ihrer Unterstützung. Die Partei ist nicht so kleinlich, sie würde auch, wenn die Maiseier große Opfer erforderte, keinen Augenblick zögern, mit vollen Händen zu geben, genau so wie die Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Also mit diesem Argument darf man uns nicht kommen. Ich bin überzeugt, weder Legien noch Robert Schmidt, noch die Generalkommission hat die Absicht, auf diesem Wege hinter herum

die ganze Maidemonstration abzumähen. Wogegen ich kämpfe, ist, daß sie nicht einsehen, welches die Wirkung eines solchen Beschlusses sein würde. Die Wirkung würde darauf hinauslaufen, daß die Maidemonstration ihre ganze Bedeutung verlieren würde. Nun meint Frigische, wenn wir sagen, daß in diesem Jahre die Arbeitsruhe wesentlich größer gewesen sei, als in den vergangenen Jahren, so übersehen wir, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Montag gefallen ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß darin eine gewisse Berechtigung liegt. Es ist einer ganzen Reihe von Arbeiterkategorien leichter möglich zu feiern, wenn der 1. Mai auf einen Montag fällt, als wenn er auf einen Freitag fällt. Aber ausschlaggebend ist dieses Moment nicht gewesen. Nein, gerade die Diskussion zwischen Partei und Gewerkschaften hat dazu geführt, daß sowohl in den Reihen der Gewerkschaften als auch in politischen Kreisen der Gedanke der Maiseier weit mehr als in früheren Jahren zum Ausdruck kam. Frigische sagt, wir können schon deshalb nicht an die Arbeiterschaft denken, weil in ganzen großen Industriegebieten die Arbeiter den Gedanken der Maiseier überhaupt nicht fassen können. Er wies auf das schlesische, das polnische, das rheinisch-westfälische Industriegebiet hin. Ganz gewiß können wir heute hier die Arbeiterschaft nicht durchsehen. Aber kann das ein Grund sein, nicht dafür zu wirken? Denken Sie doch an Rheinland und Westfalen! Denken Sie an die Bergarbeiterkreise! Wie haben wir jahrzehntelang gekämpft! Und mit welchen mangelnden Erfolgen? Glauben Sie etwa, die Erfolge der letzten Wahlen, der Erfolg in Essen ist und über Nacht gemindert ins Haus hineingefahren gekommen? Glauben Sie nicht, daß wir jetzt erst die Früchte der jahrelangen Arbeit in jenen Gegenden ernten? (Sehr richtig!) All das ist die Folge der Kleinarbeit der Tausende von Genossen, von denen heute niemand mehr spricht, die heute niemand mehr kennt. All das ist die Ernte und genau so ist es auch mit der Maiseier. Die Maiseier ist heute die wirksamste Demonstration, sie ist wie kein anderes Mittel geeignet, die Gemeinsamkeit der Masseninteressen aller Arbeiter und den Gegensatz zur Bourgeoisie, zum Unternehmertum, zur Regierung zu betonen. Es wäre eine Verhöhnung an unserer Vergangenheit, an unseren Aufgaben für die Zukunft, wenn wir uns durch die Gefahren und die bisherigen mageren Erfolge in jenen Gegenden abschrecken lassen sollten, mehr noch als bisher gerade in diesen zurückgebliebenen Gebieten für die Arbeiterschaft zu agitieren. (Lebhafte Zustimmung.) Das beherzigenswerte Wort von Silberstein, daß in Bezug auf die grundsätzlichen Fragen zwischen Gewerkschaften und Partei keine Differenz besteht, trifft auch hier zu. Mit vollem Recht ist gesagt, daß in all den Gegenden, wo die Sozialdemokratie nicht hinkommt, wo sie nicht Wurzel fassen kann, die Gründung einer Zelle der Maiseier, der Solzarbeiter oder einer anderen Gewerkschaft auch der politischen Betätigung die Bahn ebnet. Wohl, wenn das möglich ist, in allen diesen abgelegenen Gegenden, was spricht dann dagegen, daß auch der Gedanke der Maiseier hier propagiert wird, und daß dann die Früchte für die Partei genau dieselben sein werden wie jetzt? Und was für die Partei zutrifft, daß nämlich jede Agitation der Partei zugleich rückwärts auf die Gewerkschaft, genau dasselbe trifft für die Maiseier zu. Habt Ihr den Gedanken der Maiseier in die Massen hineingetragen, dann habt Ihr damit zugleich ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit geleistet, das Euch große und weittragende Erfolge garantiert. Es ist einfach nicht richtig, was Legien in der Beziehung gesagt hat, und wie er die Frage gestellt hat; es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaften Jahr für Jahr von der Partei zu kämpfen gedrängt werden, die nach ihrer Auffassung nicht mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können. Niemals sind den Gewerkschaften Vorwürfe seitens der Partei gemacht, wenn sie von sich aus gewisse Einschränkungen in Bezug auf die Arbeitsruhe getroffen haben. Wogegen die Partei Stellung nimmt, das ist das Eintreten gegen den Gedanken der Maiseier. Die Entscheidung darüber, wie weit der Parteitag beschließen von den einzelnen Gewerkschaften durchgeführt werden kann, müssen wir loyalerweise den Gewerkschaften überlassen, weil wir der Meinung sind, daß sie den Willen haben, zu tun, was im Interesse der Sache, was im Interesse der Arbeiterbewegung, was im Interesse der politischen Partei, was im gewerkschaftlichen Interesse notwendig ist. Erst dann hätten die Gewerkschaften ein Recht, einen solchen Standpunkt einzunehmen, wenn wir forderten, daß sie unbedingt das tun, was die Partei beschließt. Damit glaube ich im großen ganzen mit den Einwürfen fertig zu sein, auf die zurückzukommen ich für notwendig hielt. Nur eins möchte ich noch nachholen, was ich vorher vergesen habe. Man hat dem Genossen Schmidt große Vorwürfe wegen seiner Äußerung gemacht, daß es vielleicht ein Glück sei, wenn die „Neue Zeit“ nicht mehr gelesen wird, als bisher der Fall war. Ich glaube, ich erfülle eine Pflicht von meinem Standpunkte aus, wenn ich sage, daß Schmidt diese Äußerung zweifellos ironisch gemeint hat, daß er nicht den Gedanken aussprechen wollte, es sei ein Glück, wenn die „Neue Zeit“ nicht gelesen wird, sondern er hat sagen wollen, bei einer solchen Auffassung ist die „Neue Zeit“ nicht geeignet zur Propaganda in Gewerkschaftskreisen. Ich will darauf nicht eingehen, um so weniger, da ich mein Schlußwort nicht mißbrauchen will. Aber wenn auch das Wort nur ironisch gemeint war, so müssen wir uns doch fragen, ob wir mit solchen Äußerungen nicht vorsichtig sein sollten. (Wahr! Sehr gut!) So, wie ich die Äußerung von Schmidt verstanden habe, bedauere ich sie. Aber ich habe keinen Anlaß, mich darüber zu entrüsten. Aber wie lautet die Äußerung, wenn sie uns nach einem oder zwei Jahren in der gegnerischen Presse bei irgend einem politischen Anlasse vorgehalten wird, namentlich in Versammlungen und Gegenden, wo wir keine Redner haben, oder nicht solche Redner, die mit allen politischen Vorgängen vertraut sind, oder wo uns keine Parteipresse zur Verfügung steht? (Sehr gut!) Wir sollten da vorsichtig sein: Das Wort, wie ich es ausgesprochen habe, kann ich den Parteigenossen gegenüber verteidigen; aber wie es von Gegnern ausgenutzt wird, dagegen bin ich machtlos. So sehr ich auch den Standpunkt von Schmidt begreife, so muß ich ihm doch widersprechen. Ich selbst bin kein unbedingter Anhänger der „Neuen Zeit“ und der Schreibweise einiger Mitarbeiter. Ich habe auch schon meine Stimme dagegen erhoben. Es hat nicht viel genützt, aber hoffentlich wird's besser werden. (Heiterkeit.) Eines aber glaube ich aussprechen zu müssen: Die „Neue Zeit“ ist einmal das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, und wenn Schmidt der Meinung ist, daß die „Neue Zeit“ zu wenig Notiz nimmt von der Tätigkeit der Gewerkschaften, und von gewerkschaftlichen Fragen überhaupt, so ist es, so lange man im Rahmen der Partei steht und wirkt, die erste Pflicht, an diesem Organ mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Wenn die Parteigenossen sich diese Verpflichtung auferlegen und wenn wir zu friedlichen Zuständen auf diesem Gebiete in der Partei wieder kommen wollen, dann muß jeder dazu beitragen. Dann hat man ein Mittel, sobald das wissenschaftliche Organ nicht so geführt wird, wie es dem Interesse der Partei entspricht, mit weit mehr Aussicht auf Erfolg auf Abhilfe zu drängen, als wenn alle diejenigen, die nicht einverstanden sind, bei Seite stehen. Auch hier gilt das Wort: Der Abschwende hat unrecht. Ebenso wenig wie in politischen Leben darf man sich auf diesem Gebiete in den Schmutzwinkel zurückziehen. Wenn wir aus der Debatte heraus den Gedanken in uns lebendig werden lassen, den ein anderer Genosse in die Worte gesehlet hat: Einheit in der Auffassung. Gemeinsamkeit im Kampf, dann haben wir ein Maiseierdiskussionsresultat, wie wir es uns besser nicht wünschen können. Ich wünsche, daß Sie nicht nur für meine Resolution stimmen, sondern daß Sie auch, wenn Sie nach Hause zurückkehren, in dem Sinne wirken, wie es hier als Meinung der Partei zum Ausdruck kommt. (Lebhafte Beifall.)

Die Anträge zur Maiseier zerfallen in drei Gruppen. Ueber die Anträge, die eine völlige Arbeitsruhe verlangen, ist kein Wort zu verlieren. Dafür können wir nicht stimmen. Dann sind Anträge da, die sich in dem Gedankenlangsam bewegen, daß es Aufgabe der Partei ist, mehr als bisher für die Arbeiterschaft einzutreten. Daß diese Anträge unsere Zustimmung finden müssen, das ist das Resultat unserer ganzen Diskussion, aber die Anträge 77, 118 und 143 können wir trotzdem nicht annehmen. Der Antrag 77 verlangt, daß Parteiangestellte sowie Angestellte der Gewerkschaften

und Genossenschaften verpflichtet sind, ihre Einkommen an Gehalt und Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Soweit Parteiangestellte in Frage kommen, hätten wir ein Recht, dies zu beschließen, und ich würde mich auch nicht dagegen aussprechen. Aber über Verhältnisse der Angestellten von Gewerkschaften und Genossenschaften zu beschließen, dazu haben wir kein Recht. Der Antrag 118 enthält einen Tadel gegen den Kölner Kongress, gegen die Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik und einen Protest gegen die Generalkommission. Es würde unserer Auffassung widersprechen, wollten wir diesen Anlaß benutzen, um denen, mit denen wir uns verständigen wollten, ein Tadelvotum auszusprechen. Dem Gedanken des Antrags 143 steht wohl die Mehrzahl der Genossen sympathisch gegenüber, aber in der vorliegenden Form kann er nicht angenommen werden. Er hätte zunächst Verhandlungen mit der Vertretung der Gewerkschaften zur Voraussetzung. Vielleicht sind die Antragsteller damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstande überwiefen wird. So würde als Resultat unserer Diskussion nichts übrig bleiben, als die von mir vorgeschlagene Resolution, und ich glaube, der Parteitag wird ihr zustimmen mit der von mir gegebenen Begründung, die keinen anderen Zweck hatte, als eine Stärkung der Arbeiterklasse, damit das erreicht werde, dem unser ganzer Kampf gilt. (Lebhafte Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschrieben. Die Resolution 147 wird einstimmig angenommen. Das Resultat wird mit lebhaftem Beifall begrüßt. Die Anträge, die sich auf die Form der Maiseier beziehen, sind dadurch erledigt. Die Anträge 77 und 118 werden abgelehnt. Die Anträge 143 und 137, Teil 2*) werden dem Parteivorstand als Material überwiesen.

Der Punkt Maiseier ist erledigt.

Vorur in den Verhandlungen fortgesetzt wird, bemerkt Singer: Sie wissen, daß seit acht oder zehn Tagen durch die Presse bekannt ist, daß unser ehemaliger Parteigenosse Domela Nieuwenhuis aus Holland in Köln plötzlich verhaftet ist. Eine Sicherheit über sein Schicksal haben wir nicht. Ich habe deshalb im Einverständnis mit einigen Genossen und wie ich hoffe unter voller Billigung des Parteitages, die ich hiermit nachjuche, es für richtig gehalten, unser Parteiorgan in Köln zu ersuchen, Erkundigungen einzuziehen, dem Verhafteten Rechtshilfe auf Parteikosten zu gewähren und uns Nachricht zu senden. Ich habe das Telegramm im Namen des Parteitages abgeschickt und darf wohl ohne Widerspruch zu finden, annehmen, daß ich im Sinne des Parteitages gehandelt habe. (Allseitige Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“ nicht mehr begonnen, sondern zunächst einige Anträge beraten, die sich auf Agitation**) beziehen. Zuerst wird der genügend unterstützte Antrag 16 zur Debatte gestellt und nach kurzer Begründung durch G r u h l - R o m a n o w s k i angenommen; die Anträge 17 und 18 werden nach längerer Debatte, über die wir morgen berichten, dem Vorstand als Material überwiesen. Antrag 19, für den B o e s k e - R i d o r f und L i e b n e c h t eintreten, wurde, nachdem Bebel dagegen gesprochen, in seinem ersten, eine antimilitaristische Propaganda unter den jüngeren Leuten verlangenden Teile, abgelehnt, in seinem zweiten angenommen. Dann verlagert der Parteitag seine Beratung auf morgen, Bebel spricht über den politischen Massenstreik.

*) Der betreffende Absatz lautet: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in Fragen, die in politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen beruhen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen zu arbeiten.

**) 16. Parteigenossen der Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb, und Feltow-Weeslow-Storkow: „Der Parteivorstand zu beauftragen, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige, allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen.“

17. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: „In Zukunft ist von seiten der Partei eine ausgedehnte Agitation in Wort und Schrift unter der proletarischen Jugend in die Wege zu leiten und überall da wo angängig eine Jugendorganisation zu gründen.“

18. Parteigenossen in Pforzheim, Heidelberg, Mannheim und Offenbach: „Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Organisationen der jugendlichen Arbeiter nach besten Kräften zu unterstützen, zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter eine mindestens monatlich einmal erscheinende Zeitung herauszugeben und des weiteren eine Zentralisation der Jugendorganisation herbeizuführen.“

19. Parteigenossen des Wahlkreises Feltow-Weeslow-Storkow: „In der Erkenntnis, daß der Militarismus und Marinismus der feste Stützpunkt der heute herrschenden Massen ist, daß er ferner durch seine kulturfeindlichen Tendenzen und Bestrebungen jedes freie und rege Leben erstickt, ja die zu seinen Diensten eingelegenen Söhne des Volkes zu willenlosen Werkzeugen macht, ist es dringend erforderlich, daß hiergegen eine regelmäßige, planmäßig betriebene Agitation einsetzt. Als erste Aufgabe wird betrachtet, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär oder zur See öffentliche Versammlungen abzuhalten, wo die jungen Leute, die eventuell Soldat werden müssen, speziell über ihre sogenannten „Rechte“ als Soldat aufgeklärt werden, ferner, daß zu dieser Zeit Flugblätter des selben Inhalts verbreitet werden und darauf hingewiesen wird, daß sie von dem sogenannten „Beschwerderecht“ den ausgiebigsten Gebrauch machen sollen. Durch die Aufklärung in dieser Weise würden die jungen Leute erst sehen, wie die Dienstvorschriften von den Vorgesetzten gehandhabt werden und einen Abstoß vor dem Militarismus bekommen.“

Verfammlungen.

„Solidarität“ und „Freiheit“. Zwischen den beiden Arbeiter-Adfahrer-Verbänden dieses Namens kam es am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung, die bei Wille in der Brunnenstraße stattfand, zu erregten Auseinandersetzungen. Die Versammlung war vom Vorstande des Bundes „Freiheit“ einberufen worden und sollte die Fortsetzung der erst kürzlich bei Dräsel abgehaltenen Adfahrer-Versammlung sein, die damals von dem Bunde „Solidarität“ veranstaltet worden war, um zu der Abhaltung von Adfahrereisen in gesperrten Lokalen Stellung zu nehmen. Der Anhang zum Lokal war diesmal so stark, daß es polizeilich abgesperrt werden mußte. Auch hier wie in der ersten Versammlung befanden sich die Mitglieder der „Solidarität“ in der großen Majorität und besetzten auch das Bureau, obwohl die Mitglieder der „Freiheit“ aus ihrer Mitte eigene Vorschläge dazu gemacht hatten. Während der vielfach recht persönlich zugespitzten Ausführungen der einzelnen Redner kam es häufig zu erregten Szenen, so daß die Versammlung mehrfach auf eine kurze Zeitdauer verlagert werden mußte. Sachlich herauszufinden läßt sich aus den Auseinandersetzungen nur, daß der „Freiheits“-Bund behauptet, die Angelegenheit mit dem Redner der Vorkottbruch sei über Gebühr aufgebauscht worden, um der „Freiheit“ aus Ärger darüber, daß sie sich vor einem Jahre von der „Solidarität“ absonderte, eine auszuweichen, während in puncto Beachtung der Lokalliste auf beiden Seiten gefündigt werde. Der Bund „Solidarität“ glaubte dagegen nachweisen zu können, daß es sich bei dem Redner der Vorkottbruch um ein bewußtes Vorgehen der „Freiheits“-Bündler gehandelt habe. Nach Schluß der Debatte verließ der größte Teil der „Freiheits“-Bündler demonstrativ den Saal. Von drei eingebrachten Resolutionen wurden zwei angenommen. Die sachliche davon hat folgenden Wortlaut: In Erwägung, daß es in der Provinz den Genossen schwer fällt, einen Saal zu Versammlungen zu bekommen, ist es Pflicht eines jeden Arbeiterradfahrers, darauf hinzuwirken, daß bei Ausflügen und Vergnügungen nur solche Lokale berücksichtigt werden, welche der Arbeiterschaft zu Versammlungen überlassen werden.

Verfammlungen.

Verband händischer Arbeiter. Die Sektion der Straßenreiniger hielt am 18. d. M. eine von circa 600 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab. Ortssekretär E. Dittmer referierte über den Ortsverein der Berliner Straßenreiniger und seine Praktiken. Er führte u. a. aus: Eine unerfreuliche Tatsache ist es immer, wenn innerhalb der Arbeiterklasse Uneinigkeit bei Lohnforderungen zutage tritt. Diese Uneinigkeit wird stets für die Unternehmer (Stadtverwaltung) Grund sein, Lohnforderungen hinauszuhalten. Der von Vorarbeitern geleitete Ortsverein hat seit Jahren nichts für die Allgemeinheit geleistet. Man zwang als Vorarbeiter die jüngeren Arbeiter zum Eintritt in den Verein. Hier bewilligte man Geschenke für die Verwaltungsbeamten. Dagegen wagte kein Mitglied aufzutreten, sonst war es andern Tages demüthigt und es konnte ruhig sein Bündel schnüren. Die Direktion hielt durch den Verein die Arbeiter in Zug, dafür regnete es Gnadenbeweise auf die leidenden Personen des Ortsvereins. Als man f. B. den Kollegen die freien Montage nahm, sowie den verhängten § 8 der Arbeitsordnung einführte, waren es denn auch jene führenden Personen des Ortsvereins, welche hierbei der Direktion indirekt Hilfe leisteten. Das brachte die Kollegschaft zur Erkenntnis. In 1 1/2 Jahren schlossen sich weit über 400 dem Verbande an. Ein jeder muß zugeben, daß seitdem vieles besser geworden ist. Gestützt durch die große Mehrheit der Kollegen, stellte der im Verbande organisierte Arbeiterausschuß Anträge auf Lohnregelung. Hierbei zeigte sich nun der wahre Charakter des Ortsvereinsvorsitzenden. Die Sektion verlegte zugunsten des Gesangsvereins der Straßenreiniger ihr Sommerfest. Denselben Tag hielt der Ortsverein eine Versammlung ab. Haarsträubende Unwahrheiten (z. B. Gasarbeiter sind Stundenarbeiter, darum bekommen sie keinen Urlaub, keine Pension), wurden vorgebracht, damit wollte man die Kollegen gruselig machen. In

der unanständigen Weise füllte man den Obmann des Arbeiter-Ausschusses nieder, welcher nur die aufgestellten Forderungen begründen wollte. An der Hand der geschicktesten Vorkommnisse zeigte der Referent, daß das Vorgehen des Ortsvereins darauf berechnet ist, sämtliche Lohnforderungen zurück zu lassen. Während man selbst als Vorarbeiter einen höheren Lohn bezieht, gönnt man anscheinend den Arbeitern nicht die Lohnhöhe. Die Diskussion brachte das gleiche beschämende Bild zutage. In fast allen Abteilungen sind jene Ausschüsse vom Ortsverein demüthigt, durch Schimpfen und Schikanierungen die Verbandskollegen aus der Arbeit zu drängen. Hier wird ein Terrorismus getrieben, der jeder Beschreibung spottet. Die Direktion gibt ihren Segen dazu durch Lohnabzug und einseitige Stellungnahme. Trotz alledem werden die organisierten Kollegen in Ruhe und lässiger Besonnenheit ihre Ziele verfolgen. Die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse wird trotz Ortsverein zur Durchführung kommen. In dem Sinne gelangte folgende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme: „Die versammelten Arbeiter der Berliner Straßenreinigung halten nach wie vor an den eingereichten Forderungen des Arbeiter-Ausschusses fest. Sie protestieren gegen das unerhörte Treiben des Ortsvereins, welcher mit seinen Sonderforderungen dem Verbande in den Rücken fällt und durch seine gehässige Kampfmethode die Durchführung der aufgestellten Forderungen erschweren will. Die Versammelten verpflichten sich, in den einzelnen Abteilungen für den Verband einzutreten und für größere Aufklärung über die Praktiken des Ortsvereins zu sorgen.“

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 25. September, hält der Verein eine Wanderversammlung im

Moabiter Gesellschaftshaus, Bielestr. 24, ab. Herr Dr. Maurson brecher spricht über „Die 48er Revolution“.

In der Generalversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Richtenberg hielt Herr Dr. Weinbaum am Montag einen Vortrag, in dem er die Cholera und die Flecktyphus berührte. Der Redner warnte vor Anwendung des Molekulars Lyfol als Schutzmittel gegen Infektion und empfahl den Gebrauch der grünen Seife und der Reinigung der Hühner in abgekochtem Wasser. Nachdem die Versammlung der verstorbenen Kassiererin Frau Lange ehrend gedacht hatte, wurde an deren Stelle Frau Fischer gewählt. Die Versammlung beschloß dann noch, daß bei Beerdigungen, an denen ein Pastor teilnimmt, der Verein keinen Kranz spenden soll. Zum Schluß wurde auf die Sonntag stattfindende Jugendweibe der Freireligiösen Gemeinde aufmerksam gemacht; den Frauen wurde empfohlen, diese Feier möglichst mit ihren Kindern zu besuchen, soweit diese das zwölfte Lebensjahr erreicht haben.

Witterungsüberblick vom 21. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	767	O	1	wolfig	10	Hapatanda	769	SE	2	heiter	8
Danzburg	767	W	2	halb bb.	10	Petersburg	767	R	1	bedekt	7
Berlin	768	D	2	wolfig	9	Scilly	766	SE	3	halb bb.	12
Kranz a. M.	763	W	2	bedekt	14	Worben	772	SW	2	wolkenl.	8
München	762	SW	2	bedekt	11	Paris	767	SW	2	wolkenl.	9
Wien	761	SW	1	bedekt	14						

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. September 1905. Trocken, vorwiegend heiter bei mäßigen nördlichen Winden; nachts sehr kühl. Berliner Wetterbureau

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Außerordentliche Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Reorganisation der Wahlvereine Berlins und Umgegend. 2. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes wegen Streifbruchs. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung anwesend zu sein. Der Vorstand.

Verband des technischen Bühnen-Personals Sitz Berlin. Sonnabend, den 23. September, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Zentral-Arbeitersekretärs Genossen Bauer über das Unfallversicherungsgesetz. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Wegen der Bedeutung des Vortragsthemas wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Lederarbeiter, Weißgerber und Färber Filiale Berlin I. Freitag, den 22. September, abends pünktlich 8 Uhr, im Marienbad, Badstraße 35/36: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Kommission. 2. Wahl eines Mitgliedes des Zentralvorstandes. 3. Regelung der Lokalkasse. Die Mitglieder werden erlucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Reederei Nobiling. Sonntag, den 24. September: Letzte diesjährige Sonntags-Extrafahrt nach der Berliner Schweiz, Gosener Berge. Dort Konzert und Tanz, Höhenleuer und Alpenglühnen. Abfahrt vom Schultheiß-Garten (Jannoths-Brücke) vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr. — Preise: Hin und zurück 75 Pf., Kinder und einfach 50 Pf. 18655 Es laden ergebenst ein Hermann Gärtner.

Großes Herbst-Konzert. Koppenstraße 29. Louis Kellers Festsäle. Koppenstraße 29. Sonntag, den 24. September 1905. Gesangverein „Norddeutsche Schleife“ M. d. A.-S.-B. Direktion: Herr Herm. Bosch. Instrumental: Neues Tonkünstler-Orchester. Registrieren: Herr Karl Albert Stripp. Eröffnung 6 Uhr nachmittags. Billet inkl. Programm 40 Pf., auch am Eingang. 65/19

Blitz-Schnell kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt: 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für korpulente Herren passend. Dieselben sind von feinen Stoffen und Stoffen, die nur einen Monat ihre Garbe überdauern. 36082* Fahrgehalt wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten. Verantw. Redakteur: Heinrich Wehler, Groß-Lichterfelde. Für den

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsjahre Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV: **Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.** Tages-Ordnung: 1. Stand unserer Bewegung und Bericht der Schlichtungskommission. 2. Diskussion. Kollegen! Indem wir nun in der dritten Woche seit Inkrafttreten des Tarifs sind, ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen, um uns mitzuteilen, wo noch nicht berichtigt ist. Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c: **Versammlung aller in der Metall- u. Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Kräfer.** Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission. 2. Vortrag: „Die Formen der Revolution in der deutschen Geschichte“. Referent: Genosse Dr. Maurenbrecher. 3. Diskussion. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. NB. Um die Versammlung pünktlich eröffnen zu können, werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die an Bohr- und Präsmaschinen beschäftigten Kolleginnen sind zu dieser Versammlung eingeladen. 123/14 Die Ortsverwaltung.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. (G. G. m. b. H.) Montag, den 25. September 1905, abends 7 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35: **6. ordentliche General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Genehmigung des Verteilungsplanes. 3. Dechargeerteilung für den Vorstand. 4. Vortrag des Revisionsberichts des Verbandsrevisors. 5. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 6. Wahl von 5 Aufsichtsratsmitgliedern und 5 Ersatzpersonen dafür. 7. Bericht und Beschlußfassung über das Referatengeschäft. 8. Anträge Reliquier u. Gen.: 1. Verminderung des Verwaltungspersonals um zwei Personen und 2. endgültige Aufhebung des Zentralagers. — Antrag des Aufsichtsrates: „Von den drei angestellten Vorstandsmitgliedern ist eines zu entlassen.“ Zutritt zu dieser Versammlung haben auf Grund des Genossenschaftsgesetzes nur Mitglieder gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches. Wir bitten die Mitglieder um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen. 129/1 Der Aufsichtsrat: C. Mücke. Der Vorstand: Max Henzel, Paul Müller.

Lese- und Diskutierklub „Moabit“. STIFTUNGS-FEST Kunstabend. Postredo: Dr. Maurenbrecher. Sonnabend, 23. Sept., Ahrens Brauerei, Turmstr. 28/29. Preis 40 Pfg. BALL. Anfang 8 Uhr.

Einsegnungs-Anzüge in den neuesten Fassons Tuchkammgarn, Rippskammgarn u. Chuviot reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung zu den billigsten Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum Große Frankfurterstr. 141. Ecke Fruchtstraße. 4130L* Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens u. Südostens. Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle. Inzeratenteil verantr.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands Zahlstelle Ober-Schönnewalde. Den Kollegen hierdurch die traurige Nachricht, daß der Kollege **Albert Foerste** am 19. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. September, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs aus statt. Zahlreiche Beteiligung ermartet. 64/16 Der Vorstand.

Orts-Frankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin. **Ordentliche General-Versammlung der Delegierten** Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Böhm, Preussener Allee 217. Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitsgeber). 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (Arbeitsnehmer). Die Wahlen finden in getrennten Wahlversammlungen statt. Nach den Vorstandswahlen: **Gemeinschaftliche Versammlung** mit folgenden Punkten: 1. Berichtigung des Protokolls. 2. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung des Jahresabschlusses. 3. Sonstige Kassenangelegenheiten. Erscheinen aller Delegierten ist dringend erwünscht. 275/1 Die zugeschickte Karte legitimiert. Der Vorstand: H. A. G. Seidenkranz, Vorsitzender.

Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher Dresdenstr. 100, an der Prinzenstr.

Komplette Küchen-Einrichtungen 130 Teile für 35 Mark 200 " " 75 " 300 " " 150 " Alle Artikel auch einzeln sehr billig. **L. Katz & Co.,** Spandauer-Straße 45, am Moikonnmarkt. Filialen: Kl. Frankfurter, Ecke Kaiserstr. Rixdorf: Bergstr. 7/8 (Oskar Wilke).

H. Zimmermann Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206 Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 4122L* Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Strang reell. — Billigste Preise.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 21. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Bericht des Ausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl eines Kammerers.

Stadtv. Wichelet (Fr. Fr.) teilt mit, daß der Ausschuss beschlossen hat, den Endtermin für die Entgegennahme von Bewerbungen auf den 25. September cr. festzusetzen.

Der Ausschuss, welcher sich mit der Magistratsvorlage wegen des Verkaufes mehrerer der fiskalisch-städtischen Bergwerkssozialität Rüdersdorf gehörigen Wiesen zu befassen hat, ist in der vorigen Woche nach Erfner und nach der Lösung sowie nach Neu-Zittau an der Spree gefahren, hat eine Besichtigung der Wiesen vorgenommen und sich schließlich einstimmig dahin schlüssig gemacht, die Abrechnung der Vorlage zu empfehlen.

Referent ist Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.). Ohne Debatte lehnt die Versammlung dem Ausschussvorschlages gemäß die Vorlage ab.

Die Ringengasse zwischen Schinkelplatz und Niederlagstraße soll eingehen. Die Bank für Handel und Industrie, Eigentümersin der beiden einzigen ihr anliegenden Grundstücke Schinkelplatz 1/2 und 8, will das etwa 300 Quadratmeter große Gelände der Gasse zur Vergrößerung ihrer Geschäftsräume bebauen und bietet der Stadt für den Quadratmeter 700 M. Da die Straße einen Verkehrswert auch nach der Ansicht des Polizeipräsidenten nicht hat, soll der Verkauf und die Eingiehung erfolgen.

Stadtv. Mödler (R. L.) hat gegen die Eingiehung der Gasse nichts einzuwenden, hält aber den Preis von 9000 M. für die Quadratrate in einer solchen Gegend für zu niedrig und beantragt deshalb Ausschussberatung.

Stadtv. Goman (Fr. Fr.) äußert das gleiche Bedenken und schließt sich dem Antrage Mödler an.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Zu der neuen Verpflichtungserklärung, wie sie in der endlich zustande gekommenen Kanalvorlage vom 1. April 1905 hinsichtlich der Garantieübernahme für den Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg von der Stadt Berlin verlangt wird, sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung nach. Wegen die Abmachungen von 1901 hat sich die Garantiesumme von 7 auf 7 1/2 Millionen erhöht, der Betrag der jährlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten von 645 000 auf 655 000 M. Den zehnten Teil des auf Berlin entfallenden Garantieerfordernisses hat, wie 1900 Charlottenburg, unter mehreren Vorbehalten übernommen.

Stadtv. Rosenow (R. L.) gibt seiner Freude Ausdruck, daß in der vermittelten Kanalvorlage wenigstens der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin erhalten geblieben ist. Dieser Kanalbau sei für Berlin von außerordentlicher Bedeutung, wenn letztere sich auch erst in Jahrzehnten vollständig geltend machen werde. Notwendig werde mit der Ausführung des Baues auch eine Hafenanlage im Norden oder Nordwesten der Stadt. Redner bringt mit seinen Freunden einen Antrag ein, wonach der Magistrat aufgefordert wird, die Vorarbeiten zur Anlage dieses Hafens bezw. zur Auswahl des Terrains unverzüglich vorzunehmen.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) hält die Anregung des Vorredners im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für angebracht. Es stehe ja gar nicht fest, ob die Stadt den Hafen selbst bauen wolle. Wenn der Magistrat ein solches Projekt an die Versammlung bringe, werde diese keinen Widerspruch erheben. Die Sache eile absolut nicht und der Antrag sei in seinen Folgen gar nicht zu übersehen.

Die Stadtv. Dine und Rosenow treten dieser Auffassung entgegen und halten nunmehr für doppelt notwendig, dem Magistrat einen Impuls nach dieser Richtung zu geben.

Stadtv. Dove (R. L.) spricht sich nach der von den Antragstellern gegebenen Erläuterung, wonach die Versammlung sich mit der Annahme des Antrages zu nichts verpflichtet, sondern nur auf ein schnelleres Tempo dränge, für den Antrag aus.

Stadtv. Sings (Sog.): Die Notwendigkeit einer solchen Hafenanlage ist längst erwiesen und auch allseitig anerkannt. Selbstverständlich muß mit der Erbauung des Kanals die Anlage eines Hafens Hand in Hand gehen und deshalb ist der Antrag Rosenow dankenswert. Wir werden ihm zustimmen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Stadtv. Reike und Sonnenfeld (R. L.), sowie die Stadtv. Kreilling (R. L.) und Dr. Rathen (Sog.-fortschritt.). Der erstere will nicht „im Norden Berlins“, sondern allgemein „in Berlin“ die Hafenanlage haben. Stadtv. Kreilling betont, daß Charlottenburg drauf und dran ist, einen Hafen zu bauen, und daß Berlin ins Hintertreffen komme, wenn es nicht sofort ein Terrain für die Anlage sich sichert.

Nachdem sich Stadtv. Mommsen schließlich doch für den Antrag im Sinne des Stadtv. Dove erklärt hat, wird der Antrag einstimmig angenommen, ebenso die Vorlage.

Zur Freilegung und Regulierung der Südseite der Bugenhagenstraße zwischen Strom- und Wilhelmshafenstraße sollen die ordnungsgemäßen Anliegerbeiträge den Eigentümern, drei Herren Eckoland und einem Fabrikanten Veccard, gegen sofortige Zahlung von 60 000 M. erlassen werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Mit der Erweiterung der Volkshausbaueinfahrt „Schillingstraße“ durch Ueberweisung des hinteren Teiles von 1003 Quadratmeter des städtischen Grundstückes Holzmarktstr. 34 erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Auf der Südseite der Wallstraße zwischen der Neuen Grün- und Neuen Hofstraße ist die schon 1897 festgesetzte Baufluchtlinie noch immer nicht völlig durchgeführt. Der Neubau der Grünhofstraße zieht die Häuser Wallstraße 15 und 15a erheblich in Mitleidenschaft; die Besitzer Fabrikanten Siegfried und Theodor Simon, fordern jedoch für die Abtretung der zur Erweiterung der Straße gebrauchten Flächen von 63 und 45 Quadratmeter 200 000 M., d. h. für den Quadratmeter 1852 M. Angesichts dieses übertriebenen Preises will der Magistrat die Erwerbung der betr. Grundstücke im Enteignungswege betreiben.

Stadtv. Wallach (R. L.) bedauert, daß eine solche Vorlage nötig geworden ist. Man werde sie leider annehmen müssen, aber man dürfe dies nicht tun, ohne einmal das Verhalten der beiden Herren öffentlich gebührend zu kennzeichnen. Sie hätten Jahr für Jahr die städtischen Behörden mit ihren Forderungen wegen Erweiterung beauftragt und stellen jetzt Forderungen, die parlamentarisch überhaupt nicht mehr zu qualifizieren seien. Die Herren würden sich mit ihrer Hoffnung auf die Enteignung wohl gründlich irren.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Einen hübschen Fortschritt haben unsere Genossen in Duisburg bei den Stadtvorordnetenwahlen zu verzeichnen. Während sie vor zwei Jahren bei erstmaliger Beteiligung nur 243 Stimmen erhielten, brachten sie diesmal 629 Stimmen auf. Das ist angesichts der öffentlichen Abstimmung und des gewaltigen Einflusses der Großunternehmer

und des Zentrums ein respektabler Erfolg. Die Zentrumsliste erzielte 1578 und die bürgerliche Wählerliste, mit einem Renommierarbeiter geschmückt, 2222 Stimmen. Also auch im Verhältnis zu den Stimmen der Gegner können sich unsere Stimmenzahlen schon sehen lassen.

Dem Genossen Ritsch, der im Gefängnis irgend eine Zeitungsschreiberfrechheit haben muß, hatte der Staatsanwalt die Selbstbeschäftigung verweigert. Auf die an den Justizminister gerichtete Beschwerde hat Ritsch jetzt, nachdem er vier Wochen Schutzlofen genaugelt hat, die Genehmigung zur Selbstbeschäftigung erhalten.

Der außerordentliche Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie, auf dem bekanntlich die Militärfrage behandelt werden soll, wird, wie soeben die Parteileitung mitteilt, mit Rücksicht auf die Nationalratswahlen erst im Januar oder Februar 1906 stattfinden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wann beginnt die „Verteilung“ von Flugblättern?

Die Tischler Neumann und Maul aus Dels waren mit Flugblättern: „Auf zur Wehr!“ nach Festenberg gefahren, um sie in den Tischlereien der Umgegend an die Gesellen zu verteilen. Sie taten das selbst, gaben aber auch einigen Straßen auf der Straße eine Anzahl Flugblätter zum Verteilen in bestimmten Werkstätten. R. und M. wurden deshalb wegen Uebertretung der §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes angeklagt. Nach diesen Paragraphen, soweit das Reichspreßgesetz sie aufrecht erhält, ist u. a. strafbar, wer ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis Bekanntmachungen, Plakate oder Ausrufe auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten unentgeltlich verteilt. Eine Erlaubnis hatten die Angeklagten nicht. Sie bestritten, strafbar zu sein, da eine Verteilung der Flugblätter auf öffentlichen Straßen, wie die Anklage annahm, gar nicht erfolgt sei. Wenn sie auf der Straße einigen Straßen Flugblätter gegeben hätten, so könne darin eine „Verteilung“ nicht gesehen werden, denn die Jungen hätten ja nicht Kenntnis von dem Inhalt nehmen, sondern ihrerseits die erhaltenen Blätter erst verteilen sollen, und zwar in Werkstätten und nicht auf öffentlichen Straßen etc. Die Jungen seien nur Beauftragte gewesen.

Die Strafkammer in Dels als Berufungsinstanz war jedoch anderer Meinung und verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen von je 30 M. Das Gericht meinte, die „Verteilung“ habe schon begonnen, als die Angeklagten den Anaben auf der Straße eine Anzahl Flugblätter zum Verteilen in den Werkstätten übergeben hätten, also hätten die Angeklagten schon auf der öffentlichen Straße mit der Verteilung begonnen. Das Flugblatt: „Auf zur Wehr!“ stelle aber auch einen Ausruf dar, denn die Tischlergesellen würden dadurch aufgefordert, gegen den Willen ihrer Meister dem Verbande treu zu bleiben bezw. sich ihm anzuschließen. Die Höhe der Strafe sei gerechtfertigt, weil diese Ausrufe den Klassenhaß förderten.

Das Kammergericht hat jedoch in seiner letzten Sitzung dies Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Ausgeführt wurde: Die Aufassung des Landgerichts über den Beginn der Verteilung sei richtig. Durch die Abgabe der Blätter an die Kinder habe die Verteilung nicht begonnen, vielmehr seien die fraglichen Blätter erst verteilt worden, als die Kinder sie den Tischlern gaben, für die sie bestimmt waren. Wenn die Kinder gleich den Angeklagten dies nur in Werkstätten taten, dann sei das angezogene Gesetz nicht anwendbar.

Jedes Juristenherz muß vor Freude hüpfen über die knifflige Frage, die den Kernpunkt dieses Prozesses bildet: für den Staatsbürger aber ist es doch recht lässlich, daß eine so einfache Sache, wie die Verteilung von Flugblättern zu denartigen Aktionen führen und Doktorfragen von solcher Reinheit veranlassen kann.

Aus Industrie und Handel.

Ernte-Aussichten. Nach dem offiziellen Bericht des Statistischen Amtes hat sich seit Mitte August der Stand des Acker, der Luzerne und der Wiesen weiter gebessert, während der Stand der Kartoffeln sich ein wenig verschlechtert hat, doch können gegenüber den letzten Jahren die Aussichten der Kartoffelernte noch immer als recht gute gelten. Wie die „Statistische Korrespondenz“ berichtet, haben die häufigen Niederschläge und die geringere Sonnenscheindauer das Trocknen und Einfahren der Pflanzfrüchte so sehr verzögert, daß vereinzelt noch Sommerweizen- und Hafermandeln draußen stehen und erheblich unter Auswasch leiden; auch für das in Mieten stehende Korn fürchtet man. Oftmals werde über den nicht unbedeutenden Verlust geklagt, welcher durch das Ausfallen der Körner beim Wenden der geschnittenen Frucht zum Trocknen in diesem Jahre entstanden sei. Der Weizen folle schlechter schütten, als vorher angenommen war. Ebenso hätten Probepfläuche von Roggen und Hafer den Erwartungen nicht entsprochen. Die ungünstige Bitterung habe auch eine Verzögerung in der Veffelung der Acker zur Winterfaat verursacht, so daß diese nur in wenigen Genden weit vorgeschritten sei; vielfach habe sie sogar, da der nasse Boden sich nicht verarbeiten lasse, noch nicht in Angriff genommen werden können. Ungünstig lauten die Nachrichten über die noch zu erntenden frühen Kartoffeln, welche mit wenigen Ausnahmen von Fäulnis befallen sein sollen. So stelle sich bei den feineren Sorten, besonders den in Regierungsbezirk Alenburg gebauten Vierkartoffeln und der Frucht in besseren Böden eine schlechtere Beschaffenheit heraus, als dies vorausgesehen gewesen sei. Die Meldungen über hohe Krankheitsziffern seien recht zahlreich; vielfach würden sie auf 90 Proz. geschätzt. Am meisten habe die Bitterung den Futterpflanzen genügt. Leider sei der Ertrag mancher Felder trotz mehrmaligen Wendens zum Trocknen minderwertig geworden, mitunter ganz verborben, so daß das Heu als Futter keine Verwendung finden könne. An sich seien die Erträge dieser Pflanzen seit langen Jahren nicht so hohe gewesen, wie im laufenden.

Beschäftigung im Holzgewerbe. Die Veffierung des Geschäftsganges im Holzgewerbe macht von Monat zu Monat Fortschritte. Der Holzarbeiterverband, der über 110 000 Mitglieder zählt, hatte Ende des Monats August nur 901 Arbeitslose. Ende Januar des laufenden Jahres waren es 2082. Verhältnismäßig am stärksten noch Ende August die Arbeitslosigkeit noch in Berlin und Umgegend, wo 414 Arbeitslose gezählt wurden. Von den verschiedenen Zweigen des Gewerbes ist die Bautischlerei noch immer am lebhaftesten beschäftigt. Eine ganze Reihe kleinerer Betriebe hat sich im Laufe dieses Sommers wesentlich vergrößern können, da die reiche Arbeitslofenheit, ziemlich gute Preise und verhältnismäßig billiger Kredit es auch kleineren Arbeitgebern ermöglicht, größere Aufträge auszuführen. In der Möbelindustrie ist die Beschäftigung nicht gleichmäßig. Gut beschäftigt sind die Firmen, die Fabrikware erzeugen und namentlich über billige Arbeitskräfte verfügen. Das trifft namentlich für die Betriebe in Sachsen zu. Die süddeutsche Möbelindustrie klagt offen über die sächsische Konkurrenz, die stärker auf den Arbeitslofen drückt und deshalb billiger verkaufen könne.

Preisrückgängen im Berliner Spediteurgewerbe. Der Verband der Berliner Speditoren hat, wie die „National-Ztg.“ mitteilt, den Beschluß gefaßt, Kollgeld von 60 auf 70 Pf., d. h. um circa 16 Proz. pro Doppelzentner, zu erhöhen. Der neue Tarif, der sich sowohl auf die von Berlin ausgeführten als auch vorausichtlich auf die nach Berlin eingeführten Güter beziehen wird, soll bereits am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten. Eine Erhöhung der Speditorenkosten fand bekanntlich schon vor einigen Monaten statt, indem durch die Speditoren pro Frachtbrief eine Gebühr von 20 Pf. neu eingeführt wurde.

Einnahmen amerikanischer Eisenbahnen. 50 Millionen Dollar ist eine enorme Summe als Jahreseinnahme für eine Eisenbahn, sagt „Bradstreet's Journal“, und doch gibt es in den Vereinigten Staaten sieben Eisenbahngesellschaften, die eine höhere Jahreseinnahme erzielen. Das Bahnhaupt der Pennsylvania-Gesellschaft brachte allein im vorigen Jahre 238 242 000 Dollar ein. Dabei sind gepachtete Linien mit eingeschlossen. Das Hauptstück der Bahn figuriert trotzdem an erster Stelle unter den folgenden sieben Linien mit dem Einkommen vom Jahre 1904:

Table with 2 columns: Railroad Name and Revenue. Includes Pennsylvania Railroad (118 145 000), Southern Pacific Company (62 983 000), New York Central and Hudson River (78 578 000), Atchafson, Topela and Santa Fe (68 171 000), Baltimore and Ohio (65 200 000), Chicago and North Western (30. Juni 1904 bis 30. Juni 1905) (55 745 000), Union Pacific (55 279 000).

Diese sieben Gesellschaften haben eine Meilenlänge von 48 700 englischen Meilen, beinahe 25 Proz. des gesamten Eisenbahnnetzes der Vereinigten Staaten. Die Einnahmen sind seit mehreren Jahren stetig gestiegen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Pompadourdieb, der längere Zeit den Tiergarten durch seine Raubanfalle unsicher gemacht hatte, wurde gestern in der Person des Kaufmanns Isidor Cohn dem Schöffengericht I vorgeführt. Im Sommer d. J. wurden bekanntlich selbst in den belebtesten Gegenden des Tiergartens Raubanfalle auf Frauen ausgeführt, die auf dem Wege nach ihrer Wohnung den Tiergarten passieren mußten. Eine im Hofviertel wohnhafte Frau Dr. V. ging eines Abends im Juli d. J. kurz nach zehn Uhr durch die Hoflager-Allee, um nach ihrer Wohnung zu gelangen. Plötzlich trat ein längerer Mensch auf sie zu, entriß ihr mit schnellem Lauf die Handtasche und war, ehe die auf's höchste erschreckte Frau um Hilfe rufen konnte, im Dickicht des Tiergartens verschwunden. Kechnlich erging es anderen Frauen, welche den belebtesten Teil der Charlottenburger Chaussees zwischen dem Kleinen Stern und dem Brandenburger Tor passieren. Die bestohlenen Frauen wurden zum Teil in eine äußerst unangenehme Lage versetzt, da sich in den Pompadours und Handtaschen vielfach auch noch die sämtlichen Wohnungsschlüssel befanden. Eine der Bestohlenen, ein Fräulein Joost, erkannte eines Tages auf der Straße den Angeklagten Cohn wieder und ließ ihn festnehmen. — Vor Gericht bestritt C. jede Schuld. Er wurde indessen von sämtlichen Bestohlenen wiedererkannt. Mit Rücksicht auf das überaus gemeingefährliche Treiben des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Ein Akt der Selbsthilfe führte gestern den Kaufmann Eugen May und den Klempnermeister Franz Kämmersch unter der Anklage des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und der Nötigung vor den Strafgericht. Der erstangeklagte May erwarb im Mai d. J. käuflich ein Kolonialwarengeschäft mit anschließender Wohnung. Er mußte ein Fräulein H. als Mieterin mit in Kauf nehmen, die von seinem Vorgänger eine Stube als Untermieterin abgemietet hatte. Da ihm der frühere Inhaber mitteilte, er habe Fräulein H. zum 1. Juni gekündigt, gab sich May damit zufrieden. Als der kritische Tag heranlam, mußte er zu seinem größten Leidwesen konstatieren, daß die ihm unangenehme Mieterin keinerlei Anstalten zum Auszug traf, obwohl die Frist abgelaufen war. Es lam zu einem längeren Parlamentieren, das sich bis zum 22. Juni hinzog. Nunmehr war es mit der Geduld des M. vorbei. Er forderte Fräulein H. auf, die Wohnung zu verlassen. Diese gebrauchte die Ausrede, daß das Türschloß nicht funktioniere und sie deshalb nicht herauskomme; wenn es ihm Späß mache, könne er ja durch das Fenster klettern. Der M. leistete sich auch diesen Späß und kletterte mittels einer Leiter in das Zimmer, wo er Fräulein H. noch im tiefsten Regliche traf. Zugleich ließ er durch den jetzt mitangeklagten Klempnermeister die Tür von außen öffnen und zwang so die „Dauermieterin“ zum Auszug. — Der Gerichtshof nahm den Ausführungen des Rechtsanwalts Doktor Werthauer gemäß an, daß es sich um einen Akt erlaubter Selbsthilfe handele, da Fräulein H. unberechtigt in der Wohnung verweilt hatte. Das Urteil lautete deshalb auf kostenlose Freisprechung beider Angeklagten.

Der Raubanfall auf die Fahrkartenverkäuferin Effenberg an der Untergrundbahnstation Zoologischer Garten kommt nunmehr am 4. und 5. Oktober in der demnächst unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Busch beginnenden Schwurgerichtsperiode am Landgericht II zur Verhandlung. Angeklagt wegen versuchten Raubmordes ist der im Jahre 1878 zu Koniolewo, Kreis Neustomisch geborene Bauarbeiter Karl Schönborn. — Am 25. Februar d. J. wurde das Fahrkartenhäuschen der Untergrundbahnstation Zoologischer Garten der Schauplatz eines Raubanfalls. Das dort beschäftigte Fräulein Effenberg wurde von einem unbekanntem Mann, der es offenbar auf die Kasse abgesehen hatte, überfallen und erhielt mehrere Schläge mit einem scharfgeschliffenen Beil. Der beschuldigte Raub mißglückte, der Täter entkam. Am Tatort ließ er eine Witzge, die in der weiteren Untersuchung eine große Rolle spielen sollte. Umfangreiche Ermittlungen lenkten den Verdacht auf den früher bei der Untergrundbahn angestellt gewesenen Angeklagten Schönborn. Die aufgegriffene Spur führte schließlich zu der Verhaftung des S. und zur Erhebung der jetzigen Anklage, die sich allerdings nur auf Indizienbeweise stützt. Von den Rechtsanwaltschaften Dr. Werthauer und Dr. Karl Löwenthal sind, außer den von der Anklagebehörde geladenen 30 Zeugen, noch ferner 30 Entlastungszeugen geladen worden, so daß die Verhandlung wohl kaum in zwei Tagen beendet sein wird.

Ueber den Prozeß gegen Eisenbahnbeamte in Schneidemühl haben wir vor einigen Tagen berichtet. Heute liegt zu dieser Angelegenheit folgende Meldung vor:

Die heutige Verhandlung gegen Bahnmeister Welle und Genossen begann mit einer großen Ueberraschung. Bei ihrem Beginn erhob sich der Angeklagte Welle und legte folgendes Geständnis ab: „Herr Präsident, ich habe eingesehen, daß ich mit meinem Zeugnen nicht durchkomme, und ich habe es mir überlegt, daß es keinen Zweck hat, die Herren Geschworenen und Richter noch länger anzuhalten. Das Gewissen plagt mich fortwährend, des Nachts habe ich keine Ruhe und ich kann nicht essen und nicht trinken. Ich habe unterschlagen. Im Jahre 1899 hatte ich einen Ueberfluß an Schienen und anderem Material, den ich mir nicht ausflären konnte. In dieser Zeit fragten die Deutschen Feldbahnindustriewerke Danzig an, ob ich Schienen usw. abzugeben hätte. Da dachte ich mir, ich könnte das Geschäft unter der Hand machen und etwas dabei verdienen. Auch später habe ich noch verschiedene Male überschüssiges Material freihändig zum eigenen Vorteil verkauft. Bei den Geschäften mit Friedeberg war ich nicht beteiligt. Ich habe mit Friedeberg überhaupt nicht persönlich in Geschäftsverbindung gestanden. Die Briefe von Wigand, an mich adressiert, existieren nicht. Sie sind alle frei erfunden, ebenso wie die Person des Wigand überhaupt. Die Unterschleife haben sich hingezogen bis zum Jahre 1903, also bis kurz vor meiner Verhaftung.“

Gegen 11 Uhr wurde darauf die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen zur Befestigung der von Welle nunmehr zugegebenen Unterschlagungen. Die auswärtigen zum Fall Welle geladenen Sachverständigen und Zeugen wurden telegraphisch abbestellt. — Das Geständnis Welle's rief lebhaftes Gekommel hervor.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Mittenwalde ist das Lokal von Ernst Meises streng zu meiden, da der Herr lieber im Arbeiterverein bleibt als der Arbeiterschaft sein Lokal zur Verfügung zu stellen.

Die Parteigenossen des sechsten Kreises (Schönhauser Vorstadt) veranstalten morgen in den Räumen der Brouerei Königsplatz, Schönhauser Allee 9, einen Kunstabend. Die zu dem Feste gewonnenen Kräfte lassen einen genussreichen Abend erwarten.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung

Ist diesmal wenig Bemerkenswertes zu melden, wenigstens aus dem öffentlichen Teil ihrer Verhandlungen. Zu Erörterungen von Belang kam es nur bei einer Vorlage, die die Beteiligung der Stadt Berlin an dem Kanalunternehmen Berlin - Stettin durch Garantieübernahme betraf.

Interessant war diesmal der nicht öffentliche Teil der Sitzung. Auf der Tagesordnung stand eine Vorlage betreffend das bevorstehende Fest der silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars.

Wie die Fleischsteuer wirkt,

das merkt in den unbemittelten Gesellschaftsklassen jede Hausfrau an ihrer Wirtschaftskasse, die jetzt trotz aller Einschränkungen noch weniger als sonst langen will.

Die Berliner „Volk's-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft“ ist die erste, die sich meldet und öffentlich festgelegt zu haben wünscht, daß die Fleischsteuer auch bei ihr sich fühlbar macht.

Zur Unternehmung von der Art der genannten Gesellschaft ist eine Frequenzsteigerung gerade in solchen Zeiten nicht ganz ungewöhnlich. Die Gesellschaft selber muß jetzt pro Pfund Fleisch 10-15 Pf. mehr zahlen, je nach der Qualität.

Zwangslage gekommen, ihren Kunden die Mehrbelastung aufzupacken, um zu verhindern, daß der Betrieb ganz eingestellt werden müßte.

Leuerungen bilden für solche Unternehmungen die Feuerprobe. Gerade wenn die Lebensmittel im Preise steigen, könnten sie einige Bedeutung erlangen, aber gewöhnlich beginnt es gerade dann auch bei ihnen zu hapern.

Eine Warnung vor dem Serienlosgewinn.

Die auch für Berlin angebracht ist, erläßt unser Lübecker Parteiblatt. Zum besseren Verständnis unserer Leser schicken wir voraus, daß ein Serienlosgewinn ein privater Schuldittel ist.

Auf's Geratewohl greifen wir einen Prospekt eines derartigen „Ehrenmannes“ heraus, an der Hand dessen wir nachweisen, in welcher schamloser Weise die Börsen Hunderttausender Unwissender geplündert werden und munde Leute mit leineswegs tabelloser Vergangenheit sich dadurch ein molliges Leben machen, indem sie die niedrigsten Instinkte, die Dummheit der Masse ausbeuten.

Wer sich weigert, die Beiträge zu zahlen, wird durch massenweise veränderte Druckfaden unter Androhung der Klage dazu aufgefordert und meistens auch wieder eingeschüchtert.

Die Lindenstraße soll, wie wir gestern schon meldeten, nach einem Beschluß der Tiefbaudeputation von der Kommandantenstraße aus in gerader Richtung nach der Veitstraße verlängert werden.

An die Adresse der Behörden. Schon mehrfach haben wir in letzter Zeit den Unfug geahndet, amtliche Aktenstücke, die zum Einstampfen dienen sollen, derart in den Verkehr zu bringen, daß sie sonstjeden jedermann zugänglich sind.

In der Straßstraße gegen N. N., P. L. 8832, 02 wegen Vertrages, wird die Igl. Polizeidirektion um Löschung der unter dem 7. Januar cr. nachgelagerten Rotierung des Handlungsgehilfen N. N. geboren am ... zu Berlin gebeten.

An die Igl. Polizeidirektion. Einwohnermeldeamt in Rixdorf.

Das Unheil, das mit der öffentlichen Verbreitung von amtlichen Aktenstücken solchen und ähnlichen Inhalts angerichtet werden kann, ist gar nicht zu überschauen.

Der Brunnenplatz an der Panstraße vor dem dortigen Amtsgericht wird demnächst eine dem großen Platz angemessene gärtnerische Ausgestaltung erhalten und Schmuckstreifen sollen längs der Promenade an der Lothringersstraße hergestellt werden.

Hausbesitzer und Gemeininteresse. Der Ankauf der Grundstücke in der Alten Jakobstraße zur Verbreiterung eines Teils der Alten Jakobstraße zwischen Ritter- und Drantenstraße ist von der städtischen Tiefbaudeputation wegen der zu hohen Grundstückspreise abgelehnt worden.

Ein fribriesslich verfolgter Rechtsanwalt. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat hinter dem Rechtsanwalt Ludwig Dossing, bisher beim Landgericht I Berlin zugelassen, einen Strohbrief erlassen.

Vertrages, der Unterschlagung und der Untreue beschuldigt. Dosing sollte sich wegen dieser Straftaten am 9. d. M. vor der 2. Ferienstrakammer des Landgerichts I verantworten, der Termin mußte aber verlagt werden, da der Angeklagte inzwischen Berlin verlassen hatte und zur Verhandlung nicht erschienen war.

Ein Berlin-Dresdener Theaterkrach. Ein für das deutsche Theaterpublikum interessanter Prozeß beschäftigt gestern das Dresdener Schöffengericht. Im Februar d. J. fand im Dresdener königlichen Schauspielhaus die Uraufführung des von dem Regisseur der Berliner „Täglichen Rundschau“ Theodor Roth verfassten Schauspiel „Ovid“ statt.

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem zwei Personen aus Berlin schwer verletzt wurden, hat sich am Mittwoch im Habellande zugetragen. Etwa um neun Uhr abends fuhr ein in der Richtung von Berlin kommendes Automobil, in dem sechs Personen saßen, mit rasender Schnelligkeit durch die Kreisstadt Rauen.

Die Bräutchenfrage in den Restaurants soll nach der Erklärung des Obermeisters Vogel von der Berliner Gastwirts-Innung, der der vorbereitenden Kommission für die Bräutchenfrage angehört, dahin geregelt werden, daß die Restaurateure sich verpflichten, jedem Gast ein Stück Weichbrot oder Schwarzbrot zu jeder Speise zur Verfügung zu stellen.

Ein schwerer Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Arbeitswagen fand gestern, Donnerstag, mittig gegen 12 Uhr in der Langhausstraße in Weihensee statt.

Der Untergang von Pompeji ist Donnerstagnachmittag endgültig durch den Hammer des Gerichtsvollziehers festigt worden. Es fand der zwanglose Verkauf der beweglichen Gegenstände der ehemaligen Schaustellung statt.

Die Nordgerüste, die aus Anlaß des Leichenfundes im Hause Gadiners Nr. 23 entstanden waren, sind, wie wir jetzt erfahren, hinfällig geworden. Eine eingehende ärztliche Untersuchung der Leiche, der Ehefrau des Kaufmanns Nowak, hat ergeben, daß sie an einem Schlaganfall verstorben ist.

Ein eigenartiges Schiffungsglück verursachte gestern eine längere Verleschörung auf der Havel. Eine mit Treibstoff hoch beladene Obergalle, welche nach Berlin bestimmt war, fuhr unter Segel die Havel abwärts, als ein plötzlicher starker Windstoß die Segel erfasste und das Fahrzeug weit nach Vordbord legte.

festlich entlassene Fahrzeug schlug nun nach Steuerbord hinüber, und zwar mit solcher Gewalt, daß es fast zu kentern drohte und der Rest der Ladung in die Havel geschleudert wurde. Tausende von Brethern bedeckten den Flußlauf und machten eine Zeit lang die Schiffsahrt unmöglich. Die Böjer wurden von der Strömung erfasst, abgetrieben und zum Teil nach dem Lande geschwemmt. Die Bergungsarbeiten wurden zwar sofort aufgenommen, doch dürfte es mehrere Tage dauern, bevor der Schiffer wieder in den Besitz seiner vollen Ladung gelangt.

In ein Messer gefallen. Lebensgefährliche Verletzungen zog sich gestern der Arbeiter Albert Böse, Adalbertstr. 79 wohnhaft, zu. Er passierte die Oranienstraße, als er, dort auf einen Obstreiter tretend, ausglitt und zu Boden stürzte. Er trug in seiner Brusttasche ein spitzes Küchenmesser, dessen Klinge ihm bei dem Fall in die Kehlkopföhle drang. Dem Arbeiter wurde die Hauptader durchschnitten, so daß sich aus der Wunde ein dicker Blutstrahl ergoß. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße gebracht, wo selbst es dem anwesenden Arzte gelang, die Blutung zu stillen. Böse, der durch den großen Blutverlust stark geschwächt war, wurde nach einem Krankenhaus überführt.

Seinem Transporteur entzogen. Ein Straßengefänger Fritz Greyer aus Waldenberg i. M., ein junger Mann von 20 Jahren, der zu Hoffen im Gefängnis saß und als Zeuge in einem Prozeß einer Strafkammer am Landgericht I vorgeführt wurde. In der Großen Frankfurterstraße gelang es dem Gefangenen, seinem Transporteur zu entweichen, und bis jetzt ist er nicht wieder ergriffen.

Rot und Glend haben die 41 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Dreimter geborene Gabel aus der Swinemünderstraße 48 zum Selbstmord veranlaßt. Seitdem ihr Mann sich in der Arrenanstalt zu Dalldorf befand, hatte die Frau für sich und ihre drei Kinder im Alter von 4, 9 und 12 Jahren allein zu sorgen. Das sie aber mit Schneidern und Nähen verdiente, blieb fast immer unter 15 Mark die Woche. Das reichte nicht aus; so sehr sie sich auch anstrenzte, es gelang ihr nicht, den Verdienst wesentlich zu steigern. Ihre Lage wurde noch verschlechtert, als ihr Mann aus der Anstalt beurlaubt wurde und sich bei ihr aufhielt. In der Verzweiflung trank sie gestern Ethyl und starb bald darauf an den Folgen der Vergiftung. Der Mann wurde wieder nach Dalldorf gebracht, während die Kinder im Waisenhaus Unterfunkt fanden. Wo blieb denn in diesem Falle die Armenverwaltung?

Unter Einsperrung des Bestohlenen suchten in der vordergangenen Nacht Einbrecher den Eisenwarenhändler Richard Gessäke in der Wasserstr. 67 heim. Sie stiegen über die Schuhtreppe vor dem Schaufenster in den Kellerkammer hinab, brachen eine Fensterscheibe ein und gelangten so in den Lagerkeller. Dort erbrachen sie mit Stemmheilen eine Tür an der Ladentreppe, über die sie dann zum Laden hinaufstiegen. Weil die Wohnung Gessäkes an den Laden anstößt, schlossen sie, um sich gegen Ueberraschungen zu sichern, die Wohnungstür ab. Aus der Ladenkammer, die sie nun erbrachten, erbeuteten sie nur 15 M. Wechselgeld. Hiermit nicht zufrieden, nahmen sie noch 20, 25 und 30 der besten Revolver, Taschenmesser und Scheren mit, so daß der Bestohlene im ganzen einen Schaden von 500 M. erleidet. Als die Gessäkeschen Eheleute gestern früh 6 Uhr erwachten, fanden sie sich zu ihrer Verwunderung eingeschperrt. Es blieb ihnen zu ihrer Befreiung nichts anderes übrig, als eine Türscheibe einzuschlagen und sich so einen Ausgang zu schaffen. Jetzt entdecken sie den Einbruch. Der Bestohlene ist gegen den Schaden nicht versichert. Von den Einbrechern hat niemand im Hause etwas gehört oder gesehen. Auch Gessäke und seine Frau haben nicht das geringste Geräusch bemerkt. Von den Dieben fehlt daher jede Spur.

Untererschlagungen eines künftigen Juwelendiebes. Wie sich jetzt herausstellt, hat der flüchtige Juwelendieb Eilan, dessen Unterschlagungen in Höhe von 300 000 M. wir bereits meldeten, noch zwei andere Firmen um 70 000 und 40 000 M. geschädigt. Das unbegrenzte Vertrauen, das die um 300 000 M. geschädigte Firma Heßpe dem Destandanten entgegenbrachte, ist, wie man aus Hamburg berichtet, darauf zurückzuführen, daß Eilan im März für diese Firma allein 150 000 M. Juwelen in Kommission genommen und glatt abgerechnet hatte. Ein kleiner Teil der Goldwaren soll schon bei Hamburger Pfandleihern entdeckt worden sein, dagegen fand man in seinem Kontor nichts, was auf seine Spur führen könnte. Eilan hat offenbar seine Flucht lange Zeit in Ruhe vorbereitet. Inzwischen hat die Hamburger Staatsanwaltschaft hinter dem flüchtigen einen Steckbrief erlassen.

Feuerbericht. Donnerstag früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Androstr. 88 gerufen. Bei ihrer Ankunft fand dort ein angebauter Hausveranda, der mit Brettern, Risten usw. angefüllt war, in Flammen. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Ueber die Entstehungursache ist nichts ermittelt. — In der Köpenickerstr. 121 kam dann in einem Besamenden- und Wollwarengeschäft Feuer aus, das sich auch auf das Schaufenster ausdehnte, aber bald abgebläht werden konnte. — Drei weitere kleine Brände mußten schließlich noch in der Ritterstraße 91, Cöllnenerstr. 20 und in der Dalldorferstr. 88 erloschen werden. — Wegen eines Verkehrshindernisses erfolgte dann noch ein Alarm nach dem Aurfürstendam. Vor dem Hause Nummer 254 war ein Geschäftswagen mit einem Automobil zusammengestoßen, wobei ein Pferd mit einem Hinterfuß zwischen das linke Hinterrad und die Feder des Kraftwagens geriet, so daß es nicht herauszubekommen war. Die Wehr befreite das Tier aus seiner qualvollen Lage.

Eine Fahrrad- und Automobil-Ausstellung ist gestern mittig in der Neuen Welt, Hafenside, eröffnet worden. Es ist die erste ihrer Art in Deutschland und von der Bedeutung, die der Automobil-Industrie von der Regierung beigelegt wird, zeugt der Umstand, daß der Eisenbahnminister Rudde und eine ganze Reihe anderer Exzellenzen das Ehrenpräsidium des Unternehmens bilden. Dem Automobil wird, und wohl mit Recht, besonders in militärischen Kreisen ein großer Wert zugesprochen, und daher jagt jetzt ein ministerieller Erlaß den andern, worin darauf hingewiesen wird, daß auf öffentlichen Festzügen dem Kraftfahrzeug gebührender Respekt zu sollen ist. Bei der Eröffnung waren als Repräsentanten der Stadt Berlin Bürgermeister Reide und Stadtdirektor Kämpf zugegen, desgleichen waren verschiedene höhere Polizeibeamte erschienen. Zu der Ausstellung selbst ist zu bemerken, daß außer dem Auto auch das Fahrrad, das in letzter Zeit ganz in die Mode gedrängt wurde, vertreten ist, wenn auch nicht in dem Umfange wie das Kraftfahrzeug mit allem Zubehör. Das Fahrrad ist ja nun einmal gesellschaftlich gesunken, denn während es vor zehn Jahren in „besseren“ Kreisen zum guten Ton gehörte, tapfer darauf los zu radeln, sucht die zahlungsfähige Welt jetzt ihre Ehre darin, auf dem Automobil den Selbstmord zu sterben. Das Fahrrad ist proletarisiert worden und dient vielfach dem Arbeiter als Beförderungsmittel. Solches ist allerdings nur dadurch möglich geworden, daß der Preis in 10 Jahren auf etwa ein Drittel gesunken ist. In der Neuen Welt sind 107 Aussteller vertreten, deren Ergebnisse sich auf einer mittleren Linie halten. Das Motorzweirad steht man in verschiedenen Exemplaren und ebenso eine Reihe Luxuswagen und leichter Geschäftswagen, doch fehlen die großen Rennwagen und, was bedauerlicher ist, große Wagen für Geschäftszwecke. Vielleicht machten räumliche Rücksichten solche Entfallsamkeit notwendig, doch haben auch verschiedene größere Fabriken sich völlig von der Ausstellung ferngehalten. Reichhaltig sind in der Neuen Welt die verschiedenen Einzelteile vertreten, wie Reifen, Luftpumpen, Laternen, Motoren, Räder, Felgen, Angellager und Pedalteile. Auf Einzelheiten einzugehen, scheidet zu weit, und wir müssen daher den Interessenten auf den Besuch der Ausstellung selbst verweisen.

Urania. Die im Winterquartal 1905 stattfindenden gemeinverständlichen Vorträge der Urania, welche im Hofsaal der Urania in der Laubenstraße und im großen Hofsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße in den Monaten Oktober bis Dezember gehalten werden, umfassen die nachstehenden Gebiete: Die physikalischen Grundlagen der Elektrotechnik, 10 Experimentalkonferenzen von Dr. D. Donath. Anorganische Chemie in ihrer Anwendung auf

Industrie und Technik, 10 Vorträge von Herrn Dr. von Unruh. Die Grundlagen der allgemeinen Biologie, 6 Vorträge aus dem Gebiet der Biologie mit Lichtbildern von Herrn Dr. C. Thesing. Einleitung in die sphaerische Astronomie und die Theorie der astronomischen Zeit- und Ortsbestimmung: 1. Die Vorausberechnung der Himmelserscheinungen, 8 doppelstündige Vorlesungen von Herrn Dr. P. Schwahn. Astronomische Vorträge: 1. Das Sonnensystem, 5 Vorträge von Herrn Privatdozenten Dr. F. Rittenpart und 2. Die Fixsternwelt, 6 Vorträge mit Lichtbildern von Herrn Privatdozenten Dr. F. Rittenpart. Ausführliche Prospekte dieser Vorlesungen sind an den Kassen erhältlich oder werden an Interessenten auf Wunsch kostenlos gesandt.

Theater. Im Thalia-Theater geht am nächsten Sonntag-nachmittag „Der Hüttenbesitzer“ in Szene. Das Abendrepertoire beherrscht nach wie vor „Bis früh um fünf“, der lustige Schwank, der heute Freitag die 25. Aufführung erlebt. „Charles Zante“ geht erst wieder am 8. Oktober nachmittags in Szene. — Lustspielhaus. Die heutige Eröffnung von „Jahmarkts in Pulsnitz“ beginnt, ebenso wie die erste Wiederholung am Sonntagabend, um 8 Uhr. Morgen Sonnabend wird „Der Familientag“ wiederholt. Anfang 8 1/2 Uhr. — An dem Schiller-Abend, den die Direktion des Schiller-Theaters am Sonntag, den 24. September, im Bürger-Saal des Rathauses veranstaltet, hält Dr. Raphael Löwenfeld den einleitenden Vortrag. Der musikalische Teil steht unter Leitung des Kapellmeisters Karl Boeke.

Eine Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten für die in Italien durch das Erdbeben Geschädigten findet am Freitag, den 29. September, im Circus Busch statt. Kommissionsrat Busch hat für diesen Feste-Abend ein ganz besonders gewähltes, reiches Programm zusammengestellt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Frage des Rathausneubaus, die schon mehrfach die städtischen Behörden mehrfach beschäftigt hat, wird am kommenden Montag die Stadtverordneten-Versammlung wieder beschäftigen. Ein von mehreren Stadtverordneten unterzeichnetem Antrag fordert eine Beschleunigung der Angelegenheit. Die bisherigen Räume des Rathauses reichen seit langem nicht mehr aus, so daß ein Bureau nach dem anderen in Mieträumen untergebracht werden muß, wodurch der Stadt Schöneberg selbstverständlich enorme Kosten erwachsen. Die zur Vorbereitung dieser Frage seinerzeit eingesetzte Deputation hält am geeignetsten für den Rathausneubau das städtische Grundstück am Platz R an der Martin Lutherstraße, in der Nähe des zukünftigen Stadtparks. Die Baugröße ist mit den Vorarbeiten auf fünf Jahre veranschlagt. Bei einem nicht unerheblichen Teile der Stadtverordneten-Versammlung besteht jedoch der Wunsch, das Rathaus in Alt-Schöneberg zu errichten. In Anbetracht der hohen Kaufpreise, die die Herren Hausbesitzer fordern, scheint die Erfüllung dieses Wunsches aber ausgeschlossen zu sein.

Die Schöneberger Mittelstandsvereiner, hauptsächlich dem Beamtenstande angehörend, hatten sich am Dienstagabend zu einer Versammlung im Lindenpark zusammengefunden, um Besprechungen des Obermeisters Nahrung-Berlin über den Kampf des deutschen Mittelstandes und seine Existenz entgegenzunehmen. Die Herren, die bei ihrer vor wenigen Tagen erfolgten Vereinsgründung geplant hatten, mit voller Macht an die Vermittlung der Sozialdemokratie heranzugehen, scheinen schon etwas nachgiebiger geworden zu sein. Sie wollen sich jetzt nicht mehr jermalmend auf die Arbeiterpartei werfen, noch gegen das Großkapital richten, sondern zwischen den beiden „ausgleichend und verständig“ wirken. Wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, sollen die Mittelstandsanhänger keine Rückschrittler und Gegner der Arbeiterinteressen sein, sondern die Mittelstandspartei, der die Zukunft geböre, will die Arbeiter selbständig machen, im Gegensaatz zur Sozialdemokratie, die alles proletarifizieren wolle. Die Arbeiter sollen nicht in ihren Bestrebungen auf Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitszeit unterdrückt werden; die Arbeiter sollen nach mittelständlichem Ratsschluß dadurch glücklich gemacht werden, daß man ihnen wenigstens 1 bis 2 Morgen Landes zu eigen gebe, worauf sie eine Ziege oder ein Schwein sich halten können. Mit diesem jherzhaften Vorschlag wäre ein annehmbarer Anfang wirklicher sozialer Wohltätigkeit gemacht. In ähnlicher Weise laudeten die verschiedensten Diskussionsredner darzulegen, wie der Mittelstandsverein gewillt ist, für die Wohlfahrt des gesamten Volkes einzutreten.

Wie es nun aber in Wirklichkeit mit dem Mittelstandsverein steht, das werden die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zeigen. Nach dem bewährten Muster aller bürgerlichen Vereine wird auch dieser Verein sich sehr schnell zu einer Schutztruppe des Haus- und Grundbesitzervereins entwickeln. Das beste Beispiel hat in dieser Hinsicht der mit so großem Halloß vor ein paar Jahren gegründete Mieterverein gegeben.

Ober-Schöneweide.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde mitgeteilt, daß nunmehr auch die Regierung zum Bau der dritten Schule drängt, mit der Maßgabe, daß diese bis Oktober 1906 fertiggestellt sein soll.

Die Frage der Errichtung eines kollegialischen Gemeindevorstandes, angeregt von Vertretern der ersten Klasse, gab zu ausgedehnter Debatte Anlaß. Hierzu lagen zwei Eingaben des Grundbesitzer- und Bürgervereins vor dahingehend, diese Sache einstweilen fallen zu lassen. Vom Gemeindevorsteher wurde der Antrag ebenfalls bekämpft mit der Begründung, daß von ihm nicht Ueberlassung geltend gemacht ist, andererseits auch die Wehrzahl der in dieser Angelegenheit befragten Nachbargemeinden der Errichtung keinen positiven Wert beimessen. Nichts einzuwenden hätte er gegen die Anstellung des Gemeindevorstandes als besoldeten Schöffen. Einen Entwurf eines Ortsstatutes betreffend den kollegialischen Vorstand lege er vor. Von unseren Genossen wurde erklärt, unmöglich dafür stimmen zu können. Genosse Grunow legte dar, daß die Errichtung unzweifelhaft demokratischer Natur sei, aber daß ihrer Bestimmungen nicht der Wert habe, den man ihr vielfach beimißt. Zudem laufe konform damit die Schaffung der besonderen Schöffensstelle. Da zu diesem Amte aber unzweifelhaft ein im Sinne der Landgemeindeordnung Unzufriedener gewählt würde, könne unter besonderen Umständen die 3. Klasse eines solchen Vorstandes verlustig geben. Hieraus ergebe sich ohne weiteres unter abnehmender Standpunkt. Der Entwurf des Vorsteher sei ganz und gar nicht annehmbar. Die Angelegenheit wurde vertagt. Vom Vorsteher war die Fleischsteuerung auf die Tagesordnung gesetzt. Hierzu lag ein Antrag unserer Genossen vor, bei der Regierung die Aufhebung der Grenzsperrn für Vieh zu beantragen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Stralau.

In der Berliner Jute-Spinnerei und Weberei, Alt-Stralau 54/55, hat sich gestern nachmittags ein einschlagender Betriebsunfall ereignet. Die 41-jährige Weberin Berg wollte auf dem Fußboden des Fabrik-Saales etwas suchen und trock dabei zwischen den Maschinen umher. Hierbei kam sie mit dem Kopf einer Spinnmaschine zu nahe, der Schädel wurde erfasst und scharfbar zugerichtet. Die Haut wurde vom Kopfe abgezogen und hing in Stücken herunter. Außerdem trug die Bedauernswerte weitere schwere Schädelverletzungen davon. Nach Anlegung von Notverbänden in der Unfallstation in der Warschauerstraße wurde die Kranke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sie dem Leben erhalten bleibt.

Vermischtes.

Die Cholera.

Zum Kampfe gegen die Cholera wird amtlich gemeldet: Wenn auch kein Fall von Cholera in Berlin vorgekommen ist, sollen Insperatentell verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

doch von jetzt ab die Flußbadeanstalten, die ja nun mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit an und für sich nicht mehr so stark besucht werden, geschlossen werden. Diese Anordnung ist wohl lediglich mit Rücksicht darauf getroffen worden, daß vielfach Schiffer aus den verkehrten Gegenden an der Oder auch Berlin passieren und immerhin die Möglichkeit einer Einschleppung der Seuche gegeben ist. Zu den Ueberwachungsstellen in Salsrow und Oranienburg und den Nebenüberwachungsstellen in Saatwinkel und Stralau ist eine neue Ueberwachungsstelle an der Charlottenburger Schleuse speziell für Berlin eingerichtet worden. Ferner wird ein Motorboot mit zwei Besatzungen die Gewässer Berlins ständig befahren, um so eine unmittelbare Ueberwachung der Schiffer zu ermöglichen.

Der Verband für erste Hilfe in Berlin hat in den letzten Wochen 26 choleraverdächtige Personen nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt, wo besondere Vorkehrungen für die Zwecke der Cholera eingerichtet worden sind. Erfreulicherweise war der Verdacht in allen Fällen unbegründet. Die vom Verband getroffenen Einrichtungen für den Fall des wirklichen Ausbruches einer Seuche sind die denkbar vollkommensten. Der Verband hat ein eigenes Wagendepot für Choleraerkrankte errichtet, zwei weitere Choleraepots werden auf den städtischen Grundstücken Stargarderstraße und Bodumerstraße eingerichtet. Insbesondere stehen schon jetzt 48 Krankenträger zur gleichzeitigen Beförderung von 80 bis 90 Patienten, darunter 20 Wagen, die das Kriegsministerium aus Beständen der Redaktionsformationen dem Verbands geliehen hat, lediglich zum Cholera-Transport mit Desinfektion und Begleitpersonal zur Verfügung. Ferner 30 andere Fußgewerke zur Beförderung choleraverdächtigter Personen. Die Berliner Sanitätskolonne stellt 60 ihrer Mitglieder zur Begleitung der Transporte. Noch in diesen Tagen hat Professor v. Bergmann sich öffentlich dahin ausgesprochen, daß nur die Einrichtungen des Verbandes, wonach die Wagen nach jedem Transporte ohne Rücksicht auf die Art der Krankheit desinfiziert werden, die Gewähr dafür bieten, daß eine Ansteckungsgefahr ausgeschlossen wird. Dies gilt besonders beim Ausbruch von Seuchen, wo die ärztliche Diagnose eine überaus schwierige ist.

Cholera-Ueberwachungsstationen sind jetzt an der Havel bei Salsrow und an der neuen Schleuse bei Rathenow errichtet worden. Alle die Havel auf- und abwärts fahrenden Fahrzeuge werden dort untersucht, und zwar in Salsrow durch den Kreisarzt Dr. Riden aus Nauen, an der neuen Schleuse durch den Kreisarzt Dr. Kör aus Dören.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, ist in dem Bromberger Bezirk innerhalb der letzten 24 Stunden nur ein Cholerafall amtlich gemeldet worden. In Wejzjogai im Kreis Gnesen ist ein Arbeiter erkrankt. Breslauer Blätter melden aus Pilsnowitz: Der fleischer Kumpel ist unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Kumpel war am Tage vorher auf dem Schweinemarkt in Sosnowice (Ruffisch-Polen).

Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden: In Stralsburg (Westpreußen) sind ein Ochsenknecht und dessen Ehefrau unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der Schiffseigner Karl Scheller in Posen, dessen Frau und Sohn sich bereits in der Choleraerkrankung befinden, und der selbst seit einiger Zeit in der Beobachtungsstation gewesen ist, ist nunmehr, nachdem Choleraerkrankungen bakteriologisch bei ihm festgestellt worden sind, ebenfalls in der Choleraerkrankung untergebracht worden.

Durch Befehl der Sanitätsbehörden in Tanger ist der deutsche Dampfer „Faro“ für choleraverdächtig erklärt und der Quarantäne unterworfen worden.

Das Kommerzkollegium in Stockholm hat die preussischen Provinzen Ostpreußen und Posen sowie den Regierungsbezirk Stettin als choleraerfreut erklärt.

Die „Rastenburger Zeitung“ meldet, ist bei einem Kind der am 15. d. M. verstorbenen Frau Scheffler Cholera festgestellt worden. Die Familie Scheffler ist vorsichtshalber noch nicht aus der Choleraerkrankung entlassen worden.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Breslau berichtet: Auf der Strecke Schweidnitz-Jobten-Breslau entgleiste Mittwoch abend um 9 1/2 Uhr der Personenzug 210 hinter Jobten infolge Schienenbruchs. Die Maschine, ein Paß- und ein Postwagen stürzten vom Bahndamm hinab. Personen sind nicht verletzt worden. Die Verkehrshinderung dauerte nur kurze Zeit. Der Materialschaden ist noch nicht festgestellt worden, dürfte aber erheblich sein.

Vergiftung. Dem Schwäbischen Merkur zufolge sind in Bällstein bei Herrenberg infolge Genußes von schlechter Bursf etwa 50 Personen teilweise schwer erkrankt. Bei einigen traten Lähmungserscheinungen ein.

Entgleist. Regensburg, 21. September. Amtlich wird gemeldet: Bei dem Zuge 42 entgleisten heute aus unbekannter Ursache zwischen Mitterfels und Wiespoint die Lokomotive und zwei Personenzüge; drei Reisende wurden aufsehend leicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umplanieren aufrechterhalten.

Eine große Feuerbrunst. Aus Nürnberg wird gemeldet: In Gaffeldorf (Oberfranken) sind gestern nachmittags 24 Häuser samt Nebengebäuden niedergebrannt.

Zu der Havarie des Hochdampfers „Bremen“ wird aus Halifax gemeldet: Die Reparatur des Dampfers „Bremen“ wird vier Tage dauern, dann wird das Schiff nach Bremen zurückkehren. Die Passagiere werden am Sonnabendabend mit dem Dampfer „Redar“ abreisen, der von Baltimore kommt, um sie abzuholen.

Neue Erdbeben haben, wie aus Graz gemeldet wird, in Obersteiermark stattgefunden. Gestern morgen um 3 1/2 Uhr wurde in Obersteiermark ein ziemlich heftiges Erdbeben mit dumpfem Rollen wahrgenommen, das die Schläfer aufrüttelte. Besonders heftig trat es in Reuberg und Langenwang auf. Auch in Rudolfsort (Krain) wurden zwei Erdstöße in der Richtung Südwest wahrgenommen.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands. (Bezirk Rummelsburg) Freitag abend 8 1/2 Uhr: Versammlung im Café Bellevue, Hauptstr. 2. Kollege Litz referiert über: „Auf zur Wahl für Liste 2“.

Briefkasten der Redaktion.

Heiß, Marktstraße. 1. und 2. Auskunft durch den Kisten- und Kistenverband, hier, Drösel, Neue Friedrichstr. 35. 3. Es ist ein Umbau, der einem Neubau fast gleichkommt. 4. Ja, wenn nicht durch tosenden Sturm usw. großer Unlug verübt wird. — 1003. Rein. — Jena. 16. — Sulzb. 26. Auskunft durch die Stimmungsdeputation, hier, Poststr. 1a. — Grater. 1. Trichtergrund eines Feuergebirges. 2. Ursprüngliche Bedeutung: Richtigtrug der alten Griechen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-69 pr. 100 Pfund, IIa 56-60, IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 72-84, IIIa 60-70, Gemischtes Ia 68-75, IIa 56-65. Schweinefleisch 65-72. Rindfleisch 60-90 Pf. Rotmilch, Pfund 40-55 Pf. Milch, junge 0,80-1,10, alte 0,65-0,75; Schmalz, alte 1,00-1,10, junge 0,80-1,20 das Stück. Gänse, junge 0,48-0,56 das Pfund. Gänse, 97-109 pr. 100 Pfund, Schmalz 100-160, Kälber, Karren 72-77, Kälber, Schmalz, Karren 14-16, (Kochfleisch) Bollergerne (gekochten) 36-38, Arabie, unsort., Schmalz 3,50-4,00, Eier, Schmalz 3-3,20, Butter, pr. 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 109-108. Kartoffeln, pr. 100 Pf. rote 1,75-2,00, Weiße 1,50-1,75, blaue 2,00-2,25, runde weiße 1,75-2,00, Rotkohl, Schmalz 3,00-3,50, Polkohl 7,00-8,00, Weiskohl 2,00-3,00, Birnstengel 2,00-3,00, neue saure Gurken, Schmalz 2,--.

Wasserstand am 20. September. Elbe bei Ruffig + 0,07 Meter, bei Dresden 1,41 Meter, bei Magdeburg + 1,19 Meter. — Uckeritz bei Stralsund + 1,25 Meter. — Oder bei Rathor + 0,86 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,70 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,72 Meter, bei Rastow + 1,19 Meter. — Weichsel bei Stralsunde + 5,45 Meter. — Warthe bei Posen + 0,22 Meter. — Rega bei Wlq + 0,85 Meter.